

HUCH

J#92

ZEITUNG DER STUDENTISCHEN SELBSTVERWALTUNG

**ÜBER
(STUDENTISCHE)
ARCHIVE**

**UNBEQUEME
BESCHÄFTIGTE**

**DER WUNSCH
NACH
UNHEIL**

**BROADCAST
SOCIALISM**

**DIE
PLATTFORM-VARIANTE**

**BARRIEREFREIE
BILDUNGSHÄPPCHEN**

**DIE GRENZEN DER
AUTOMATISIERUNGS-
GESCHICHTE**

**WENN
INFLUENCER
ODIN VEREHREN**

**DIASPORISCHE
SOUNDKULTUREN**

**DIE
WARE
WOHNRAUM**

**SCHEINHEILIGE
BERICHTERSTATTUNG**

SÄULENGANG

**VON HUMMERN,
AFFEN
UND INCELS**

EDITORIAL



Wie sich Kapitalismus, Kolonialismus und Patriarchat im Zuge der Plattformisierung des Internets zu einer neuen und spezifischen Herrschaftsform entwickelt haben, analysiert Anna Lena Menne mit *Der Plattform-Variante* und begründet damit nicht zuletzt auch eine Metapher zu den wohlbekannten Coronavirus-Mutationen.

Einen Hoffnungsschimmer am Horizont des Problememeers Internet zeigt Pilar Caballero Alvarez auf: In *Barrierearme Bildungshäppchen und digitale Prekarisierung* wird dargelegt, wie Instagram für linke aktivistische Zwecke fruchtbar gemacht werden kann und welche Probleme sich dennoch bei dieser Arbeit auftun.

Im Interview mit Aaron Benanav, der an der Humboldt-Universität zur Wirtschaftsgeschichte forscht, diskutiert Moritz Aschemeyer *Die Grenzen der Automatisierungsgeschichte* und damit den Mythos, dass sich dank technologischem Fortschritt die menschliche Arbeit von selbst erledigen lassen wird.

Am Beispiel von Rechtsrap skizziert Madita Lege in ihrem Text *Wenn Influencer Odin verehren*, wie sich die Neue Rechte, ganz in der Tradition rechter Subkultur, mittels Musik und visuell codierten Internetauftritten eine identitätspolitische Basis schafft.

Unter dem titelgegebenen und selbst entwickelten Begriff der *Diasporischen Soundkulturen* diskutiert Johann Erdmann, wie Menschen über einen Mix verschiedener Kulturelemente zwischen den rassistischen Trennlinien der Mehrheitsgesellschaft navigieren.

Vor dem Hintergrund der – insbesondere in Berlin – brandaktuellen Debatten um Mietpolitik und spezifisch die Initiative *Deutsche Wohnen und Co. enteignen* schreibt Jonas Frankreiter für die Huch eine kurze Geschichte der *Ware Wohnraum*.

Kai und Karina Fröhner beschäftigen sich in ihrem Text mit antiasiatischem Rassismus und seinen Kontinuitäten in der deutschen Medienlandschaft und Kultur. Dabei besprechen sie anhand von zwei Mordfällen die *Scheinheilige Berichterstattung und die rassistische Machthierarchie* die im medialen Diskurs über beide Taten zum Vorschein kommt.

3 Unser rund um Kunst und Kultur kreisende »Abspann« beinhaltet eine Buchrezension, die sich in dieser Ausgabe mit unserem Schwerpunktthema rund um Räume im Netz und Digitalisierung auseinandersetzt und unsere traditionelle Kolumne.

Unsere Kolumnistin Charlie Cremer Jauregui kommt mit dem digitalen Schnickschnack nicht mit, und wöhnt sich in *Säulengang oder »Was gibt's Neues?«* als ein Dinosaurier. Twitter geht aber so gerade noch.

Kofi Shakur hingegen steigt für seine Rezension sehr tief in die letzten Ecken des Internets herab und folgt damit Veronika Kracher und Susanne Kaiser, die diesen Weg in ihren Büchern über rechte Netzwerke und Incels bereits vorgeschritten sind. Was er in *Von Affen, Hummern und Incels* herausfindet, ist dass diese vermeintlich abgelegenen Räume mit ihren Ideologien dennoch einen ganz realen menschenverachtenden Einfluss auf die Gesamtgesellschaft haben.

Wir sind sehr froh, dass wir in dieser Ausgabe so viele spannende Texte von tollen Autor_innen versammeln konnten und wünschen eine anregende Lektüre – ob IRL oder online!

Eure HUCh-Redaktion

Die *HUCh – Zeitung der studentischen Selbstverwaltung* ist die kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie richtet ein besonderes Augenmerk auf die allgegenwärtigen Konflikte in unserer Gesellschaft und fragt nach der Rolle der Universität im sozialen Gefüge. Dabei geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Leben zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt. Dementsprechend will die HUCh auch der Diskussion der Möglichkeiten emanzipatorischer Politik an der Universität und über sie hinaus ein Forum bieten. Zu diesem Zweck versammelt sie hochschulpolitische Artikel mit wissenschaftlich-kritischen Essays und ästhetischen Reflexionen.

1 In unserer hochschulpolitischen Rubrik »Anstalt« finden sich in dieser Ausgabe zwei Texte, die sich dem hochschulpolitischen Alltag widmen.

Mit seinem Text *Über (studentische) Archive* reflektiert Fabian Bennewitz die Rolle des Archivs für die studentische Linke und stellt den eigenen Versuch vor, ein selbstverwaltetes, studentisches linkes Archiv aufzubauen.

Tilman Bärwolff spricht im Interview mit Mo über *Unbequeme Beschäftigte*, und zwar konkret über Mo's Kampf gegen die Humboldt-Universität, die ihm nach einem Streikaufruf mit Sprühkreide die Weiteranstellung verweigerte.

2 Diese Ausgabe versammelt in der Rubrik »Aufsatz« verschiedene Texte zum Themenkomplex »Kapitalismus, Krise und die virtuelle Welt«, wobei unsere Autor_innen insbesondere auch die Gefahren von rechts im Kontext des – gerade unter Corona – stetig wichtiger werdenden Internets untersuchen. An unseren Themenschwerpunkt schließen sich zudem weitere gesellschaftskritische Analysen zu anderen Problematiken an.

Hannah Kormann zeigt in *Der Wunsch nach Unheil* auf, wie die extreme Rechte nicht erst heute bestens über Soziale Netzwerke ihre menschenverachtende Ideologie zu verbreiten weiß, sondern schon seit Jahrzehnten das Internet für ihre Netzworkebildung nutzt und damit eine Grundlage ihrer heutigen Anschlussfähigkeit gelegt hat.

Im Anschluss an die Analyse der rechten Online-Aktivitäten argumentiert Karl Kozinsky in *Broadcast Socialism* dafür, gerade in Anbetracht rechter Vernetzung über Online-Plattformen linke Alternativen in diesen Räumen zu schaffen und zeigt dies exemplarisch an der Videoplattform YouTube auf, wo sich nun auch im deutschsprachigen Raum seit einiger Zeit vermehrt linke Kanäle finden lassen.

INHALT

Seite		Rubrik
1	Editorial	
3 7	Über (studentische) Archive Unbequeme Beschäftigte	Anstalt
9 13 17 21 25 29 33 37 39	Der Wunsch nach Unheil Broadcast Socialism Die Plattform-Variante Barrierefreie Bildungshäppchen Die Grenzen der Automatisierungsgeschichte Wenn Influencer Odin verehren Diasporische Soundkulturen Die Ware Wohnraum Scheinheilige Berichterstattung	Aufsatz
42 43	Säulengang 3.0 Von Hummern, Affen und Incel	Abspann
47		ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ



ÜBER (STUDENTISCHE) ARCHIVE

FABIAN
BENNEWITZ

»Die Geschichtslosigkeit der Linken ist so notorisch wie vielbeklagt.«¹

Eine kritische Geschichtsschreibung der eigenen Hochschule sollte mehr als eine nette Nebenbeschäftigung sein, trägt sie doch zum Selbstverständnis heutiger studentischer Politik bei: Über die Möglichkeiten, studentische und widerständige Hochschulgeschichte zu erhalten und nutzbar zu machen.

Lange Regale voller verstaubter Aktenordner. Ein dunkles Keller gewölbe ohne Tageslicht. Eine einzelne Nutzerin, die an einem Tisch in stapelweise aufgeschlagene Akten vertieft ist und müde nach Hinweisen und Belegen sucht. Solche und andere Assoziationen zu Archiven lassen bei den allermeisten keine große Begeisterung, Hoffnung auf eine bessere Welt oder gar Aufbruchgefühle aufkommen. Kurzum: viele finden das Archiv einfach langweilig. Doch Archiv ist nicht gleich Archiv. Diese spezielle Form von Wissenssammlung ist mehr als nur die Futterstelle für die nächste geschichtswissenschaftliche Arbeit. Ich möchte in diesem Text einen Blick auf die Möglichkeiten des Archivs werfen, und zwar am Beispiel der Dokumentation studentischer und widerständiger Hochschulgeschichte, sowie die Beziehung zwischen Archiv und politischer Arbeit untersuchen.

ZUR FUNKTION DES ARCHIVS

Ganz allgemein gefasst ist ein Archiv eine Institution, die Archivgut aufbewahrt, benutzbar macht und erhält. In den allermeisten Fällen sind das Schriftstücke in Form von Akten, Protokollen, losen Dokumenten oder handschriftlichen Notizen. Es werden aber auch Filme, Fotos oder einzelne Gegenstände aufbewahrt, die meist durch ihre_n Benutzer_in einen besonderen historischen Wert erfahren haben.² Die größten und bekanntesten Archive in Deutschland sind in staatlicher Hand und befassen sich inhaltlich mit der Arbeit von einzelnen Behörden und Staatsorganen, wie etwa das Bundesarchiv, das die Unterlagen von Verfassungsorganen, Bundesbehörden und Bundesgerichten archiviert. Im Kontrast dazu stehen die Gattungen der sogenannten Bewegungsarchive und der freien Archive. Letztere sind in erster Linie solche, die unabhängig von den klassischen staatlichen Archiven agieren und deswegen frei von einem engeren institutionellen Charakter sind. Die Archive der sozialen Bewegungen sind ebenfalls in den allermeisten Fällen von staatlichen Strukturen unabhängig und bewahren vor allem (Schrift-)Stücke aus sozialen und linken Bewegungen auf.

Interessanterweise tut sich dabei allerdings eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen dem Charakter sozialer Bewegungen und jenem von Archiven auf. Erstere sind in der Regel durch eine gewisse Schnellebigkeit gekennzeichnet, wodurch einige

gerade noch heiß debattierte Themen nach kurzer Zeit schon wieder vergessen sind. In Zeiten, in denen sehr aktiv Demonstrationen und Proteste organisiert werden, Gruppen sich bilden oder weiterentwickeln, Bündnisse geschlossen oder Streiks vorbereitet werden, scheint das Sammeln von Schriftzeugnissen (in analoger oder digitaler Form) nebensächlich – insbesondere über den eigenen Dunstkreis hinaus. Ein Archiv ist hingegen ein Ort, der versucht, sich der Vergänglichkeit durch Dokumentation zu widersetzen und gleichzeitig ganz aktiv Geschichte formt und herausbildet. So ermöglicht er es, die Gegenwart in den Vergleich und in die Beziehung zur Vergangenheit zu setzen. Hier zeigt sich der Widerspruch besonders deutlich, denn schnelllebigsten sozialen Bewegungen fehlt oft genau diese Vergangenheitsvermittlung, die eigentlich für die Herausbildung eines kollektiven Gedächtnisses essenziell wäre. Daher hängt die generationsübergreifende Übermittlung des Bewegungswissens oft von einzelnen Individuen ab und geschieht eher zufällig.³

Um Wissensübermittlung zwischen verschiedenen Bewegungsgenerationen möglich zu machen, erfüllen daher freie Archive und Archive sozialer Bewegungen eine wichtige Funktion. Sie ermöglichen den Zugang zu Praktiken, Ideen und Alternativen, die keinen Eingang in die gängige Geschichte gefunden haben. Sie sind ein Baustein oppositioneller und linker Geschichtsschreibung und dadurch genuin politisch, da sie Geschichten bewahren, die Alternativen zum Bestehenden aufzeigen und an den Rand verdrängtes in den Mittelpunkt rücken. Feministische Archive, wie etwa das Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ) ermöglichen so zum Beispiel eine detaillierte und intensive Auseinandersetzung mit der Frauen- und Geschlechtergeschichte in Deutschland und vor allem den damit verbundenen politischen Kämpfen⁴.

FREIE ARCHIVE AN DEN HOCHSCHULEN?

Auch an Hochschulen bräuchte es diese Vermittlung von vergangenem Widerstand und einen Zugang zu den Zeugnissen früherer Kämpfe von Studierenden. Es fängt damit an, dass es inspirierend sein kann, zu erfahren, dass Studierende schon immer versucht haben, sich aus ihrer institutionellen Entmündigung zu befreien, die diese Gesellschaft und damit auch die Hochschulen bedeuten. Dazu gehört es auch, den Mythos von 1968 zu entzaubern, da er den Fixpunkt darstellt, an dem immer wieder neue Studierendengenerationen und ihre Versuche politischer Aktion gemessen werden. Die historische Konstellation, aus der sich die sogenannte »Studentenbewegung« entwickelt hat, war eine sehr spezielle und ist damit schwierig mit den heutigen Verhältnissen in der BRD zu vergleichen. Stattdessen kann eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erkennbar machen, dass es auch nach '68 noch viele eigenständige studentischen Bewegungen und Proteste gab, die ihren Weg nicht in das bundesdeutsche Selbstverständnis gefunden haben. Beispielsweise findet sich auch in der offiziellen Geschichtsschreibung unserer lokalen Berliner Hochschulen wenig darüber, wie viele interne Konflikte über die Jahrzehnte ausgetragen wurden, bevor sich das Konzept »exzellenter« Universitäten durchsetzte, mit dem sich heute beispielsweise auch die drei großen Berliner Universitäten nach außen schmücken. Gerade im Zuge des in den Nullerjahren entstandenen Hochschulmarketings gibt es innerhalb der Universität heute noch weniger Interesse an Brüchen, Widerständen und Widersprüchlichem.

An deren Stelle wird eine glattgebügelte Version der eigenen Hochschulgeschichte präsentiert. Ein studentisches, kritisches Archiv hätte also die Aufgabe, Raum für diese Widersprüchlichkeiten zu bieten und müsste versuchen, sie dem Vergessen zu entreißen. Eine Auseinandersetzung mit den eigenen Vorgänger_innen ermöglicht es linken Studierenden zudem, kritisch zu prüfen, welche Wege vielleicht nicht mehr beschritten werden sollten, oder welche sinnvollen Ansätze zu Unrecht vergessen wurden.

AUFBAU EINES STUDENTISCHEN ARCHIVS

Anstoß für diese Reflexion zu linker Geschichtsschreibung an Hochschulen ist der Versuch von einem Kommilitonen und mir, an der Freien Universität Berlin (FU) ein studentisches Archiv aufzubauen, angesiedelt an den dortigen Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA)⁵. Wie könnte also so eine Wissenssammlung aussehen und wie könnte sie umgesetzt werden – auch außerhalb der FU?

Im Kontext von sozialen Bewegungen ist der Begriff des Archivs nicht so scharf von dem der Bibliothek abgetrennt, wie es bei klassischen Archiven der Fall ist. Stattdessen beherbergen die meisten Bewegungsarchive neben der Sammlung von Originalmaterialien auch eine Fachbibliothek mit Publikationen und Büchern über die Themen des jeweiligen Archivschwerpunkts. Diese Mischform ergibt Sinn, da die Grenze zwischen Materialien, die aus einer Bewegung entstehen und Zeitschriften oder Büchern über und aus einer Bewegung nicht klar zu ziehen ist. Selbstreflexion und -kritik, vermittelt etwa über Artikel in etablierten (linken) Publikationen, ist üblich und trägt ebenso zur Charakterisierung einer Bewegung bei, wie Flyer, die auf Demonstrationen verteilt werden und Protokolle, die interne Diskussionsprozesse belegen. Ein studentisches Archiv würde demnach sowohl Spezialliteratur über Hochschulen, Studierendenbewegungen oder Bildungspolitik, als auch Flyer von Bündnissen wie Students For Future oder der Hochschulgruppe der »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«-Kampagne sammeln.

Dabei ist es naheliegend, aber nicht zwingend, dass das Archiv in irgendeiner Form an die bestehenden Institutionen angebunden ist, die der Studierendenschaft zur Verfügung stehen. Über das Studierendenparlament (StuPa) oder den AStA kommt man allerdings leichter an Grundlegendes wie Räumlichkeiten und ein bisschen Startfinanzierung, um Ausstattung anzuschaffen. Damit ergibt sich auch schon ein Grundstock an Archivmaterial, wie Protokolle oder Aktenordner mit Notizen und Publikationen, die von der verfassten Studierendenschaft herausgegeben wurden.

Dies bedeutet aber, dass ein AStA-/Stupa-Archiv nicht im klassischen Sinne auch gleich ein freies Archiv ist, da es eine Mischung aus Institutions- und Bewegungsarchiv darstellt. So säße ein studentisches Archiv an der Schnittstelle von freier Organisation und institutioneller Hochschulpolitik und hätte dadurch durchaus charakteristische Überschneidungen mit studentischen Bewegungen: Wenn es größere Proteste und politische Aktionen an Berliner Hochschulen gab, so waren ASten in sehr vielen Fällen in irgendeiner Form involviert und sei es nur, dass finanzielle Mittel und Infrastruktur zur Verfügung gestellt wurden. Viele der an der Hochschule politisch aktiven Student_innen stellen sich wiederum zu Wahlen für das Stupa und den AStA auf, schon alleine um mehr Aufmerksamkeit für ihr Anliegen zu bekommen. Die größere Trennlinie, die auch für ein studentisches Archiv sinnvoll wäre, verlief also nicht zu studentischen Institutionen an der Universität, sondern zu der Institution Universität an sich.

STUDENTISCHE BEWEGUNGEN HEUTE

Es stellt sich nun noch die Frage, wie es denn um die studentische Bewegung heutzutage gestellt ist, deren Geschichte man in einem Archiv dokumentieren, sortieren und zugänglich machen möchte? Die Antwort dazu heißt heute, wie auch vor der Pandemie: schlecht.

Denn die verschiedensten Versuche hochschul- und bildungspolitischer Kampagnen⁶ an Berliner Hochschulen lassen sich genauso wenig als eine zusammenhängende soziale Bewegung bezeichnen, wie die Hochschul-Ableger von Initiativen und Protesten die stärker außerhalb vom Raum der Hochschule angesiedelt sind.⁷ Diese Schwäche politischer Organisation ist offensichtlich, kann aber sowohl als Grund, als auch als Hoffnung für den Aufbau eines studentischen Archivs dienen: Hoffnung für eine langfristige Perspektive ergibt sich, wenn es gelingt, ein solches Projekt auch in einer Zeit zu etablieren, in der kaum jemand ein Interesse daran hat, die Hochschule als einen Ort politischer Auseinandersetzung zu sehen oder schlichtweg die Zeit für das politische Engagement fehlt.⁸ Begründung und Motivation sehe ich darin gegeben, gerade in Zeiten von fehlender Strategie und kurzfristigen Kampagnen eine langfristige Struktur aufzubauen, anstatt zu resignieren.

Aber auch mit viel anfänglicher Motivation und Anbindung an studentische Institutionen bleiben gängige Grundprobleme freier Archive: zum einen der Mangel an Ressourcen und zum anderen, dass die Kontinuität oft an wenigen Personen hängt. Das erfordert mindestens eine ehrliche Auseinandersetzung damit, was man realistisch leisten kann und wie so ein Projekt in Zukunft im Zweifel auch ohne seine Gründer_innen funktionieren könnte. Ein Weg dahin kann in einer guten Vernetzung und sichtbaren Aktionen seitens des Archivs bestehen. Denn bei dieser Art von archivarischer Wissenssammlung handelt es sich ohne praktische Anbindung schnell um totes Wissen, welches trotz der Anhäufung schnell verloren geht, wenn es keine Auseinandersetzung damit gibt.⁹

Erst im Austausch und der Vernetzung mit anderen politischen Gruppen und Initiativen, die es an einer Hochschule gibt, entfaltet ein studentisches Archiv sein Potenzial und seine Wirkung. Denn über Öffentlichkeitsarbeit, eigene Veranstaltungen und Publikationen sowie gemeinsame Projekte mit anderen Strukturen erzeugt man die Legitimation für das eigene Anliegen der kritischen Geschichtsschreibung und bekommt so überhaupt erst die Chance, Mitstreiter_innen zu finden. Ausgangspunkt und Folge dieser Vernetzung ist der bessere, einfachere und schnellere Zugang zu den Archivmaterialien, den Bewegungsarchive als Vorteil gegenüber klassischen staatlichen Archiven mit sich bringen. Einerseits können die Archivar_innen meistens eine große inhaltliche Kenntnis vorweisen und damit den Kontext besser einordnen. Andererseits besitzen sie oft ein engeres Vertrauensverhältnis zu Materialspender_innen, da sie oft selbst in sozialen Bewegungen aktiv sind oder mindestens in Verbindung zu ihnen stehen.

Eine weitere Stärke des Archivierens von Protest an Hochschulen kann darin liegen, sich nicht explizit auf studentisches Engagement zu beschränken. Arbeitskämpfe von wissenschaftlichem wie nicht-wissenschaftlichem Personal werden ebenfalls kaum dokumentiert und sollten nicht als rein gewerkschaftliches Themenfeld begriffen werden. Kämpfe um eine demokratische Hochschule wurden nie nur von Studierenden geführt und die Verbindungslinien von gemeinsamen Interessen verschiedener Gruppen zu erkunden sollte Teil einer kritischen Hochschulgeschichtsschreibung sein.

Ein studentisches Archiv kann also ein Baustein für den Aufbau von langfristigen Strukturen sein, die wir benötigen, wenn wir an der Idee festhalten wollen, dass Hochschulen auch Orte der Bildung und Gesellschaftskritik sein können. Die Institution Hochschule nimmt zwar innerhalb des kapitalistischen Systems vor allem die Funktion ein, innovative, flexible und kreative Arbeitskräfte auszubilden. Gleichzeitig produziert sie dabei aber auch überschüssiges Wissen. Wir müssen uns heute zwar nicht mehr der Illusion der 68er hingeben, die »Intelligenzija« wäre das revolutionäre Subjekt, sollten aber auch das Potential der Wissensproduktion von fundamentaler Kritik an den Universitäten nicht aus den Augen verlieren: Studierende, die sich nicht trotz, sondern gerade wegen ihres Studiums in Opposition zum bestehenden System befinden, wird es immer geben.¹⁰ Ein studentisches Archiv als Teil einer kritischen Hochschulgeschichtsschreibung kann und sollte zur kritischen Wissensproduktion beitragen und helfen, eine studentische Opposition aufzubauen und zu unterstützen, indem es Verbindungslinien aufzeigt und dabei hilft, sich trotz des heutigen Studiensystems nicht entpolitisieren zu lassen.

¹ Bernd Hüttner: »Archive der sozialen Bewegungen – Eine Übersicht über die Szene«, in: *Archive von unten: Bibliotheken und Archive der neuen sozialen Bewegungen und ihre Bestände*, AG-SPAK-Bücher 2003, S.10.

² Das Antifaschistische Pressearchive und Bildungszentrum (apabiz) bewahrt neben neonazistischen und extrem rechten Kuriositäten auch eine Notebook-Tastatur des Computers auf, der von NSU-Watch zum Protokollieren des Münchener NSU-Prozess angeschafft wurde und dreieinhalb Jahre lang an 315 Prozesstagen zur Dokumentation dieses historischen Prozesses beigetragen hat.

³ Vgl. Hüttner 2003, S.10

⁴ In diesem Fall mit dem Schwerpunkt auf die »zweite oder sogenannte »Neue Frauenbewegung«. Mehr dazu unter: <https://ffbiz.de/ueber-uns/geschichte/index.html>

⁵ Der Referent_innenrat (RefRat) an der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) ist gesetzlich das, was an anderen Hochschulen in Berlin und Deutschland ein AStA ist, und ist im Folgenden selbstverständlich eingeschlossen, wenn von einem AStA gesprochen wird.

⁶ Die letzte große Kampagne war die um die Verbesserung des studentischen Tarifvertrags (TVStud) in Berlin, die über Hochschulen hinweg Studierende in einem gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampf zusammengebracht hat.

⁷ Als jüngere Beispiele in Berlin sind das etwa 2019 Students For Future-Gruppen als Pendant zu Fridays For Future Protesten, eine hochschulübergreifende Deutsche Wohnen und Co. enteignen Gruppe oder Proteste gegen den Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien im Herbst 2019.

⁸ Siehe dafür auch meine Überlegungen in: Fabian Bennewitz: »Zeitnot und Organisation«, in: HUCh #89, Juni 2019, S. 13–15.

⁹ Vgl. Ebd., S. 14.

¹⁰ Ausgeführt ist die Überlegung in: Joshua Schultheis: »Warum Hochschulpolitik«, in: HUCh #87, Januar 2018, S. 21–22.

UNBEQUEME BESCHÄFTIGTE



**TILMAN
BÄRWOLFF**

Weil er einen Streikaufruf mit Sprühkreide anbrachte, verwehrte die Humboldt-Universität Mo seine Weiterbeschäftigung und später seine Neueinstellung an der Uni. Dagegen klagt er nun vor Gericht. Mit der HU sprach Mo über seinen Prozess, das Demokratiedefizit an Hochschulen und die Perspektiven gewerkschaftlicher Organisation.

INTERVIEW MIT MO

Kannst du uns etwas zu dir und deiner Tätigkeit an der Universität erzählen?

Ich habe vor knapp zehn Jahren angefangen an der Humboldt-Universität (HU) zu studieren. Zuerst habe ich Informatik studiert und bin dann später zur Evangelischen Theologie gewechselt, wo ich bis heute studiere. Nach ein paar Jahren habe ich angefangen an der Uni zu arbeiten und wurde rechtswidrig¹ als »Studentische Hilfskraft« in der IT beschäftigt. Später bin ich dann in den Personalrat der studentischen Beschäftigten (PRstudB) gewählt worden. Dort war ich insgesamt drei Jahre, bis Ende 2018, und bin über diese Zeit immer mehr in das Gremium reingewachsen. Zwischendurch war ich stellvertretender Vorsitzender des Personalrats.

Zum Zeitpunkt der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen rund um den TV-Stud in den Jahren 2017/18 warst du also sowohl Beschäftigter an der Uni als auch im PRstudB aktiv?

Ja, zu der Zeit war ich schon recht aktiv. Da sich viele aus dem Personalrat stärker im Streik engagiert haben, übernahm ich dort dann auch immer mehr Aufgaben. Zum Streik selbst habe ich eine eher zwiespältige Meinung, habe ihn aber als Beschäftigter natürlich unterstützt und an Streikversammlungen teilgenommen. Nach einer Versammlung während des zweiten Warnstreiks habe ich dann mit einer weiteren Person an der juristischen Fakultät der HU mit Sprühkreide einen Streikaufruf als streikbegleitende Maßnahme angebracht. Da der Aufruf dazu dienen sollte, die Leute zum Streik zu mobilisieren, haben wir ihn direkt am Eingang des Gebäudes angebracht, wo natürlich Leute ein- und ausgingen. Dort hat uns dann eine Person beobachtet und die Polizei gerufen. Wir können nur vermuten, dass es sich dabei um einen Studierenden der Fakultät gehandelt hat, genau wissen wir es nicht. Einige Meter weiter, am Hauptgebäude der HU, wurden wir im Anschluss von der Polizei angehalten. Eine total schräge Situation: Die Polizei ist mit einer vollen Wanne vorgefahren und mehrere Polizist_innen sind uns hinterher marschiert. Diese haben uns dann an die Wand gestellt, angeschrien und erkennungsdienstlich behandelt.

Wie ging es dann weiter und was war die Reaktion der Unileitung?

Bezogen auf die Aktion mit der Sprühkreide brauchte die HU nicht aktiv zu werden, da es sich um ein öffentliches Gebäude handelte. Die Staatsanwaltschaft hat da der HU die Arbeit abgenommen und gegen die Personen, die den Streikaufruf angebracht haben, inklusive mir, ermittelt. Vertreter_innen der technischen Abteilung der HU waren beim Verfahren einer beteiligten Person als Zeug_innen geladen. Bei meinem Verfahren kam es dann aber zu keiner Anklage, es wurde gegen Auflagen eingestellt. Konkret musste ich eine Zahlung für die entstandenen Kosten tätigen und Sozialstunden leisten. Für den Neuanstrich der besprühten Flächen hat die Unileitung eine Rechnung über 700€ produziert, diese Kosten wurden dann unter den Angeklagten aufgeteilt. Damit war die Sache für das Gericht erledigt. Es wurden also weder ein Schaden noch Schuldige rechtskräftig festgestellt.

Interessant ist dabei natürlich, dass wir die Sprühkreide schon vorher entfernt hatten. Mit dem Streikaufruf wollten wir konkret eine Kundgebung am Folgetag bewerben. Nach der Kundgebung haben wir die Sprühkreide, mit einfachsten Mitteln, wieder entfernt. Die Unileitung hat dann einfach jemand anderen dafür bezahlt, die Fläche erneut zu reinigen und nochmal Farbe dranzuklatschten. Diese 700€ sind damit quasi für einen ziemlich unnötigen Neuanstrich ausgegeben worden.

Obwohl du nicht schuldig gesprochen wurdest, hatte der Prozess weitreichende Konsequenzen für dich. Was hat dir die Unileitung hier konkret vorgeworfen?

Nach dem Gerichtsprozess dachte ich natürlich, dass die Sache erledigt wäre. Zu der Zeit war ich immer noch befristet an der HU beschäftigt. Von der Unileitung hatte ich die schriftliche Zusage, dass meine illegale Befristung verlängert werden würde, wenn ich weiter Studierendenstatus habe. Die Unileitung hat lange Zeit illegal Studis bis zum Ablauf der doppelten Regelstudienzeit befristet. Wegen der angeblichen Sachbeschädigung hat die Unileitung aber darauf beharrt, dass sie mich nicht länger beschäftigen will. Ende 2018 habe ich meine Befristung dann vor Gericht gebracht, allerdings auf der Grundlage, dass ich nicht in dem Tarifbetrag beschäftigt wurde, der für meine Arbeit angemessen gewesen wäre. Es lief dann auf ein Vergleichsangebot heraus: Die Uni musste mir eine Summe bezahlen und dafür habe ich davon abgesehen, das Verfahren weiterzuführen.

Weiter ging es dann im Jahr 2020: Anfang des Jahres habe ich mich an der HU für eine Stelle im CMS beworben, die mir auch eine Einstellungszusage gegeben haben. Die Einstellung wurde aber dann von der Personalabteilung der HU gestoppt, wieder mit dem Hinweis, dass sie meine damalige streikbegleitende Maßnahme als Sachbeschädigung ansehen. Für mich war klar: Wenn die Unileitung damit durchkommt, wäre das ein systematischer Angriff auf das Streikrecht, nicht nur von mir, sondern generell von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Deswegen bin ich zur Gewerkschaft ver.di gegangen, die dann zum Glück den Rechtsschutz übernommen hat. Ver.di und ich sehen die Vorwürfe der Unileitung als einen Angriff auf verfassungsmäßig garantierte Grundsätze und dagegen klagen wir mit der Berliner Kanzlei dka Rechtsanwälte Fachanwälte.

Wie steht es aktuell vor Gericht um deinen Prozess?

Ver.di hätte den Rechtsschutz nicht übernommen, wenn es keine Erfolgchancen für das Verfahren gäbe. Mein Anwalt sieht sehr gute Chancen, das Verfahren noch in der ersten Instanz zu gewinnen. Meine Einschätzung ist, dass wir in den höheren Instanzen auf jeden Fall gewinnen.

Die Verwendung von Sprühkreide ist eine legale Grauzone. Hat die HU dennoch überhaupt eine rechtliche Grundlage, um dir deine Einstellung zu verwehren?

Die Unileitung handelt willkürlich und geht damit nicht nur gegen uns als Personen vor, sondern als Studierende, die unsere demokratischen Rechte an der Hochschule einfordern. Das passt für mich sehr gut zum neoliberalen und kapitalistischen Hochschulsystem: Bei der Verwirtschaftlichung des Unibetriebs stören demokratische Räume und die Mitbestimmung aller Statusgruppen. Für mich wirkt es so, als würde die Unileitung systematisch gegen Demokratie und Selbstverwaltung an der Hochschule vorgehen.

In Zuge des Streiks wurde gesprüht, geklebt und es wurden weitere kreative Streikmaßnahmen eingesetzt. Das musste die Unileitung zu einem gewissen Grad tolerieren. Da, wo sie aber gute rechtliche Chancen gesehen hat, ist sie gegen uns vorgegangen. Generell muss man sich die Frage stellen, warum diese Maßnahmen im Rahmen eines Streiks toleriert werden sollten. Verschiedene juristische Urteile bestätigen, dass solche streikbegleitenden Maßnahmen zwar eine Zumutung für die Unternehmen sind, aber eben eine verfassungsrechtlich gewollte Zumutung. Das kollektive Streikrecht steht, qua seiner Existenz, in Kollision mit dem Eigentumsrecht von wenigen. Denn genau das macht Streik: Er schränkt das Besitzrecht von Besitzenden ein, damit diese sich gezwungen sehen, auf die Forderung der Streikenden einzugehen. Die Unileitung sucht hier also, wieder einmal, einfach nur nach Gründen, um für sie politisch unbequeme Beschäftigte loszuwerden. Den Gerichtsprozess verstehe ich deswegen als meine Pflicht, um gegen diese Willkür anzugehen.

Unter dem Namen #mobleibt ist eine Solidaritätskampagne rund um deinen Prozess entstanden. Welche Resonanz erfährt deine Klage an der Uni und wie sieht die Solidarität von den Statusgruppen aus?

Verschiedene Gewerkschaften, Fachschaften, ASten und Hochschulgruppen haben ihre Solidarität geäußert und eigene Stellungnahmen veröffentlicht. Schade ist es, dass der Prozess hochschulintern noch nicht besprochen wurde. Das sehe ich als Symptom für das eklatante Demokratiedefizit, was wir an der Uni haben. Immer wieder werden interne Probleme der Hochschule ausgegliedert, also z.B. in externen Gerichtsverfahren ausgestritten. Die HU ist, für eine Hochschule, in unüblich viele Gerichtsverfahren verwickelt. Für mich ist das ein weiteres Indiz dafür, dass sie nicht fähig ist, demokratisch mit Konflikten umzugehen.

Im Hinblick auf die aktuelle Umgestaltung des Berliner Hochschulgesetzes fände ich es gut, wenn verschiedene Statusgruppen meinen Fall als Beispiel nehmen, um auf das Demokratiedefizit an Hochschulen hinzuweisen und Umstrukturierungen hin zu mehr Mitbestimmung zu fordern. Wir müssen an der Hochschule gemeinsam Entscheidungen darüber fällen, wer zu welchen Bedingungen angestellt wird. Dies sollte keine Entscheidung einiger weniger sein. Bei der Einstellung von Professor_innen gibt es beispielsweise bereits Gremien, in der mehrere Statusgruppen über deren Anstellung entscheiden². Warum können Professor_innen gemeinschaftlich über ihre Einstellungen und die von anderen wissenschaftlichen Beschäftigten entscheiden, aber andere Statusgruppen nicht?

Wie siehst du aktuell die Perspektive für gewerkschaftliche Organisation an der HU, vor allem im Hinblick auf die vergangenen (Teil-)Erfolge der TV-Stud Kampagne?

Über den Zeitraum von einem Jahr gab es während des TV-Stud-Streiks eine stärkere Mobilisierung von gewerkschaftlichem Potenzial an der Uni. Der PRstudB hat sich hier beispielsweise gefreut, endlich einmal viele Menschen für die Neubesetzung von Personalratsstellen zu finden. Auch haben sich in der Zeit viele studentische Initiativen gegründet, von denen sich leider einige schon wieder aufgelöst haben. Schade fand ich, dass trotz der Streikwelle nur wenige Studierende in die Betriebsgruppen gekommen sind. Die verfasste Studierendenschaft hat sich während des Streiks stark engagiert, jedoch sind arbeitsrechtliche Themen an der Uni danach schnell wieder von der Tagesordnung verschwunden. Die große Mobilisierung während des Streiks ist also leider nicht in eine langfristige Organisation an der Uni umgeschlagen.

Ein Hoffnungsschimmer ist zumindest, dass einige Aktive aus den Basisgruppen nun auch in anderen Personalräten angekommen sind. Das sichert nachhaltig, dass die Interessen von Studierenden an der Hochschule vertreten werden. Eine Frage für die Zukunft ist also, wie gewerkschaftliche Aktionen so organisiert werden können, dass die Basisgruppen mehr Zulauf finden und gestärkt aus dem Streik hervorgehen. Ein Beispiel dafür ist die Betriebsgruppe der Freien Arbeiter_innen Union (FAU) an der HU, die sich im Zuge von TV-Stud gegründet hat. Die Gruppe macht immer wieder Aktionen und ist in den letzten Jahren weiter angewachsen.

Ganz allgemein kann mein Verfahren nun zumindest als Anstoß dienen, dass arbeitsrechtliche Themen an der Uni wieder mehr Aufmerksamkeit finden und Zusammenhänge zwischen Hochschulpolitik und gewerkschaftlichen Kämpfen sichtbar werden.

Vielen Dank für das Interview Mo.

Sehr gerne.

Weiterführende Links:

www.mobleibt.noblogs.org
www.tvlfuerstudisberlin.noblogs.org

- 1 Die Beschäftigung war rechtswidrig, weil Mo nicht nach dem für seinen Bereich gültigen Tarifvertrag des Landes (TV-L) beschäftigt wurde. (Anm. d. Red.)
- 2 Auch wenn mehrere Statusgruppen bei der Einstellung von Professor_innen formal mitsprechen dürfen, hat die Statusgruppe der Professor_innen in den Berufungskommissionen eine Mehrheit. Außerdem entscheidet die Uni, welche Professor_innen potenziell angestellt werden sollen. Die verschiedenen Statusgruppe haben somit nur ein Mitsprache- aber kein Entscheidungsrecht, wer die Professur am Ende erhält. (Anm. d. Red.)

DER WUNSCH NACH UNHEIL

HANNAH KORMANN

Die Funktionsweisen und Strukturen neurechter Onlinemedien gilt es in ihrer Tragweite und Einflussnahme zu beobachten und analysieren. Eine Nachrichtenkommunikation, wie sie der publizistische Arm der Neuen Rechten betreibt, transportiert täglich faschistische Logiken und hetzerische Ressentiments, indem er sie in seiner Berichterstattung in Kausalbeziehung zum tagespolitischen Geschehen setzt. Digitale Räume dürfen in Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus nicht ausgeklammert werden und die narrativen Zerrbilder vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Gesellschaftsverhältnisse müssen von links konterkariert werden.

Wir begeben uns täglich in digitale Räume, um mit anderen Menschen in Kontakt zu treten oder um Medien zu konsumieren. Die Entscheidung dazu geht beinahe intuitiv und unbewusst vonstatten. Dort angekommen geht es ähnlich bedenkenlos weiter. Die Bandbreite an Inhalten in diesen Räumen lässt sich im Vorhinein nur schwer eingrenzen und oftmals steht das Bewusstsein darüber, was lieber ungesehen geblieben wäre, am Ende des Ablaufs. Zu oft gab es sie schon, diese Morgen: Die Augen sind noch müde, gerade noch im Traum gewesen roll' ich mich rüber zu den Schlagzeilen über einen Anschlag oder rekordverdächtige Inzidenzwerte. Oder ich habe vorsätzlich bis zum Frühstück gewartet, um dann doch einen kurzen Blick auf die Twitter Timeline zu werfen und habe mit einem Mal Ulf Poschardt neben mir sitzen, der haltlos ein Hufeisen so laut auf den Tisch knallt, dass die Tassen klirren und den Rest des Tages ein leichter Tinnitus bleibt.

Vom Internet geht schon lange eine große gesellschaftspolitische Bedeutung aus. Nur vereinzelte Stimmen würden diese wohl noch ernsthaft bestreiten wollen und trotzdem wird sie ihm nicht genügend beigemessen. Die Potenziale von Sozialen Medien werden oft auf ihren popkulturellen Gehalt reduziert oder von Kulturpessimist_innen als beliebte Symptomträger für alle gegenwärtigen Probleme verhandelt. Pop ist cool, aber die inhaltliche Tragweite von digitalen Räumen geht weit darüber hinaus: Likes und Shares nehmen nicht selten einen ähnlichen Einfluss darauf, welche Themen mit Relevanz versehen werden, wie Bundestags- oder Feuilletondebatten. Sie sind prägend für den politischen Diskurs und somit spielen sich auch Prozesse der Meinungsbildung und Politisierung vermehrt digital ab. Das »real life« wird immer mehr im Internet erzählt, und das Internet materialisiert sich im »real life«. Davon auszugehen, es handle sich um zwei voneinander unabhängige Entitäten, ist daher ewiggestrig.



Neue Massenmedien ziehen auch neue Formen der Wahrnehmungsorganisation nach sich und setzen Menschen in neue Beziehungen zueinander, das beobachtete schon Walter Benjamin seinerzeit.¹ Sie nehmen Einfluss darauf, welche Informationen sich reproduzieren und mit Relevanz versehen werden, worüber diskutiert wird und worüber nicht. Vor dem Zeitalter des Internets wurden Geschehnisse für eine Öffentlichkeit in ihrem Belang entlang journalistischer Normen und Mindeststandards abgewogen. Die mittlerweile so selbstverständliche Eigenschaft sozialer Medien, Blogs und Co. liegt jedoch genau darin, dass Inhalte meist ohne Prüfung durch eine redaktionelle Instanz produziert und veröffentlicht werden können. Diese Niedrigschwelligkeit und Freiheit bringt viele Vorteile mit sich, für deren progressive Nutzung sich hier unzählige Beispiele auflisten ließen. Soziale Medien ermöglichen es, hegemoniale Sprecher_innenpositionen aufzubrechen, Wissens- und Ideenproduktion von eurozentrischen und postkolonialen Institutionen zu entfesseln und Informationen einer breiteren Menge zugänglich zu machen, als es je ein Medium zuvor konnte. Marginalisierten und entrechteten Personengruppen gelingt es immer wieder, über soziale Medien ihren Realitäten und Forderungen ein Sprachrohr zu verschaffen. Auch emanzipatorischer Widerstand durch Selbstorganisation von unten oder Prozesse gesellschaftlichen Umdenkens erlebten im letzten Jahrzehnt oftmals ihre Initialzündung in digitalen Räumen.

Die soziale Teilverlagerung auf das Internet hat demnach auch Auswirkungen darauf, wie Informationen und Nachrichten rezipiert und weitergetragen werden. Im Vergleich zu analogen Medien ist die Reichweite nicht mehr durch Lokalität oder Abonnements begrenzt und potenziert sich durch die rasche Interaktionsökonomie von sozialen Medien wie von allein. Soziale Medien und Online-Zeitungen dienen einer breiteren demographischen Skala als vorrangige Informationsquellen und lassen Fernsehen und Printmedien nicht nur sprichwörtlich alt aussehen.

Was aber, wenn Informationen vorsätzlich ausgespart und Nachrichten ihrem Kontext entrissen werden, um sie mit verschwörungsideologischem und rassistischem Gehalt zu versehen? Wenn Berichterstattung dazu dient, faschistische Logiken zu plausibilisieren, anstatt aufzuklären? Eine Schattenseite sozialer Medien als demokratischer Hoffnungsträger ist die, dass

sie sich ebenso als Angelbecken rechtsextremer Rekrutierung und Propaganda eignen. Ihre Möglichkeiten sind somit auch zum zentralen Motiv politischen Handelns geworden, insbesondere durch die Emotionalisierung von Nachrichten.

Viele Onlinemedien der Neuen Rechten »geben vor, Nachrichten zu liefern, die anderswo verschwiegen werden.«² Sie spielen die immer gleichen Feindbilder und Bedrohungsmythen in ihre Berichterstattung ein mit dem Ziel, sie zu normalisieren und das Bewusstsein ihrer Rezipient_innen langfristig zu beeinflussen. Die Autor_innen dieser Online-Zeitungen erwecken den Eindruck, dass ihre journalistischen Beiträge zum alleinigen Ziel haben, ihre Leser_innenschaft in Alarmbereitschaft und einem andauernden Ausnahmezustand zu halten. Den Effekt von kompromisslosen Aufmerksamkeitsbemühungen der extrem Rechten beschreibt Bernhard Weidinger: »Was Leser- und Seher_innenzahlen in die Höhe treiben soll, macht die Konsument_innen gleichzeitig anfälliger für die immer gleichen ›Lösungen‹ von rechts: abwerten und aufrüsten, ausgrenzen und einmauern.«,³ womit er auch Boulevard-Zeitungen der rhetorischen Beihilfe bezichtigt. Kriterien der Wahrheitsfindung für eine informierte Aufgeklärtheit von Leser_innen, die einem demokratischen Medienschaffen als Grundlage dienen sollten, werden damit untergraben. Die eigene Weltanschauung wird zum Maßstab für die Überprüfung von Fakten, während alles, was die gefühlten Wahrheiten nicht bestätigt, als Verschwörung empfunden wird.⁴ Entlang von Selbstimmunisierung und Leugnungsreflexen entflammte in der Coronapandemie eine alte Liebe zwischen Rechtsextremismus und Verschwörungsideologie.

Die Inszenierung von Angst und Bedrohung ist darin ein zentrales Mittel. Sie fügt sich in das Muster tradierter Faschismen ein, die sich an den jeweiligen Massenmedien ihrer Zeit bedienten. Die Beschworung eines *nationalen Niedergangs*, Szenarien eines *Volkstods* oder einer *Umvolkung* entlang rassistischer und antisemitischer Erzählungen über Film und Radio dienten der NSDAP dazu, ihre faschistischen Fantasien zu propagieren und Gräueltaten politisch zu legitimieren. Theodor W. Adorno konstatierte der reißerischen Demagogie neurechter Akteur_innen im Kontext zunehmender Wahlerfolge der NPD im Jahr 1967 einen »Wunsch nach Unheil«,⁵ der insofern zentral ist, als sie aus der beschworenen Katastrophe ihre Existenzberechtigung schöpfen, um sich in der Konsequenz als »*Retter der bedrohten Nation*« inszenieren zu können.⁶

Die strategische Nützlichkeit, die für rechtsextreme Ideologie von der Aneignung von Medien ausgeht, ist also an sich kein neues Phänomen. Wie sie sich jedoch durch Online-Kommunikation und digitale Medien aktuell wieder in realpolitisches Kapital wandelt und neue Formen von rechtsextremem Aktivismus hervorbringt, ist ein zentraler Untersuchungsgegenstand der aktuellen Rechtsextremismusforschung. Um die heutigen Entwicklungen zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf die Anfänge des Modernisierungsprozesses neonazistischer Organisation.

NAZIPROPAGANDA IM NETZ — HOW IT STARTED, HOW IT'S GOING

Als Bill Gates das Internet 1993 als »nur einen Hype« bezeichnete, hatten technisch versierte Neonazis bereits das Computernetzwerk ›Thule Netz‹ gegründet. Es bestand aus Computer-Mailboxen, in die sich per Modem bundesweit Neonazis einwählen konnten, um Daten auszutauschen und verschlüsselt zu kommunizieren.⁷ Im Jahr 1995 gründete ein ehemaliges Ku-Klux-Klan-Mitglied das Forum »Stormfront«. Es bot einen Umschlagplatz für Waffen und Informationen für militante Rechtsextreme. NPD-Chef Udo Voigt ernannte 1996 »die verstärkte Nutzung« des Internets zu einem »Hauptziel der Partei«. (Zur Erinnerung: Angela Merkel erklärte das Internet nicht ungefähr zur selben Zeit zum Neuland, sondern 17 Jahre später).

Manche Dinge ändern sich nie: Schon damals setzte der Verfassungsschutz bei seinen Mitarbeiter_innen auf praktische Erfahrung im rechtsextremen Milieu, sowie ideologische Kongruenz. So zahlte das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ihrem »verdeckten Ermittler« Kai D., dessen rechtsterroristisches Umfeld bis zum NSU reichte, über einen Zeitraum von zehn Jahren für den Aufbau des ›Thule Netz‹ und technisches Equipment rund 150.000 D-Mark, während dieser Anti-Antifa-Artikel und Fotos politischer Gegner_innen in das Netzwerk einspeiste und zu einem der einflussreichsten Neonazis Süddeutschlands wurde⁸. Auch NSU-Helfer Ralf W. verhalf der Szene zu Onlinepräsenz, indem er mit Netzspeicher24.de Neonazigruppen einen sicheren Datenspeicherplatz bot. Seitdem wächst das ›braune Netz‹ stetig an, und dies um so mehr, seit die technischen Anforderungen und Kosten eines breiten Onlineauftritts immer geringer ausfallen. Auch wenn die anfänglichen Netzwerke und Foren in ihrer technischen Umsetzung teils sperrig waren, so war ihr Vernetzungspotenzial damals schon nicht zu unterschätzen und legte den Grundstein für die digitale Infrastruktur der heute aktiven Neuen Rechten. Die Rolle des Internets erwies sich als entsprechend zentral in der Metamorphose zur Neuen Rechten. So wies die Soziologin Jessie Daniels 2009 in richtiger Annahme darauf hin, dass das Internet sich zum wichtigsten Bestätigungsfeld der Neuen Rechten entwickeln würde, mit dem ein Meinungsumschwung in rechtsextremen Kernfragen bewirkt werden sollte.

Die gezielte Indienstnahme von digitalen Medien für die politische Kommunikation der Neuen Rechten, wie wir sie gegenwärtig beobachten können, zeichnet sich durch ihre neugewonnene Öffentlichkeitswirksamkeit und Ästhetik aus: »An die Stelle verschönerter Frakturschriften sind hippe Internetauftritte samt Social-Media-Performances gerückt«,⁹ beschreibt Judith Goetz den Wandel. Ebenfalls auffällig ist das nahbare Auftreten der Neuen Rechten, das mit altnazistischer Anonymität und Konspirativität bricht und stattdessen eine offensive Medienarbeit als ihr Markenzeichen etabliert hat.¹⁰ Die bürgerliche Fassade ist darin ein strategisches Mittel, welches das schmutzige Bild der »Baseballschlägerjahre«¹¹ übertünchen soll. Die wenigsten neurechten Akteur_innen, die in der Öffentlichkeit stehen, bezeichnen sich selbst als rechtsextrem. Außerdem ist das Bestreben heute nicht nur unterschiedliche rechte Strömungen zu erreichen, sondern die Inhalte auch einer traditionell konservativen Wähler_innenschaft schmackhaft zu machen. Dabei kommt insbesondere einer strategischen Rhetorik eine große Rolle zu. Rassismus und Hetze gegen Geflüchtete und migrantisierte Menschen werden von Rechtsintellektuellen als »Islamisierung« oder »Migrationskritik« geframed. Rechtes Gedankengut, rassistische Stereotype und faschistische Positionen sollen seriös und pluralistisch anmuten, um ihnen einen Platz im demokratischen Diskurs geltend zu machen. Erfolge mit dieser Strategie zeigen sich darin, wie ebendiese Logiken Einzug in bürgerliche Debatten erhalten, so zum Beispiel über europäische Grenzpolitik im Allgemeinen oder die Seenotrettung im zentralen Mittelmeer im Besonderen. Spätestens seit Sarrazin scheinen Nationalismus und die Abwertung von Menschenleben ihre allgemeine und sagbare Berechtigung im öffentlich-politischen Diskurs zurückerlangt zu haben. In der Folge wird Antifaschismus in öffentlichen Debatten zunehmend nicht etwa als ein demokratischer Grundkonsens betrachtet, der jeglicher politischen Auseinandersetzung als tonangebendes Vorzeichen dienen sollte, sondern diskreditiert oder gar kriminalisiert.

Neue Rechte setzen auf jede Möglichkeit, die sich ihnen zur Selbstdarstellung bietet, um ihre Anschauungen in der gesellschaftlichen und politischen Debatte zu normalisieren. Die Sichtbarkeit und Selbstinszenierung in der digitalen Öffentlichkeit erscheinen dabei als umso wesentlicher.

GUTEN MORGEN DEUTSCHLAND

Sowohl den Influencer_innen, als auch der Vielzahl von Onlinemedien, Blogs, Verlagen und Magazinen der Neuen Rechten liegen weitgehend verzweigte Finanzierungs- und Unterstützungsstrukturen zugrunde, die das gesamte rechte Spektrum umfassen.

Wenn man sich auf den entsprechenden Plattformen und Webseiten bewegt,¹² sind manche Verflechtungen offensichtlich, andere weniger eindeutig. Nachrichtenseiten wie Politically Incorrect, Junge Freiheit, Sezession, Philosophia Perennis oder Journalistenwatch lesen sich wie ein »publizistischer Querschnitt durch das Milieu«. ¹³ Auf ihnen tummeln sich die Texte von Vertreter_innen unterschiedlicher Strömungen der Neuen Rechten. Es schreiben Rechtsintellektuelle, Aktivist_innen, Schriftsteller_innen, Politiker_innen oder ehemalige Journalist_innen, wie Jürgen Elsässer. Seine Artikel stehen neben denen von Götz Kubitschek, dessen Texte wiederum neben jenen Martin Sellners, Björn Höckes, Heinz-Christian Straches oder Caroline Sommerfelds.¹⁴ Wenn man es lange genug aushält, lassen sich über die Plattformen hinweg Verbindungen nachzeichnen, die von der rechtsterroristischen bis parlamentarischen Rechten reichen. Verbindungen meint hier positive Bezugnahmen, Intervieweinladungen, Finanzierung und Spenden, Werbeanzeigen, publizistische Veröffentlichungen sowie Querverweise auf andere Webseiten.

Ein Beispiel für ein bestens in dieses Netzwerk eingegliedertes Medium ist der Blog Politically Incorrect (PI-News), der vor fünfzehn Jahren von dem Grundschullehrer und rechtsextremen Aktivist Stefan Herre gegründet wurde. Wenn man den Blog besucht, wird einem unter einer wehenden Deutschland-Flagge ein »Guten Morgen« gewünscht, zu jeder Uhrzeit. Auch wenn die schlechte Animation noch eher albern anmutet, ändert sich dieser Eindruck beim Blick auf die Ressorts schlagartig: *Asyl-Irrisinn*, *Islamisierung Deutschlands*, *Migrantengewalt*, *Linksfaschismus* oder *Lügenpresse*, um nur ein paar Beispiele zu nennen. In dem Teil Aktivismus werden Pegida und der Identitären Bewegung mit zig Artikeln laudiert und pathetisch von jüngsten Protestaktionen berichtet. Politically Incorrect ist einer der größten deutschen Blogs und zählte zuweilen täglich 400.000 Besucher_innen.¹⁵ Er ist eines der Stamm-Medien von Pegida und Teilen der AfD-Wähler_innenschaft.¹⁶ Der Pegida-Mitbegründer Siegfried Däbritz stand in Kontakt mit PI-News und Mitarbeiter_innen des Blogs traten bei Pegida-Demonstrationen auf.¹⁷ Doch damit der personellen Überschneidungen nicht genug: Der PI-Gründer Stefan Herre engagierte sich in der islamfeindlichen Kleinpartei Die Freiheit, genauso wie Thomas Böhm, Gründer von Journalistenwatch, einem weiteren einflussreichen Onlinemedium der Neuen Rechten. Letzteres — mittlerweile zu Jouwatch unbenannt, versteht sich als medienkritisches »Korrektiv« und sieht sich dem Widerstand gegen das »Berufsverbot« rechter Journalist_innen verpflichtet. Es überrascht wenig, dass auch Jouwatch aus nichts als rassistischen Parolen und Stereotypen über Geflüchtete und Muslim_innen, sowie einer gehörigen Portion Geschichtsrevisionismus besteht. Auch Jouwatch verfügt über eine bedenkliche Reichweite und zählt zu einem »der größten Onlinemedien des neurechten Spektrums«. ¹⁸ Laut dem Analysedienst 1000flies erreichen die Artikel teilweise mehr Menschen als die Angebote von FAZ, SZ oder Zeit.

Die bereits erwähnte Junge Freiheit fällt auf den ersten Blick aus der Reihe. Die Ressorts lassen erst einmal nicht auf eine rechtspopulistische Linie schließen. Nach außen wird auf das einschlägige, von Rassismus und Ultranationalismus getränkte Vokabular verzichtet. Stattdessen soll der Slogan »Wochenzeitung für Debatte« in einem breiteren Publikum resonieren. Die Gesinnung wird jedoch spätestens beim Blick auf die Werbeanzeigen für nationalpatriotische Buchtitel oder Spendenaufrufe

der AfD ersichtlich. Die Junge Freiheit versteht sich als nationalkonservativ und liberal. In ihrem Leitbild nennt sie die »Regeneration deutscher Identität und Deutschland als selbstbewusste Nation« ihre Vision. Auch die Junge Freiheit sieht sich selbst in einer »Korrekturfunktion marktbeherrschender Medien«. In ihren Artikeln wird sich um einen weniger polemischen Ton bemüht, intellektuelle Ausgewogenheit und kritischer Geist werden großgeschrieben. Dieselben rassistischen Stereotype und Feindbilder wie bei den Kollegen destillieren sich jedoch auch aus den Artikeln der Jungen Freiheit. In den anderen Medien weniger dominant, ist hier »Gender-Mainstreaming« ein zentrales Thema, dem zum Schutz der Kinder und der traditionellen Familie der Kampf angesagt werden müsse. Insbesondere Antifeminismus dient als diskursive Brücke zwischen der Neuen Rechten und der alten (christlichen) Konservativen. Eszter Kováts' und Maari Pöim's entwickelten für dieses Phänomen die analytische Metapher des *symbolic glue*, die eine hilfreiche Veranschaulichung davon bietet, wie die Dämonisierung der »Gender-Ideologie« zu einem verbindenden Mittel zwischen Wertkonservatismus, christlichem Fundamentalismus und Rechtsextremismus geworden ist.

GEGENÖFFENTLICHKEIT MIT FOLGEN

Die genannten Nachrichtenmedien, die als Stichwortgeber der Neuen Rechten große Reichweite und Popularität genießen, stellen jedoch nur einen Teil der rechten Meinungsmache. Der Effekt einer fragmentierten Informationsöffentlichkeit potenziert sich mit der zunehmenden Funktion von Gruppenchats und Telegramkanälen als Sammelbecken für angstschürende Nachrichten, geliefert von der besagten rechtsextremen Publizistik. Darüber hinaus verfügen mittlerweile viele rechte Blogger_innen und Influencer_innen über eigene Telegramkanäle, die sie hochfrequentiert mit Einordnungen tagespolitischer Geschehnisse bespielen, welche sich in das Mosaik der Gefahren für das als bedroht empfundene »Wir« einfügen. Was entsteht, ist eine Gegenöffentlichkeit, in der rechtsextreme Autor_innen vermeintlich *alternative* Erzählungen verbreiten und dadurch eine spezielle Sicht der Wirklichkeit konstruieren.¹⁹ Der Aktionismus der Neuen Rechten, online wie offline, hat es sich zum Ziel gemacht, rhetorisch und bildsprachlich eine Mehrheit zu simulieren. Auch wenn die Aufrufzahlen und Auflagen der neurechten Medien ernst zu nehmen sind und dramatisch anwachsen, wird auf den Seiten gerne mit falschen Zahlen um sich geschmissen, um ein mehrheitlich geltendes »Volksverlangen« zu inszenieren.

Der gefährliche Charakter rechter Onlinemedien besteht jedoch darin, dass sie eine Drohkulisse ins Unermessliche steigern, während sie in ihrer Berichterstattung Handlungsperspektiven und Ausblicke gezielt offenlassen. In den Artikeln werden rhetorische Anreize für faschistische Logiken geschaffen, wie sie die Leser_innen schließlich in den Kommentarspalten mit Gewaltfantasien und rassistischer Hetze ausbuchstabieren oder in weitere Subforen hineinragen. Androhungen von Gewalt, Terror und Mord im Netz werden von Sicherheitsbehörden viel zu oft nicht ernst genommen oder gänzlich ignoriert. Die rassistischen, antisemitischen und misogynen Pamphlete der Attentäter von Christchurch, Halle und Hanau, in der sie ihre Vorhaben androhten oder explizit offenlegten, standen bereits im Netz, bevor diese zur Tat schritten. Teile ihrer Radikalisierungsprozesse ließen sich auf Internetforen und Imageboards mit inhaltlichen Bezügen zu QAnon-, Incel- und Alt-Right-Thesen, aber eben auch auf Facebook, Twitter und Messengerdiensten nachvollziehen.

Trotz folgenschwerer Beispiele rechtsextremen Terrors werden Androhungen im Netz seitens der Plattformbetreiber_innen und Sicherheitsbehörden bagatellisiert oder noch immer nicht klar als solche identifiziert. Auch etablierte Medien tragen zur Verharmlosung bei, indem sie Täter_innen von den (digitalen) Strukturen, aus denen sie Zuspruch und Legitimität

schöpfen, loslösen und individualisieren. Wenn rechtsextreme Täter_innen, die sich im Netz radikalisiert haben, medial als isolierte Einzelgänger_innen geframed werden, wird nicht nur die Kontinuität ihrer Taten im Kontext von Rechtsextremismus in Deutschland verkannt, sondern auch das Radikalisierungssystem aus rechtsextremen Medien, Blogs und Chatgruppen ignoriert, das den rhetorischen Nährboden für diese Taten bereitet. Klar wird bei der Analyse rechter Onlinemedien, auch im Lichte online entstandener verschwörungsideologischer Massenbewegungen: Eine Trennlinie zwischen digitalen und analogen Sphären als voneinander losgelösten Handlungsfeldern von rechtsextremen Akteur_innen darf nicht gezogen werden.

WUNSCH NACH (FÜR-)SORGE

Wie schnell die digitale Radikalisierung in handfeste Gewalt umschlägt, darf nicht unterschätzt werden. Dies zu erkennen und entsprechende Plattformen zu beobachten und zu analysieren, muss ein wesentlicher Teil der Prävention rechtsextremistischer Gewalt und der Bekämpfung der Neuen Rechten sein. Mehr denn je braucht es eine journalistische Berichterstattung, die nicht einen Wunsch nach Unheil transportiert, sondern die komplexen Herausforderungen der Gegenwart zu verstehen gibt, um kollektive und solidarische Handlungswege sichtbar und diskutierbar zu machen. Soziale und politische Fragen dürfen nicht faschistischen Deutungsschablonen überlassen oder entlang rassistischer, ethnizistischer, antisemitischer oder antifeministischer Ressentiments essentialisiert werden. Es braucht Informationsangebote, die Widersprüche und Kontroversen kommunizieren, erklären und aushalten können, damit es auch ihre Rezipient_innen können. Der Wunsch nach Unheil muss immer von dem Wunsch nach (Für-)Sorge, Solidarität, Verständnis, Gemeinwohl, Transparenz, wissenschaftlicher Erkenntnis, Verantwortung und revolutionärer Vorstellungskraft übertönt werden, bis er verstummt.

- 1 Walter Benjamin: »Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit«, in: Ders.: *Gesammelte Schriften 1-2*, Suhrkamp, 2017, S. 474-508.
- 2 Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Rowohlt, 2019, S. 168.
- 3 Vgl. Bernhard Weidinger: »Ungewollte Komplizenschaft«, in: *Rechtsextremismus, Band 4: Herausforderungen für den Journalismus*, Mandelbaum Verlag, 2021, S.
- 4 Vgl. Maik Fielitz, Holger Marcks: *Digitaler Faschismus*, Dudenverlag, 2020.
- 5 Theodor W. Adorno: *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus*, Suhrkamp, 2019, S. 20.
- 6 Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Rowohlt, 2019, S. 168.
- 7 Vgl. Toralf Staud, Johannes Radke: *Das braune Netz*, Bundeszentrale für politische Bildung, 2014.
- 8 Robert Andreasch im Magazin *der rechte rand*, Ausgabe 150, September / Oktober 2014.
- 9 Judith Goetz: »Rechtsextremismus und Medien«, in: *Rechtsextremismus, Band 4: Herausforderungen für den Journalismus*, Mandelbaum Verlag, 2021, S. 47.
- 10 Vgl. Bernhard Weidinger: »Ungewollte Komplizenschaft«, in: Ebd., S. 63.

- 11 Dem Titel der sechsteiligen Serie *Die Baseballschlägerjahre* entlehnt. Zeit Online, 2020.
- 12 Für eine sichere Recherche empfiehlt es sich, beispielsweise den Tor-Browser zu verwenden.
- 13 Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Rowohlt, 2019.
- 14 Vgl. Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Rowohlt, 2019.
- 15 Vgl. Recherchezentrum *Correctiv*, 2017.
- 16 Eine Analyse des Bayerischen Rundfunks (BR) ergab im Dezember 2016: Pegida-Anhänger_innen informieren sich kaum noch in den klassischen Medien, sondern bei der Jungen Freiheit, Compact, RT Deutsch etc. (Vgl. *Correctiv: Futter für AfD-Wähler*, 2016).
- 17 Vgl. Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der Neuen Rechten*, Rowohlt, 2019. S. 174.
- 18 Ebd.
- 19 Judith Goetz: »Rechtsextremismus und Medien«, in: *Rechtsextremismus, Band 4: Herausforderungen für den Journalismus*, Mandelbaum Verlag, 2021.

BROADCAST SOCIALISM



KARL KOZINSKY

Um das Feld der politischen Meinungsbildung auf Video-Plattformen wie YouTube nicht den Rechten zu überlassen, muss sich die radikale Linke in den Ring der digitalen Bildungsarbeit begeben.

THE KIDS ARE ALT-RIGHT

Die Neuen Faschist_innen befinden sich virtuell auf dem Vormarsch. Ob in den Vereinigten Staaten, in Australien oder hierzulande in Gestalt von Heiko Schrang (165 000 Abonnent_innen): Überall auf der Welt formieren sich faschistische Netzwerke, die ihr reaktionäres Weltbild auf YouTube verbreiten. Strategisch wirkmächtig deuten sie den Klassenkonflikt um in einen Kampf zwischen »Innen« und »Außen« und schaffen damit einen Resonanzraum für die Artikulation bereits bestehender Ressentiments und Verschwörungstheorien. In ihrem Weltbild stehen sich nicht arm und reich gegenüber, sondern die als fremd Markierten einer angeblich homogenen deutschen Gesellschaft.

Aber auch auf der Gegenseite regt sich etwas. Beispielsweise versucht die US-amerikanische Webvideo-Plattform Means TV ein »Netflix for the left«¹ zu etablieren. Mit Blick auf YouTube ist gerade bei der englischsprachigen Linken viel in Bewegung. Sie erkennt die Plattform als umkämpftes Terrain an, das zur Durchsetzung der eigenen Themen und Interessen genutzt werden sollte. Um den Rechten ihre Deutungshoheit zu nehmen und eine Gegenerzählung anzubieten, hat sich unter dem Banner BreadTube eine lose Gemeinschaft linksradikaler YouTuber_innen zusammengefunden. Der Name wurde der Schrift *The Conquest of Bread* des Anarchisten Peter Kropotkin aus dem Jahr 1892 entlehnt. Die Erfolgreichsten unter ihnen sind ContraPoints, Philosophy Tube und Hbomberguy, welche gemeinsam mehrere Millionen Abonnent_innen zählen. Englischsprachigen Influencer_innen stellt sich schon lange nicht mehr die Frage, ob es auf YouTube einer linken Gegenöffentlichkeit bedarf. Schließlich ist die Plattform die weltweit am zweithäufigsten besuchte Website nach Google und die mit Abstand größte Website für Videocontent.² So nutzen acht von zehn deutschen Jugendlichen, die sich auf digitalen Kanälen bewegen, YouTube mindestens mehrmals die Woche, 42 Prozent der jungen Erwachsenen nutzen es sogar täglich.³



DEUTSCHSPRACHIGES LINKES YOUTUBE

Wirft man einen Blick auf die deutschsprachige Szene, sieht die Lage gänzlich anders aus. So stellt die Studie *Von Influencern lernen* der Rosa-Luxemburg-Stiftung ernüchtert fest: »Eine derart reichhaltige Landschaft linker Aktivitäten auf YouTube wie im englischsprachigen Raum existiert nicht [...]«⁴. Im Gegenteil: Es lassen sich hierzulande keine nennenswerten linksradikalen Influencer_innen mit großer Reichweite finden. Der Großteil der erfolgreichen deutschsprachigen Kanäle wird durch das staatliche Funk-Netzwerk gefördert und verhandelt politische Inhalte aus einer linksliberalen Position, wobei eine grundlegende Systemkritik ausbleibt.⁵ Erste Gehversuche leistet die YouTuberin Linda mit ihrem Kanal *Vertraut und Seltsam*, dessen erstes Video im Frühsommer 2020 veröffentlicht wurde. In inhaltsreichen Beiträgen wie *Wir zahlen nicht für eure Krise!* entfaltet sie entlang einer Kritik der finanzpolitischen Maßnahmen während der Corona-Pandemie eine emanzipatorische Position von links. Bislang bleibt die Resonanz im Vergleich zu den amerikanischen Vorbildern allerdings noch überschaubar, auch wenn die Klickzahlen zunehmen. Das deutschsprachige linke YouTube befindet sich aber nicht nur mit Blick auf die Reichweite noch in den Kinderschuhen. Auch in Bezug auf die Nutzung der besonderen Möglichkeiten von YouTube-Videos bzw. -Kanälen fallen die meisten Versuche hierzulande noch ziemlich bieder aus: Natalie Wynn alias ContraPoints beschreibt das grundlegende Problem der Linken im Umgang mit den sozialen Medien im Interview mit Ash Sarkar von Novara Media wie folgt: »A lot of the people that have attempted to use the internet as a medium to spread leftist ideas have tended to use YouTube as a substitute for a classroom. They basically approach a topic aesthetically or stylistically as you would approach a topic at a university speaking event [...]. What I have tried to do from the beginning is [to] speak in the language of YouTube, speak in the language of the internet [...]«⁶

KOMMUNIKATIONSFÄHIG WERDEN

Was können wir mit Blick auf die einflussreichen englischsprachigen Aktivist_innen lernen? Zur Erklärung des Erfolges lassen sich laut der Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung fünf Faktoren heranziehen: »Respekt vor der Zuschauer_innenschaft⁷, inhaltliches Niveau, Ästhetik und Inszenierung, Humor und Unterhaltungsfaktor, Persönlichkeit.«⁸ Der Respekt vor der Zuschauer_innenschaft zeichnet sich durch das Ablegen von moralischer oder intellektueller Überheblichkeit und die Verwendung einer plattformgerechten Sprache aus⁹. Wie Natalie Wynn alias ContraPoints betont, kann es nicht darum gehen, in selbstgerechter Art und Weise universitäre Vorträge ins Web zu stellen. Dies ist eine Aufgabe, die der hiesigen außerparlamentarischen Linken nicht nur in Bezug auf ihre Internetpräsenz schwerfällt.

Denn für Außenstehende ist es nicht leicht, mit der linken Szene in Kontakt zu kommen und es braucht einige Anstrengung, um darin akzeptiert zu werden. Zugehörigkeit wird oft nicht nur über gemeinsame politische Positionen hergestellt, sondern vielfach auch über typische Kriterien einer Subkultur wie kulturelle Codes oder Kleidungsstile. Der Rückzug in die gesellschaftliche Nischenexistenz begünstigt die Herausbildung eines elitären Bewusstseins. Sie wird dadurch verstärkt, dass die Linke seit Jahrzehnten in universitären Kontexten ihr Dasein fristet und sich den dort herrschenden Habitus zu eigen gemacht hat. Daraus resultiert die Unfähigkeit, mit anderen auf Augenhöhe in Kontakt zu treten und mit auftretenden Widersprüchen konstruktiv umzugehen. Das aber ist eine Voraussetzung, um gesellschaftliche Mehrheiten für linksradikale Positionen zu erlangen.¹⁰

Unsere Kämpfe können nur dann erfolgreich sein, wenn wir Menschen ansprechen und sie von unseren Ideen überzeugen. Hierfür müssen wir uns nicht nur in Bezug auf YouTube die Frage stellen, wie revolutionäre Inhalte so vermittelt werden können, dass ihre Bedeutung und Relevanz nachvollziehbar werden. Wir müssen politisch kommunikationsfähig werden. Damit ist weder gemeint, die eigene Position ohne Grund aufzugeben, noch »mehr Toleranz« für reaktionäre Positionen zu entwickeln. Ebenso wenig kann es darum gehen, die eigene radikale Analyse aus strategischen Gründen zu verstecken. Vielmehr braucht es für die spätkapitalistisch verursachte Leere in uns eine plausible Erklärung von links, damit sich politisierende Jugendliche nicht im rechten YouTube-Algorithmus verlieren.

Dabei zeigt uns der aus England stammende YouTuber Harris Brewis, wie eine erfolgreiche Kommunikation auf Augenhöhe aussehen könnte. Besser bekannt unter dem Namen Hbombberguy erlangen Videos wie *Climate Denial: A Measured Response* große Bekanntheit durch die unterhaltsame Widerlegung von rechten Content-Creators wie beispielsweise Ben Shapiro. Ebenjener argumentiert allzu gerne unter Berufung auf Logik und Fakten. Und umso erheiternder ist es, wenn seine eigene argumentatorische Inkonsistenz und Falschangaben vor einem Millionenpublikum widerlegt werden. »Wir werden uns gleich mit den Klimawandelleugner_innen auseinandersetzen, doch wenn ihre angeführten »Beweise« so schlecht sind, dass sogar ich, ein Gaming-YouTuber, der bei der ersten Videoeinstellung für dieses Video Erdnussbutter ins Ohr bekommen hat, sie widerlegen kann, [...] dann läuft hier etwas gewaltig schief«, führt Brewis in seinem Video aus.¹¹

YOUTUBE

ALS RAUM FÜR HERRSCHAFTSKRITISCHE BILDUNG?

Unzufriedenheit und Unmut über die herrschenden Verhältnisse sind weit verbreitet, gleichzeitig fehlt es überall an Wissen um und Vertrauen in Alternativen. In der radikalen Linken gibt es wenige Orte, an denen Bildung strukturiert, niedrigschwellig und regelmäßig stattfinden kann. Es gibt zwar viele Veranstaltungen, die über aktuelle politische Ereignisse informieren, und in unregelmäßigen Abständen werden Workshops und Seminare zu spezifisch theoretischen Ansätzen oder Methoden organisiert. Sie finden in der Regel jedoch in szenetypischen Locations statt — die Einstiegshürde ist dementsprechend relativ hoch. Gleichzeitig findet abseits davon der größte Teil der herrschaftskritischen Theorieproduktion nach wie vor an den Universitäten statt und ist deshalb stark auf ein Milieu mit akademischem Hintergrund begrenzt.¹²

Der Aufbau eines alternativen, herrschaftskritischen Bildungsprozesses ist historisch ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Transformation von links. Damit dieser Anspruch in die Gegenwart hineingetragen werden kann, muss die Linke sich auf Plattformen wie YouTube einlassen, um Präsenz zu markieren und Verständigung zu ermöglichen. So kann sich nämlich auch szenefremdes Publikum niedrigschwellig mit der Theorie und Praxis gesellschaftlicher Alternativen, Perspektiven und Utopien auseinandersetzen. Zudem werden über Plattformen wie YouTube Menschen über Ländergrenzen hinweg erreicht, womit auch ein internationaler Austausch möglich wird.

Dabei sind inhaltlich anspruchsvolle, aber dennoch verständliche Videos auf YouTube nicht nur möglich, sondern ein Faktor für deren Erfolg.¹³ ContraPoints, unbestrittener Star des linken YouTube, schafft es beispielsweise in ihrem Video *Was läuft schief im Kapitalismus?* zwei Millionen Zuschauenden die Theorie der Entfremdung von Marx in legerem Ton, aber dennoch auf hohem inhaltlichen Niveau zu vermitteln. Auch der Kanal *Vertraut und Seltsam* löst sich zunehmend vom Vortragsformat, arbeitet mit Sketchen, Dialogen und szenischen Elementen, welche die Verbindung der diskutierten Fragen zum Leben der Protagonistin Linda aufzeigen.

KEIN YOUTUBE IST AUCH KEINE ALTERNATIVE

Im Zuge der Pandemie konnte beobachtet werden, wie linke Akteur_innen in ihrer politischen Kommunikation notgedrungen vermehrt auf Videos zurückgreifen mussten. Auch wenn es sich dabei um die ersten Gehversuche handelt und diese zuweilen noch ungeschickt daherkommen, ist die Entwicklung zu begrüßen. Denn erstens kann sich die Linke eine Abwesenheit auf der zweitgrößten Online-Plattform nicht leisten — sonst wird sie nämlich von den Rechten bestimmt. Und zweitens zeigt die englischsprachige Community, dass man mit radikalen Inhalten sehr wohl erfolgreich sein kann. Um das Rad nicht neu erfinden zu müssen und die Wiederholung von bereits gemachten Fehlern zu vermeiden, lohnt es sich, die bestehenden Contents einmal genau zu durchforsten: Spaß macht es auch noch. Zwar wurde YouTube zuerst von den Rechten entdeckt — so muss es jedoch nicht bleiben. Es liegt an uns, dass wir uns linke Räume auch online erkämpfen.

14

15

- 1 Lucy Diavolo: *Meet the Team Behind Means TV, a Video-Streaming Platform They Want to Be «Netflix for the Left»*, teenvogue, 18.2.2019, online unter: www.teenvogue.com/story/means-tv-video-streaming-platform-netflix-for-the-left. Siehe dazu auch Beitrag von Tilman Bärwolff in der HUch#91: *Streamen für die Revolution*, S. 33–34.
- 2 Vgl. dazu das weltweite Ranking unter: www.similarweb.com/top-websites, Stand: 22.03.2021.
- 3 Vgl. Rat für Kulturelle Bildung: *Jugend/YouTube/Kulturelle Bildung*, Essen 2019, S. 17.
- 4 Marius Liedtke, Daniel Marwecki: *Von Influencer*innen lernen*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 14.
- 5 Ebd., S. 17.
- 6 Vgl. *Speaking in the language of YouTube | Ash Sarkar Meets ContraPoints*, Novara Media, 30.05.2019, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=5VR4O3oHJSk&t=1587s>
- 7 Im Original nicht gegendert.
- 8 Marius Liedtke, Daniel Marwecki: *Von Influencer*innen lernen*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 19.
- 9 Vgl. ebd., S.20.
- 10 Vgl. Kollektiv aus Bremen: *11 Thesen über Kritik an linksradikaler Politik*.
- 11 Vgl. Hbombberguy: *Climate Denial: A Measured Response*, 31.05.2019, Übersetzung K.K., online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=RLqXkYrdmjY>
- 12 Vgl. Kollektiv aus Bremen: *11 Thesen über Kritik an linksradikaler Politik*.
- 13 Vgl. Marius Liedtke, Daniel Marwecki: *Von Influencer*innen lernen*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 20.

DIE PLATTFORM-VARIANTE

ANNA LENA
MENNE



Pandemiebedingt sind heute mehr Menschen online als jemals zuvor, gleichzeitig sinkt die Vorsicht im Umgang mit digitaler Technologie. Dies ist bedenklich, denn im digitalen Raum bedroht eine neue Herrschaftsform unsere Souveränität.

Es ist paradox: Trotz Kontaktverfolgungs-Apps, verstärkter Überwachung und einem regelrechten Digitalisierungsschub von Staat und Gesellschaft scheinen Datenschutzbedenken in Europa tendenziell zu sinken.¹ Heute hält eine Pandemie die Welt in Atem und kommunikationstechnische Infrastrukturen schaffen den erhofften Ausgleich zu Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen. Doch gerade deshalb ist es wichtiger denn je, für Datenschutz zu kämpfen. Warum? Eine kritische Perspektive hilft zu offenbaren, dass Kapitalismus, Kolonialismus und Patriarchat globale Gesellschaften bis heute dominieren und seit den 90er Jahren zu einer neuen Variante mutieren konnten: der Plattform-Variante. Bedingt durch die technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte dominiert nun diese neue Variante den digitalen Raum. Sie zeichnet sich insbesondere durch Machtkämpfe um den größten Vorratsspeicher an Informationen für Profit aus, da mit den meisten Daten auch eine Vormachtstellung über menschliche Wahrnehmung von Realität einher geht. Dies ist problematisch, denn darunter leidet die Souveränität von Staaten und Individuen. Der Digitalisierungskatalysator COVID-19 legitimiert zudem die Daseinsberechtigung digitaler Infrastrukturen und verstärkt somit die Logik der Plattform-Variante weiter. So wachsen Ungleichheiten zwischen jenen, die Plattformen bereits souverän navigieren und jenen, die mit ihren Daten unwissentlich auch ihre Realität gefährden. Aber was sind eigentlich Daten?

DATEN, WISSEN UND REALITÄTSKONSTRUKTION

Unsere ganze Welt besteht aus Daten. Eine einheitliche Definition gibt es nicht, denn ihre Bedeutung unterscheidet sich kontextual. In der elektronischen Datenverarbeitung können Daten beispielsweise als noch nicht verarbeitete Symbole, wie Zahlen oder Buchstaben verstanden werden.² Laut der Open Knowledge Foundation Deutschland werden Daten wiederum zu Informationen, wenn sie strukturiert und in einen Kontext zueinander gestellt werden und Informationen werden zu Wissen, wenn sie sinnvoll interpretiert wurden.³ Aber es sind nicht nur Computer, die Daten strukturieren, auch Lebewesen und Organismen tauschen Daten aus, um sich zu verständigen. Je nach kulturellem Kontext tauschen wir wert aufgeladene Symbole mit anderen Menschen⁴ und zunehmend auch mit Kommunikationstechnologien.⁵ In diesem kommunikativen Austausch von Daten konstruieren wir dann Informationen und Wissen sowie eine subjektive Wahrnehmung der Realität.⁶ Wer also Kommunikation beeinflusst und Daten bestimmt oder prägt, kann auch die Realität

ihrer Empfänger_innen graduell formen. In modernen Gesellschaften definiert vor allem eine dominante Version von Wissen die Realitätswahrnehmung vieler Menschen, nämlich jenes, das akademisch produziert wird.⁷ Und da aktuelle Forschungsparadigmen noch immer von Kapitalismus, Kolonialismus und Patriarchat bestimmt werden, beeinflussen sie auch heute noch gesellschaftliche Prozesse, wie Digitalisierung, Globalisierung und Plattformisierung.

CORONAVIRUS UND PLATTFORMISIERUNG

Plattformen wie Facebook, Amazon oder Google durchdringen inzwischen fast alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens. Insbesondere im Zuge von Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen ist dieser Einfluss stark gewachsen. So nahm in nur einer Woche Lockdown der Datenverkehr im März 2020 europaweit um 15 bis 20% zu.⁸ Darüber hinaus entpuppten sich Plattformen für ortsübergreifende Kommunikation, wie Zoom, Anbieter von Cloud-Ressourcen wie Google Cloud, Plattformen für Onlinehandel wie Amazon und Streamingdienste wie Netflix als die ökonomischen Gewinner_innen der Pandemie.⁹ Der sogenannte Plattformisierungsprozess beschreibt diese Transformation auf insbesondere drei Ebenen: Daten-Infrastruktur, -Märkte und -Regulierung.¹⁰

DATEN-REGULIERUNG

Im Zuge der symbolisch-ideologischen Herrschaft des neoliberalen Kapitalismus überließ man vielen Plattformunternehmen ihre eigene Regulierung. In Deutschland wurde die staatliche Netzstruktur der Post in den 90er Jahren privatisiert¹¹ und auch in den USA regulieren sich private Tech-Firmen heute größtenteils allein. Dies führte unter anderem zur Monopolbildung und Machtausweitung dieser Plattformunternehmen.

16

17

Als quasi-souveräne Akteur_innen schaffen Plattformen völlig neue Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Staat, Individuum und Wirtschaft. Sie gefährden also die Selbstbestimmung sowohl demokratischer, als auch autoritärer Staaten.¹² Zusätzlich bedrohen sie mit ihrer Infrastruktur und Marktlogik die Autonomie ihrer Nutzer_innen.

DATEN-INFRASTRUKTUR

Während der Begriff der Plattform im allgemeinen Sprachgebrauch das Bild eines flachen und wertfreien Konstrukts zeichnet, verbirgt sich hinter diesem sprachlichen Symbol ein wert aufgeladenes und vielschichtiges Netzwerk an menschlich geschaffenen und deshalb auch (um-)programmierbaren Infrastruktur. Diese ermöglichen und gestalten personalisierte Interaktionen zwischen Endnutzer_innen und Drittanbieter_innen, wie z.B. App-Entwickler_innen. Außerdem zeichnen sich Infrastrukturen durch systematisches Erfassen und algorithmisches Verarbeiten sowie darauffolgendes Monetarisieren und Weiterverbreiten von Daten aus.¹³ Jede Interaktion im digitalen Raum, jeder Like, jeder Kommentar, jede Sekunde, in der sich etwas angesehen wird, hinterlässt winzige Datenspuren. Diese werden gespeichert, in einen Kontext zueinander gestellt und liefern so beispielloses Wissen über menschliches Sozialverhalten. Deshalb spricht man im Datenschutzrecht auch von personenbezogenen Daten, und meint damit »alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen.«¹⁴ Viele Nutzer_innen sind sich dem Gebrauch und Missbrauch dieser Mechanismen für Profit leider nicht bewusst.

DATEN-MÄRKTE

Die Netflix-Dokumentation *The Social Dilemma* zeigte vergangenes Jahr, wie digitale Infrastrukturen gezielt private Gespräche, Gedanken und Wünsche stimulieren, diese überwachen und als Daten in Wissen übersetzen, um sie an Meistbietende zu verkaufen. Somit werden Menschen zur Handelsware.

Die Kommunikationswissenschaftler Nick Couldry und Ulises A. Mejias bezeichnen diesen Handel im digitalen Raum auch als Daten-Kolonialismus.¹⁵ Ihr Vergleich verweist also zunächst auf die bereits angedeutete Ausbreitung bestehender Herrschaftsstrukturen. Im Kontext dieses Textes deutet der Vergleich aber auch eine Mutation zur neuen Plattform-Variante an, da moderne Herrschaftsstrukturen als Transformationen früherer Hierarchien verstanden werden können¹⁶ — ganz ähnlich der andauernden Replikation und Mutation von Vieren.

VOM HERRSCHAFTSVIRUS ZU PLATTFORM-VARIANTE

Obwohl ein Großteil der neuen Herrschaftsform im digitalen Raum also klassischen Herrschaftsstrukturen ähnelt, hat sie auch eigene Dynamiken. So geht die Plattform-Logik z.B. über den altbekannten Kapitalismus hinaus. Firmen verkaufen nicht unbedingt Daten selbst, sondern die daraus gewonnenen Informationen, also versprochenes Nutzungs- oder Kaufverhalten, welches wiederum zur Optimierung von Geheimhaltungs- und Profitlogik genutzt wird.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff belegt in ihrer renommierten Theorie zum Überwachungskapitalismus, dass Plattformen vorausschauendes Wissen gewinnen, um gezielt zu manipulieren.¹⁷ So zählten beispielsweise Geschäfte im Rahmen des Spiels Pokémon Go im Voraus für garantierte Laufkundschaft und nichts ahnende Spieler_innen wurden somit zum Kauf gedrängt. Die Plattform-Variante nährt sich also von prädikativen Daten, das heißt Informationen über zukünftiges Nutzungsverhalten. Hierin liegt auch die erhöhte Ansteckungsgefahr.

Mit der Masse an Daten wachsen Plattformunternehmen organisch mit. Je mehr und vielfältiger die Daten sind, umso besser sind Verhaltensvorhersagen und umso leiser die Eingriffe in menschliches Handeln und Realität. Denn durch konstantes Anpassen ihrer Infrastrukturen umgehen Plattformen das Bewusstsein ihrer Nutzer_innen. Dieses in sich geschlossene Überwachungssystem mit Ausweitungstendenz bietet der Instanz mit den meisten Daten auch den längsten Hebel über unsere soziale Realität.

DATEN UND MANIPULATION

Während Überwachungskapitalismus vorrangig von ökonomischem Profit angetrieben wird, bewiesen die Enthüllungen um Edward Snowden sowie der Skandal um Cambridge Analytica, dass der Wettkampf um Daten auch andere Interessensgruppen wie Parteien oder Staaten anlockt. So gestand Cambridge Analyticas Daten-Analyst Christopher Wylie, dass er Steve Bannons »psychologisches Kriegsgerät« entworfen hätte, und bezieht sich damit u.a. auf die Verbindungen des Datenanalyse-Unternehmens mit der US-Wahlkampfkampagne von Donald Trump.¹⁸ Edward Snowden bewies auf der anderen Seite, dass auch Nachrichtendienste digitale Infrastrukturen für ihre Überwachungspraktiken nutzen.¹⁹

Alein die Existenz dieser Whistleblower_innen belegt über die Geheimhaltungspraktiken der quasi-souveränen Akteure hinaus auch die Gefahren für unsere Autonomie und Selbstbestimmungsrechte. Denn wer die Infrastrukturen schafft, bestimmt auch, was Nutzer_innen wahrnehmen.

PLATTFORM-PATRIARCHAT

Menschliche Schaffer_innen digitaler Infrastrukturen — im Silicon Valley oft weiß, technisch versiert und männlich — implementieren unweigerlich eigene wert aufgeladene Symbole in Computertechnik. Interaktion innerhalb des digitalen Raums wird also zwangsläufig von ihren Wertvorstellungen geleitet. Es ist wichtig, dies hier zu betonen, denn weltweit stellen nordamerikanische Plattformunternehmen noch immer einen Großteil der digitalen Infrastruktur.²⁰

Folglich prägen auch kapitalistische, koloniale und patriarchale Werte des globalen Nordens große Teile der Technik, die wir tagtäglich nutzen. Dr. Safiya Umoja Noble, Mitbegründerin des UCLA Centers for Critical Internet Inquiry, deckte diese symbolische Herrschaft zum Beispiel in Googles Suchmaschinenalgorithmus auf.²¹ So zeigte ihre Suche nach »black girls« 2012 als erstes Ergebnis noch »HotBlackPussy.com« und ihre Maps-Suche nach »N**** House« 2016 zu Zeiten Obamas Präsidentschaft eine Wegbeschreibung zum Weißen Haus.

DIGITALE UNGLEICHHEIT

Obwohl die digitale Revolution ein goldenes Zeitalter für Chancengleichheit versprach, bescherte sie uns noch ein weiteres Symptom sozialer Ungleichheit: epistemische Ungleichheit²². Sie beschreibt in diesem Kontext nicht nur ungleichen Zugang zum Wissen über uns selbst sondern auch zur Macht über unsere Realität. Die Plattform-Variante spaltet also Gesellschaften und vergrößert den Abstand zwischen dem, was wir für uns selbst tun können und dem, was uns angetan werden kann.

Es ist unumstritten, dass Technologie heute Familien, Freund_innen oder Kolleg_innen verbindet, gar ungeahnte Chancen für globale Gesellschaften bereithält. Ohne digitale Infrastrukturen wären die Abstände zwischen uns heute um einiges größer und die eigene Wohnung deutlich kleiner. Um die eigenen Daten zu schützen, ist es deshalb umso wichtiger, Technologien wie Plattformen mit Vorsicht zu nutzen.

Die Profitmaximierungslogik der Plattformen zeigt jedoch auch, dass mit der Menge an Daten zugleich die Resilienz der Plattform-Variante steigt. Denn je mehr Menschen versuchen, die digitalen Infrastrukturen zu navigieren, umso mehr Daten werden gesammelt, umso besser und leiser wird das System und umso schwieriger ist es, eingebaute Fallen zu umgehen, um die eigenen Daten zu schützen. Ein Digitalisierungsschub legitimiert die Herrschaftsstrukturen der Plattform-Variante also weiter.

Angetrieben durch Überwachungskapitalismus, das Silicon Valley-Patriarchat und Daten-Kolonialismus, konkurrieren heute private und staatliche Akteur_innen um den größten Vorratsspeicher an Daten. So bündelten sich drei der gewaltvollsten Herrschaftsformen der Moderne zur neuen Plattform-Variante. Und so wie auch die Bezeichnungen der SARS-CoV-2 Varianten ihr jeweiliges Herkunftsland mit ihrem Spitznamen öffentlich diskriminieren, heißt diese Mutation hier zurecht die Plattform-Variante.

Allerdings ist sie nur eine Mutation von vielen und vor allem ist sie — genauso wie die Herrschaftsformen, deren Ergebnis sie ist — sozial konstruiert. Also liegt die Macht, sie zu verändern, auch wieder bei den Menschen. Um epistemische Ungleichheit auszugleichen, muss Wissen über das eigene Nutzungsverhalten sowie die Logik der Plattform-Variante zugänglicher werden. Wie im Kampf gegen das Coronavirus gilt also: mehr testen, besser verstehen und aufklärendes Wissen impfen.

- 1 GlobalWebIndex: *Connecting the dots*, 2020. Online unter: <https://www.globalwebindex.com/reports/trends-2021>
- 2 Daniel Chandler, Rod Munday: *A Dictionary of Media and Communication* (Online Version), Oxford University Press, 2020.
- 3 Stefan Baack: »Datafication and empowerment: How the open data movement re-articulates notions of democracy, participation, and journalism«, in: *Big Data & Society*, Vol. 2, Nr. 2, Juli 2015, S. 1–11.
- 4 Siehe *Symbolischer Interaktionismus*.
- 5 Nick Couldry, Andreas Hepp: *The Mediated Construction of Reality*, Polity Press, 2017.
- 6 Peter L. Berger, Thomas Luckmann: *The Social Construction of Reality: A Treatise in the Sociology of Knowledge*. Penguin Books, 1966.
- 7 Gernot Saalman: »The Epistemological Foundations of Scientific Knowledge«, in: *Transcience*, Vol. 11, Nr. 2, 2020, S. 106–122.
- 8 Anja Feldmann, Oliver Gasser, Franziska Lichtblau, Enric Pujol, Ingmar Poese, Christoph Dietzel, Daniel Wagner, Matthias Wichtlhuber, Juan Tapiador, Narseo Vallina-Rodriguez, Oliver Hohlfeld, Georgios Smaragdakis: *The Lockdown Effect: Implications of the COVID-19 Pandemic on Internet Traffic*, Konferenzpapier zu: Proceedings of the ACM Internet Measurement Conference, Virtual Event, Oktober 2020, S. 1–18.
- 9 Tobias Weldemann: »Das sind die Gewinner und Verlierer der Coronakrise in der Tech-Welt«, in: *t3n digital pioneers*, 12. Mai 2020. Online unter: <https://t3n.de/news/gewinner-verlierer-coronakrise-1278820/>
- 10 Thomas Poell, David Nieborg, José van Dijck: »Platformisation«, in: *Internet Policy Review*, Vol.8, Nr. 4, November 2019.

- 11 Jeanette Hofman, Ronja Kniep: »Wen oder was schützt die Netzpolitik? Eine Retrospektive«, Konferenz von netzpolitik.org im Format *Das ist Netzpolitik!*, Berlin, 11. November 2019. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=GRHF5vDLEiA>
- 12 Julia Pohle, Thorsten Thiel: »Digital sovereignty«, in: *Internet Policy Review*, Vol. 9, Nr. 4, Dezember 2020.
- 13 Thomas Poell, David Nieborg, José van Dijck: »Platformisation«, in: *Internet Policy Review*, Vol.8, Nr. 4, November 2019.
- 14 Europäische Union: *Begriffsbestimmungen* (Art. 4 DSGVO), 2018. Online unter: <https://dsgvo-gesetz.de/art-4-dsgvo/>
- 15 Nick Couldry, Ulises A. Mejias: »Making data colonialism liveable: how might data's social order be regulated?«, in: *Internet Policy Review*, Vol. 8, Nr. 2, Juni 2019, S. 1–16.
- 16 Boike Rehbein: »Social Inequality and Sociocultures«, in: *Methaodos. revista de ciencias sociales*, Vol. 8, Nr. 1, März 2020, S. 10–21.
- 17 Shoshana Zuboff: *The age of surveillance capitalism: the fight for a human future at the new frontier of power*, Public Affairs, 2019.
- 18 Carole Cadwalladr: »I made Steve Bannon's psychological warfare tool: meet the data war whistleblower«, in: *The Guardian*, 18. März 2018. Online unter: <https://www.theguardian.com/news/2018/mar/17/data-war-whistleblower-christopher-wylie-faceook-nix-bannon-trump>
- 19 GUARDINT. (N.A.): *About us: Oversight and intelligence networks: Who guards the guardians?*. Online unter: <https://guardint.org/about/>
- 20 Therese Wood: »The World's Tech Giants, Ranked by Brand Value«, in: *Visual Capitalist*, 4. August 2020. Online unter: <https://www.visualcapitalist.com/the-worlds-tech-giants-ranked/>
- 21 Sofiya U. Noble: *Algorithms of Oppression: How Search Engines Reinforce Racism*, New York University Press, 2018.
- 22 Shoshana Zuboff: »Caveat Usor: Surveillance Capitalism as Epistemic Inequality«, in: Kevin Werbach (Hrsg.): *After the Digital Tornado: Networks, Algorithms, Humanity*, Cambridge University Press, 2020.



BARRIEREARME BILDUNGSHÄPPCHEN UND DIGITALE PREKARISIERUNG

**CABALLERO
ALVAREZ**

Bildungs- und Aufklärungsaccounts auf Instagram erfreuen sich vor allem seit dem letzten Jahr einer schnell wachsenden Aufmerksamkeit. Doch trotz der enormen gesellschaftlichen Relevanz dieser neuen Medien, die immer mehr die Lücken und Fauxpas der klassischen Medien ausbügeln, bleibt die Arbeit hinter den Kulissen dieser Bildungsaccounts auf Social Media extrem prekär.

Seit mittlerweile über einem Jahr schränken wir pandemiebedingt unsere sozialen Kontakte und unsere Aufenthaltszeit an öffentlichen Orten besonders ein. Die eigenen vier Wände sind für Viele, die den relativen Luxus besitzen, von Zuhause aus studieren, arbeiten und leben zu können, wesentlich wichtiger geworden. Die Zeit, die auf Instagram, YouTube, Twitter und Co. verbracht wird, um die fehlenden sozialen Kontakte mit Social Media zu kompensieren, hat sich seit dem Beginn der Coronapandemie entsprechend vervielfacht.¹ Damit steigt natürlich auch die Bedeutung, die wir diesen Plattformen beimessen. Umso wichtiger ist deshalb die Erkenntnis, dass auf Social Media wie in allen sozialen Räumen Machtgefüge, Hierarchien, Diskriminierungen und letztendlich auch Gewalt reproduziert werden. Eine unglaublich positive und schnelle Entwicklung, die im letzten Jahr im deutschsprachigen Raum vor allem auf Instagram zu beobachten war, sind deswegen die zahlreichen Bildungs- und Aufklärungsprojekte, die sich für das barrierearme Reflektieren und die Vertiefung des Wissens über soziale, politische und ökonomische Strukturen einsetzen.

2020: GEBURTSJAHR ERFOLGREICHER BILDUNGS- UND AUFKLÄRUNGSINITIATIVEN

Viele der unabhängigen Gruppen, Kollektive und auch Einzelpersonen, die digitale Bildungsarbeit leisten, erhielten in wenigen Monaten massiv Aufmerksamkeit auf Instagram und zählen teilweise mehrere zehntausende Follower_innen. Viele von ihnen haben sich erst im Jahr 2020 gegründet. Beispiele für neue und kollektive Bildungsaccounts auf Instagram sind Formate wie @erklaermimal, die sich mit Infotafeln und Videos konkreten Themengebieten aus (post)migrantischer und queerer Perspektive widmen oder @rise.and.revolt, die unterschiedliche feministische Strömungen kompakt und trotzdem differenziert erklären und somit komplexe Theorien zu Care, Rassismus und Kapitalismus barrierearm aufbereiten. Es existieren aber auch viele weitere, teils primär von Einzelpersonen geführte Erklär-Accounts, wie jener der antirassistischen Autorin und Bildungstrainerin Tupoca Ogette (@tupoca.o), dem Inklusions- und Barrierefreiheits-Aktivist Raul Krauthausen (@raulkrauthausen) sowie zahlreichen Journalist_innen. Der rasante Aufstieg dieser Accounts hängt sicherlich mit der langsam fortschreitenden gesamtgesellschaftlichen Beschäftigung mit Themen der sozialen

Macht und Mechanismen der sozialen Ausgrenzung zusammen. Außerdem war es vielen Menschen im letzten Jahr dank Kurzarbeit und massiv verringerter Mobilität möglich, sich mehr Zeit zu nehmen, um sich Gedanken über die Gesellschaft und den eigenen Platz darin zu machen. Ausschlaggebend waren ohne Zweifel auch politische Initiativen wie Black Lives Matter, Migrantifa, Initiative 19. Februar und die vielen feministischen, jüdischen, anti-klassistischen, anti-ableistischen Stimmen, die im Laufe letzten Jahres vermehrt Gehör in der digitalen Öffentlichkeit fanden.

Bildungs- und Aufklärungsaccounts betreiben essenzielle Bildungsarbeit. Komplexe Inhalte wie Umweltrassismus, Gastarbeiter_innengeschichten, Care-Feminismus oder Abolitionismus – um nur einige Beispiele zu nennen – werden von eben diesen Accounts in verträgliche und barrierearme Häppchen verpackt, tausendfach geteilt, geliked und vor allem gelesen. Damit werden einem meist jungen Publikum Inhalte nahegebracht, die keinen sicheren Platz im schulischen Lehrplan haben und die oftmals auch nicht in den herkömmlichen Medien aufgegriffen werden – erst recht nicht in ihren feinen Nuancen. Vor allem werden auf Instagram diese Inhalte von denen vermittelt, die sich durch eigene Erfahrungen oder durch eine aus besonderem Interesse entstandene Nähe mit den betreffenden Themenbereichen besonders gut auskennen und aufgrund dieser Betroffenheit die richtigen Akzente in der Vermittlung legen können.

PREKARISIERTE ARBEIT UND DIE WIEDERHOLUNG ALTER PROFITMUSTER

Die Produktion dieser Bildungsinhalte benötigt viel Vorbereitung und Zeit. Inhalte müssen korrekt und gezielt aufgearbeitet und die geballte Thematik in ein paar wenige Story Slides oder Postbilder auf Instagram zusammengefasst und verständlich dargestellt werden. Zudem fallen Sachkosten an: Für Video oder guten Sound wird eine einigermaßen gute Kamera, ein solides Tonaufnahmegerät und die dazugehörige Schneidesoftware, sowie die entsprechende Bearbeitungszeit benötigt. All dies sind Kosten und Zeit, die zunächst unbezahlt bleiben. Und es ist Arbeit, die zumeist von Personen geleistet wird, die marginalisierten Gruppen angehören und von den Themen betroffen sind. Jedoch profitieren nicht sie selbst von der eigenen Arbeit – sondern die Mehrheitsgesellschaft. Diejenigen, die diese Bildungsproduktionen kostenlos konsumieren, profitieren davon, indem sie die neu gewonnenen Erkenntnisse gewinnbringend in Arbeit und Studium einbringen können. Dieses krasse Ungleichgewicht perpetuiert bereits bestehende Ausbeutungsverhältnisse gegen Menschen, die aufgrund von Geschlecht, race, Klasse, Be*Hinderung usw. marginalisiert werden. Mit einer scheinbaren Demokratisierung von Informationsplattformen werden also alte und ausgrenzende Muster der fehlenden Bezahlung von Bildungsarbeit übernommen.

Die Personen hinter Bildungs- und Aufklärungsaccounts werden für ihre Arbeit jedoch nicht nur schlecht bis gar nicht bezahlt, sie sind darüber hinaus oftmals auch noch einer starken psychischen Belastung durch Hassnachrichten in Kommentarspalten und DM's² ausgesetzt. Kommentarspalten sind zwar wichtig, um ein Gespräch rund um das Thema zu ermöglichen sowie auch relevante, im Post nicht behandelte Aspekte oder Kritiken für alle sichtbar zu äußern, doch können sie auch zu

Schauplätzen von Shitstorms und menschenverachtenden Äußerungen werden. Und es ist nicht so, als ob sich diese *comments sections* einfach ignorieren ließen: Alle Kommentare müssen einzeln auf ihre Konformität mit den jeweiligen Richtlinien der Netiquette³ geprüft und gegebenenfalls einzeln gelöscht werden. Beim Account @erklaermirmal geschah ein Shitstorm im September 2020, als ein Post, der verschiedene gendersensible Bezeichnungen für Familienmitglieder aufzählte, in rechten Chatgruppen zu zirkulieren begann und eine regelrechte Flut an beleidigenden, trans-, nicht-binär- und agenderhassenden Kommentaren unter besagten Post geschrieben wurde. Eine solche Wucht an Hassnachrichten ist schwer zu handhaben – vor allem, wenn die Arbeit hinter diesen Accounts in der Freizeit geleistet werden muss. Den ganzen Hass immer und immer wieder zu lesen, belastet ungemein – insbesondere, wenn sich dieser gegen dich und/oder deine Freund_innen richtet. Manchmal lässt sich kollektiv das Blatt ein wenig wenden, wie im Fall von @erklaermirmal, wo nach Bekanntmachung des Shitstorms die Follower_innenschaft mit zahlreichen richtigstellenden und unterstützenden Messages zu dem Post reagierte. Es handelte sich dabei um einen solidarischen Moment innerhalb dieser digitalen Praxis, der aber leider keinesfalls genügend Schutz vor zukünftigen Shitstorms bietet.

Ein weiteres Beispiel, das sowohl den Profit der ohnehin Privilegierten dank unbezahlter Arbeit der Marginalisierten, als auch die psychische Belastung der Bildungsarbeitenden verdeutlicht, ist die von Moshtari Hilal und Sinthujan Varatharajah angestoßene Debatte um ›Menschen mit Nazihintergrund‹. Als widerständige Replik auf den altbekannten, problematischen Ausdruck ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ führten die beiden den Begriff des ›Nazihintergrunds‹ über Instagram in den öffentlichen Diskurs ein. Es entstand eine riesige Debatte, die mitunter auch in Meinungsartikeln etablierter Medienhäuser weitergeführt wurde – und diesen nicht zuletzt ökonomischen Gewinn einbrachte. Ganz konkret zeigt sich hier, wie herrschende Positionen von der Bildungsarbeit marginalisierter Menschen nicht nur persönlich und politisch, sondern auch materiell profitieren. Hilal und Varatharajah hingegen werden für ihre Arbeit keinen Cent gesehen haben – sondern mussten mit der psychischen Last rechter Hassbotschaften umgehen: Doppelte Benachteiligung also für gesellschaftlich notwendige Arbeit.⁴

Ein Mittel, um Bezahlung und den finanziellen Spielraum von digitalen Bildungsangeboten zu sichern, bieten Plattformen wie Steady oder Patreon. Diese Plattformen bieten Contentschaffenden – Bildungskollektiven, Podcasthosts, freien Journalist_innen, Bloggschreibern u.v.m – eine Möglichkeit, regelmäßige Finanzierung durch den Verkauf von Abos an Unterstützer_innen zu erreichen. Die Höhe der Beiträge kann individuell von den Contentschaffenden gesetzt werden und beginnt meist bei unter 5 Euro pro Monat. Bei einem Vergleich der Follower_innenzahlen vieler großer Bildungsaccounts auf Instagram und den Mitgliedern, die sie regelmäßig finanzieren, fällt jedoch ein ungemein großes Defizit auf. Accounts, die mehrere Zehntausend Follower_innen auf Instagram besitzen, werden auf ebendiesen Finanzierungsplattformen von wenigen hundert Fördermitgliedern finanziert. Die effektiven Beträge, die über die Plattformen ermöglicht werden, reichen also für eine faire Bezahlung der Teams von verschiedenen Menschen, die hinter den größeren Bildungs- und Aufklärungs Kanälen stecken, nicht auch nur ansatzweise aus.

Abgesehen von Plattformen wie Steady oder Patreon besteht die üblichste Form, Accounts auf Instagram zu finanzieren, im Platzieren gesponserter Inhalte. Das heißt, dass Werbung für bestimmte Produkte oder Marken in den eigenen Posts oder Stories des Accounts gezeigt, besprochen und markiert wird. Die Accountbetreiber_innen werden dann von den beworbenen Firmen meist mit Produkten und/oder finanziellen Leistungen

entlohnt – wenn die Accounts denn eine ausreichend große Reichweite haben. Manche Podcasts, die Aufklärungsarbeit leisten, suchen sich möglichst faire und nicht-ausbeuterische Werbepartner_innen, mit denen sie zusammenarbeiten. Doch die Anzahl von fairen Unternehmen oder Organisationen, die sinnvolle Produkte oder Leistungen anbieten, und welche an Werbung über Instagram interessiert sind, ist sehr stark begrenzt.

ÖFFENTLICH-RECHTLICHE MEDIEN UND BILDUNGSPOLITISCHE VERANTWORTUNG

Diese Zustände erscheinen noch bedauerlicher, wenn man sich die rassistischen, sexistischen oder generell diskriminierenden Fauxpas von Sendungen öffentlich-rechtlicher Kanäle vor Augen führt, die sich wiederholt beobachten lassen und auf das Nichterfüllen ihres Bildungsauftrags hinweisen. Beispielhaft dafür steht das Format *Die letzte Instanz* des WDR. In der Sendung vom 29. Januar 2021 sprachen prominente Gäste aus dem klassischen Fernsehprogramm über die rassistische Bezeichnung von Sinti_ze und Rom_nja und reproduzierten den rassistischen Begriff mehrfach.⁵ Das Gespräch der auf Debatten ausgelegten Sendung ließ weder Interesse an einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit der Thematik erkennen, noch konnten die geladenen Gäste jegliche Expertise vorzeigen. Im Gegenteil, die Auseinandersetzung in der Sendung verlief weitestgehend Bevormundend, einseitig und reproduzierte dabei rassistische Klischees. Dieser diskriminierende Vorfall bei einem öffentlich-rechtlichen Sender, der zurecht starke Kritik auf Instagram und Twitter hervorrief, ist dabei nur ein Beispiel in einer Reihe von diskriminierenden Inhalten, denen leider viel zu sparsam entgegengewirkt wird. Die Konsequenz daraus ist, dass eigenständig produzierte und prekär bezahlte Formate wie Podcasts, Instagram-Accounts oder YouTube-Videos den gesellschaftlichen Schaden informativ ausbügeln und Wissensleerstellen füllen müssen, die die klassischen Medien produzieren.

So lud, in Reaktion auf den Skandal des WDR, die Komikerin und Moderatorin Enissa Amani verschiedene Gäste zu einer YouTube-Sendung ein, welche in klarer Anlehnung an die WDR-Sendung *Die beste Instanz* benannt wurde.⁶ Bei den Gästen handelte es sich in diesem Fall um Bildungstrainer_innen, Aktivist_innen, Journalist_innen, Wissenschaftler_innen und Autor_innen, die ihre informierten Kenntnisse zu Rassismus, Antisemitismus und Sexismus teilen konnten. Der WDR lud erst mehrere Wochen später zu einem Themenabend ein, der einen Austausch über die stark kritisierte Sendung ermöglichen sollte. Viele der anfangs geladenen Gäste, darunter auch Amani, schlugen die Einladung ab – unter anderem aufgrund des auf eine polarisierende Debatte ausgelegten Formates, irreführender Titeldesigns und schlechter interner Kommunikation.⁷

Solche Geschehnisse lassen stark vermuten, dass wichtige Kompetenzen in den entscheidungstragenden Ebenen der öffentlich-rechtlichen Sender hinsichtlich gesellschaftlich immer mehr an Relevanz und Interesse gewinnenden Themenbereiche fehlen. Vermisst werden auch hinreichende Kontrollinstanzen, welche die produzierten Inhalte durchgehend auf diskriminierende und/oder menschenverachtende Inhalte und Kontexte überprüfen. Die Auswahl der Gäste der WDR-Sendung lässt darauf schließen, dass es in erster Linie um Einschaltquoten ging – nur leider auf Kosten des gesellschaftlichen Bildungsauftrags der öffentlich-rechtlichen Sender. Wenn man dieses Beispiel im breiteren Zusammenhang des öffentlichen deutschsprachigen Mediendiskurses betrachtet, wird hierbei die strukturelle Komponente der weiß-sozialisierten Deutungshoheit und der strukturell bedingten Verdrängung von marginalisierten, insbesondere BIPOC-Perspektiven klar erkennbar.

Auch bei der Förderung von Nachwuchstalenten werden sehr sparsam Moderator_innen und Redakteur_innen aus nicht-klassischen Ausbildungskontexten oder für die Branche ungewöhnlichen Lebensrealitäten engagiert, welche langsam neue Schwerpunktsetzungen und neue Formen der Diskussionskultur auf den Tisch bringen könnten.⁸ Medien- und Contentschaffende, die genau diese Kompetenzen aufweisen, Expertise zu gesellschaftlichen Machtstrukturen besitzen und diese barrierearm erklären können, finden zurzeit kaum Platz in der traditionellen Medienlandschaft. Sie greifen daher auch aus gesellschaftlicher Notwendigkeit heraus auf ihre eigenen Formate in den sozialen Medien zurück.

Die Produzent_innen von kritischer, politischer Bildungsarbeit in den Sozialen Medien sind also in vielerlei Hinsicht – und gerade in Bezug auf die Möglichkeiten der Finanzierung – immer wieder vor große strukturelle Hürden gestellt. Und dennoch erreicht die schiere Masse an interessanten, aufklärerischen und kostenlosen Online-Bildungsangeboten in Form von Videos, Podcasts, Instagram-Posts und anderen Channels immer mehr Menschen und ist für viele Follower_innen der Accounts gar nicht mehr wegzudenken. Digitale Bildungsarbeit kann gesellschaftlich extrem viel bewegen und zu einem neuen politischen Bewusstsein und erweiterten Wissenshorizonten beitragen. Gerade hinsichtlich einer neuen Generation an Jugendlichen und jungen Erwachsenen, deren Alltags eng mit sozialen Medien verknüpft sind, weckt dies große Hoffnungen darauf, dass sich Inhalte und Positionen im öffentlichen Diskurs emanzipativ wandeln, beispielsweise dadurch, dass Druck auf alteingesessene Medienhäuser ausgeübt wird. Um diesen Wandel aber zu ermöglichen, sollten diejenigen, die die finanziellen Mittel besitzen und/oder in den Redaktionen von Medienunternehmen sitzen, keine Scheu haben, neue Bildungs- und Aufklärungsprojekte zu finanzieren, um zusammen mit dieser neuen Generation von Bildungsarbeiter_innen auf tatsächliche Veränderungen in der deutschsprachigen Medienlandschaft hinzuarbeiten.

1 Zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf Internet- und Social-Media-Nutzung in Deutschland im Jahr 2020 siehe die Ergebnisse einer Umfrage von Bitkom Research vom 27.05.2020 <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Social-Media-Nutzung-steigt-durch-Corona-stark-an> und der ARD/ZDF-Onlinestudie <https://www.ard-zdf-onlinestudie.de/ardzdf-onlinestudie/pressemitteilung> (Presseerklärung vom 08.10.2020).

2 DM steht für *direct message*, also eine direkte Nachricht, die einer anderen Person bzw. einem anderen Profil geschickt werden kann.

3 Netiquette beschreibt als Begriff die Gesamtheit der Regeln und Gepflogenheiten einer sozialen Kommunikation im Internet. Es ist ein Begriff für respektvolle Verhaltensweisen online.

4 Das Video vom 15. Februar 2021, das die hier beschriebene Debatte auslöste, befindet sich auf dem Instagram-Account von Moshtari Hilal unter <https://www.instagram.com/tv/CLU2dZiqvMG/>. In diesem Interview vom 19.03.2021 für das Jugendformat ze.tt von Zeit Online kommentieren beide Künstler_innen die Rezeption ihres Videos und fassen die mediale Kritik kurz zusammen: <https://www.zeit.de/zett/politik/2021-03/ns-familiengeschichte-instagram-diskussion-nazihintergrund-moshtari-hilal-sinthujan-varatharajah>

5 Diese und weitere Kritikpunkte sind in der Presseerklärung vom 01. Februar 2021 des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma nachzulesen unter <https://zentralrat.sintiundroma.de/wdr-will-mit-rassismus-quote-machen-wdr-sendung-die-letzte-instanz-zeigt-wie-tief-antiziganismus-in-der-gesellschaft-verwurzelt-ist/>. Die besagte WDR-Sendung ist in der online ARD-Mediathek bis 2022 abrufbar.

6 *Die Beste Instanz presented by Enissa Amani* wurde am 09. Februar 2021 unter folgendem Link veröffentlicht: https://youtu.be/r45_9wvbDoA

7 Amani veröffentlichte ihre Gründe zur Absage in diesem Instagram-Tweet-Post vom 16. März 2021: <https://www.instagram.com/p/CmfjEadJulw/>. Die Gründe für die Absagen zum WDR-Themenabend der Sängerin Tayo Awosusi-Onutor, die sich beim Verein RomaniPhen engagiert, der Journalistin Hadija Haruna-Oelker und der Black-Lives-Matter-Organisatorin Perla Londole sind in diesem Übermedien-Artikel vom 18. März 2021 zusammengefasst: <https://uebermedien.de/58416/warum-drei-schwarze-frauen-bei-der-wdr-runde-zu-rassismus-abgesagt-haben/>

8 Hadija Haruna-Oelker und Lorenz Rollhäuser beleuchten im Audio-Feature *Dekolonisiert euch!* vom 24. November 2020 den aktuellen Status-Quo und die Änderungsbestrebungen bezüglich sozialer Vielfalt in öffentlich-rechtlichen Redaktionen und Sendern: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-oeffentlich-rechtlichen-und-die-migrationsgesellschaft.3682.de.html>

DIE GRENZEN DER AUTOMATISIERUNGSGESCHICHTE

MORITZ
ASCHEMEYER

Veränderungen der letzten Jahrzehnte in wirtschaftlichen Produktionsprozessen haben uns alle global beeinflusst. Interdependente Produktionsketten und die Automatisierung von großen Zweigen der Industrie sind dabei nur zwei Beispiele dieser großen Umstrukturierung.

INTERVIEW MIT AARON BENANAV

»Fully automated luxury communism« oder zumindest ein dank technologischem Fortschritt arbeitsarmes Leben mit bedingungslosem Grundeinkommen (BGE) scheint für viele sich progressiv wahnende Menschen ein in naher Zukunft möglicher Traum zu sein. Über Fallstricke der Automatisierungserzählung, zugrundeliegende ökonomische Tendenzen und die Entscheidung, wo wir im Sozialismus Schwimmbäder bauen, sprach die HUCh mit dem an der Humboldt-Universität (HU) forschenden Wirtschaftshistoriker Aaron Benanav. Sein Buch *Automatisierung und Zukunft der Arbeit*, in dem es um Entwicklungen der globalen Wirtschaft und die Notwendigkeit einer postkapitalistischen Alternative geht, erscheint im Oktober auf Deutsch bei Suhrkamp.

Was verstehen Sie unter »Automatisierungsdiskurs«?

Darunter fasse ich einige Theoretiker_innen sowie den Tenor, den man in Zeitungen und Zeitschriften findet. In dem Diskurs wird suggeriert, dass die Technologie vor einem qualitativen Sprung steht, der den Charakter von Arbeit und Gesellschaft grundlegend verändern wird. In letzter Zeit hat es zwar einen Dämpfer gegeben, was den Optimismus bezüglich der Technologien angeht, da die Grenzen des maschinellen Lernens und des *deep learning*¹ immer deutlicher werden. Das hat aber nicht unbedingt die Positionen in Bezug auf die Auswirkungen der Technologien auf die Gesellschaft verändert.

Quer durch das politische Spektrum, von Marxist_innen der äußersten Linken über Leute in der Mitte bis hin zu Teilen der Rechten — sogar Personen wie der ehemalige US-Präsident Obama — viele stimmen darin überein, dass wir an der Schwelle zu weiterer Automatisierung der Arbeit stehen. Was sie eint, ist die Annahme, dass das größte Problem der Wirtschaft ein Verteilungsproblem ist: Der mit der Automatisierung verbundene Produktivitätsgewinn führt dazu, dass die Ungleichheit steigt und die Frage aufkommt, wie wir die Güter an die Menschen verteilen, wenn sie nicht arbeiten. Deshalb befürworten die Automatisierungstheoretiker_innen das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) oder andere Formen staatlicher Zuschüsse. Ich denke allerdings, dass sie in zentralen Punkten falsch liegen.

In ihrem Buch gehen sie genauer darauf ein. Was sind die zugrunde liegenden Tendenzen, die den Automatisierungsdiskurs als falsch entlarven?

Arbeitnehmer_innen sind seit geraumer Zeit damit konfrontiert, dass es nicht genug Arbeitsplätze gibt. Vor allem Berufseinsteiger_innen sowie ältere Frauen oder arbeitslose Personen, die in den Beruf zurückkehren, haben große Probleme. Wir können die Makroeffekte davon in Form von steigender Ungleichheit, Rückgang der Lohnquote², wachsender Ungleichheit unter den Arbeitenden, und vor allem Ungleichheiten zwischen den Erträgen von Kapital und Arbeit sehen. Das wird nun fälschlicherweise dem schnellen technologischen Wandel zugeschrieben. Wenn wir uns allerdings die Empirie ansehen, ist das genaue Gegenteil der Fall.

Der Produktivitätszuwachs verlangsamt sich in der verarbeitenden Industrie, dem Sektor, in dem die neuen digitalen Technologien am stärksten genutzt werden, aber auch im Rest der Wirtschaft. Die letzten zehn Jahre waren in den USA das schlechteste Jahrzehnt für das Produktivitätswachstum seit Beginn der Messungen in der Nachkriegszeit. Es scheint nur an der Oberfläche so, als würde die Produktivität rapide ansteigen, dabei wächst einfach die Gesamtwirtschaft noch langsamer. Es kann also nicht sein, dass die Technologie die Ursache ist. Die eigentliche Ursache ist eine langfristige Verlangsamung des Wirtschaftswachstums, ein Prozess, den einige Ökonom_innen als säkulare Stagnation bezeichnen.

In meiner Argumentation, die einige dieser Fragen zu Automatisierung, Beschäftigung und Strukturwandel aufgreift, geht es vor allem um den langfristigen Verlust dieser Produktionsdynamik. Immer mehr Länder produzieren Industriegüter und die Globalisierung führt zu Überkapazitäten und Sättigung der Märkte, Hyperwettbewerb und einem Rückgang der Investitionen in handelbare Güter. Im Automatisierungsdiskurs wird zudem davon ausgegangen, dass schnelle technologische Umwälzungen dazu führen würden, dass Arbeitsplätze schneller vernichtet werden als in der Vergangenheit. Dies ist aber nicht der Fall: Neue Arbeitsplätze werden vielmehr in einem viel langsameren Tempo geschaffen als zuvor. Darum haben Berufseinsteiger_innen im sogenannten globalen Norden so viele Probleme, während in vielen anderen Ländern Menschen ihre sicheren Arbeitsplätze in der Produktion halten konnten.

Sie haben gesagt, einer der Gründe für die aktuelle Situation sind Überkapazitäten in der Industrie. Bedarf an industriell produzierten Gütern gäbe es ja durchaus.

Die Frage ist nicht, ob es einen Bedarf gibt, sondern ob die Vorteile einer langfristigen Investition die Risiken überwiegen. Und in einem hyperkompetitiven internationalen Umfeld stellen die



24

25

Unternehmen meist fest, dass es sich nicht lohnt. Schon jetzt ziehen sich Unternehmen aus China zurück und versuchen, Standorte in Subsahara-Afrika oder Indien zu finden, aber diese Länder industrialisieren sich nicht so schnell wie China es beispielsweise getan hat. Selbst mit Vorteilen bei den Löhnen und der Infrastruktur, die diese Länder nicht haben, ist es sehr schwer, noch schnelles Wachstum zu erzielen.

Sie beschreiben China als eine Ausnahme, wie passt das ins Bild, wenn doch der Weltmarkt schon stark umkämpft ist – und warum sind andere Entwicklungskonzepte fehlgeschlagen?

Die meisten Länder, die sich schnell industrialisiert haben, haben dies durch Exporte erreicht. Die Idee, dass sich Länder des globalen Südens vom Weltmarkt abkoppeln könnten, war in den 1950er und 1960er Jahren populär - die importsubstituierende Industrialisierung - aber sie war weniger erfolgreich als erwartet. Länder wie die USA und später auch Deutschland und Japan haben angesichts der zunehmenden Überkapazitäten und des Hyperwettbewerbs im globalen Norden nach Orten gesucht, an denen sie arbeitsintensive Teile ihrer Produktion zu Niedriglöhnen durchführen konnten, globale Lieferketten sind die Folge. Auch wenn Teile der arbeitsintensiven Produktion in den globalen Süden gingen, wuchs die Wirtschaft insgesamt langsamer. In Anschluss an das lesenswerte Buch von Ching Kwan Lee mit dem Titel *Against the Law* über China, ist mein Argument, dass die *rust belts*³, die für die heimischen Märkte produziert hatten, »weggerostet« sind und die *sun belts*⁴, die sich in die globalen Märkte integrierten, wuchsen, aber den Niedergang der *rust belts* nicht aufwiegen konnten. Selbst Niedriglohnländer, wie zum Beispiel Mexiko oder Brasilien hatten große Schwierigkeiten, am Markt zu partizipieren. Wenn die Weltwirtschaft mit fünf Prozent pro Jahr wächst und man im Durchschnitt liegt, wächst man sehr schnell, aber wenn die Rate auf zwei Prozent fällt, dann muss man, um mit fünf Prozent pro Jahr oder schneller zu wachsen, wie im Fall von China, anderen Ländern Marktanteile wegnehmen. China hat das geschafft, und davor für eine Zeit lang Südkorea, Taiwan und die anderen südostasiatischen »Tigerstaaten«⁵.

Ein Nullsummenspiel im Wachstum?

Oder der Trugschluss der Komposition: Je mehr Länder dieselbe Strategie verfolgen, desto schwieriger ist es für jedes einzelne, erfolgreich zu sein, das betrifft auch all diese neuen Industrien. Zum Beispiel sind Märkte für LCD-Bildschirme wahrscheinlich mit die am meisten übersättigten Märkte, die es gibt.

Wie entwickelt sich der Dienstleistungssektor – gibt es hier noch Wachstumschancen?

Wir können einige Dienstleistungen sehen, die Industrien immer ähnlicher werden. Wenn man in ein Fast-Food-Restaurant geht, sieht es aus, wie Fließbandarbeit; wenn man Bilder von Amazon-Lagerhäusern sieht, wirkt es ebenfalls sehr industriell. Viele Dienstleistungen lassen sich allerdings nicht industrialisieren. Die Grenzen von KI, von Deep Learning und maschinellem Lernen bedeuten, dass da in absehbarer Zeit wenig passieren wird. Infolgedessen drängen Menschen in solch tendenziell schlechter bezahlte Arbeit, die niedrige Produktivitätswachstumsraten hat. Es ist keine logische Folge, aber es ist ein Merkmal einer Wirtschaft, die diese Sättigungsgrade erreicht.

Infolge von Covid-19 haben wir eine globale Krise auch im Bereich der Arbeit. In Ihrem Buch deuten Sie an, dass sich die von Ihnen genannten Trends mit der Zeit verschlimmern könnten. Hat sich diese These nach einem Jahr Pandemie bewahrheitet?

Die Regierungen haben offensichtlich einen sehr schlechten Job bei der Bewältigung der Krise gemacht. Außerdem zeigen sich die Grenzen der Automatisierungsgeschichte. Viele Menschen mussten unter sehr gefährlichen Bedingungen weiterarbeiten, um die Gesellschaft am Laufen zu halten. Es gab keinen Trend, dass Computer und Roboter in der Krise diese Rolle übernommen hätten. Ein weiteres Problem ist, dass die Stagnationstendenz die Narben der Krise noch schlimmer macht. Das ist insofern beängstigend, als zu der langen Phase des Wiederaufschwungs der sich verschlimmernde Klimawandel dazukommt. Es gibt zwar langsam ein Bewusstsein dafür in den Regierungen, aber ich denke nicht, dass sie der Aufgabe gewachsen sind.

Eine intuitive Lösung wäre, die Nachfrage anzukurbeln, was bei Keynesianern oder MMT⁶-Befürworter_innen beliebt ist, indem man den Menschen Jobs im öffentlichen Sektor gibt, um ihre Kaufkraft zu erhöhen. Alternativ könnte man den Leuten auch einfach Geld geben.

Wenn man den Leuten Geld gibt, denke ich, dass sie eher Schulden abzahlen. Wenn man öffentliche Arbeitsplätze schafft, würde diese Strategie, wenn sie tatsächliche Investitionen beinhaltet, mehr Wirkung zeigen. Ich halte es allerdings für unwahrscheinlich, dass so etwas in einem ausreichend großen Maßstab geschieht. Ein wichtiger Aspekt ist allerdings, dass die Idee öffentlicher Wirtschaft diskutiert wird. Ich denke allerdings, dass man das gerade im Hinblick auf die technokratische Zentralisierung der Macht im Auge behalten sollte. Der Keynesianismus hat eine lange Geschichte als technokratisches Elitenprojekt, das nicht wirklich an Demokratie oder Arbeitnehmer_innenbeteiligung interessiert war.

Einige Befürworter_innen des BGE sagen, dass dadurch demokratische Prozesse gestärkt werden, da Menschen von ökonomischen Zwängen befreit werden. In ihrem Buch kritisieren Sie das BGE jedoch scharf.

Ich denke, der offensichtliche Punkt ist, dass auch BGE-Befürworter_innen vor allem ein Verteilungsproblem sehen. Unter den Krisenbedingungen und aktuellen Machtverhältnissen neigen Sozialprogramme dazu, unter die Räder zu kommen. Die gegenwärtigen Wohlfahrtsprogramme sind seit langem monetär eingeschränkt, das BGE wird die gleichen Grenzen erfahren. Anstatt also ein von Mitte-Links gewünschtes Level zu erreichen, wird es auf einem sehr niedrigen Niveau bleiben und hauptsächlich andere Wohlfahrtsprogramme ersetzen. Das Problem ist, dass sie das Produktionsproblem nicht sehen. Allerdings halte ich dem BGE-Diskurs zugute, dass er die Idee von universellen Leistungen gefördert hat. Aus politischer Sicht ist es wichtig, dass es keine Bedürftigkeitsprüfung⁷ gibt, die eine sehr technokratische Art der Wohlfahrt ist, bei der es eher darum geht, arme Menschen zu bestrafen.

Wenn wir ein BGE haben könnten, das für jede_n erschwinglich und hoch genug ist, könnten wir vielleicht einfach die Produktion kollektivieren. In einem kürzlich erschienenen Artikel⁸ verweisen Sie auf die algorithmischen Sozialist_innen, die einen Schritt über den Automatisierungsdiskurs hinaus sind, weil sie über geplante Produktion nachdenken. Sie haben sie in Bezug auf Algorithmen kritisiert.

Da gibt es eine Menge zu sagen. Wie können wir eine öffentliche Wirtschaft erreichen, oder eine sozialistische Wirtschaft oder was ich Wirtschaft der Postknappheit nenne? Die Idee der algorithmischen Geschichte ist ähnlich wie der Automatisierungsdiskurs, sie scheint anzunehmen, dass wir dieses technologische Niveau erreicht haben, wo wir all diese Entscheidungen automatisieren könnten.



KEIN SOZIALISMUS IST AUCH KEINE LÖSUNG

synco cybersyn

In gewisser Weise ähnelt das der Staatsmonopolkapitalismus-Theorie⁹, wenn man sagt, dass Amazon und all die anderen Monopolfirmen quasi Planwirtschaft betreiben und eine solche Macht und Größe haben, dass sie mehr oder minder reif zur Übernahme sind. Überspitzt könnte man sagen, wir brauchen nur ein öffentliches Amazon, das unsere Daten entsprechend unserer Bedürfnisse verarbeitet.

So würde man das Ausmaß übersehen, in dem die menschliche Entscheidungen grundlegend sind, um Dinge zu produzieren. In diesem Sinne stimme ich mit Hayek¹⁰ überein, der zentralisierten Produktionssystemen kritisch gegenüberstand. Nicht einmal mit fortschrittlichen Computern ist es möglich, genug über alles im System zu wissen: den Standort, welche Arten von Produktionswerkzeugen zur Verfügung stehen, welche Optionen die Menschen innerhalb der Produktionseinheiten haben, um Dinge zu produzieren. Und selbst wenn man das mit Algorithmen tun könnte, müssen die Menschen in der Produktion verstehen, warum sie tun, was sie tun. Aus all diesen Gründen braucht es ein menschenzentriertes Produktionssystem. Und das bedeutet nicht, dass Menschen ohne neue und digitale Technologien arbeiten, sondern mit ihnen. Daran bin ich wirklich interessiert! Ich arbeite gerade an der Frage, wie man digitale Technologien und demokratische Protokolle nutzen kann, um eine Antwort auf die Frage zu geben, wie eine postkapitalistische oder Wirtschaft der Postknappheit aussehen könnte.

Könnten Sie erklären, was demokratische Protokolle sind?

Es bedeutet einfach, dass Entscheidungen darüber, was produziert werden soll, am Ende nicht von einer Maschine getroffen werden, die alle Informationen aufnimmt und ein Rezept dafür ausspuckt. Die Menschen müssen involviert sein und Entscheidungen treffen, aber in strukturierter Weise. Es ist schwer, das zu beschreiben, aber das vielleicht einfachste Beispiel wären Entscheidungen über öffentliche Güter: Wo bauen wir das Schwimmbad? Am Ende könnten wir Computer benutzen, um uns Informationen zu geben, wo die Computer denken, dass der beste Platz für das Schwimmbad ist, aber es gibt so viele Überlegungen, bei denen es nicht nur um die Optimierung von Ressourcen geht - was Algorithmen gut können. Die betreffen eine Reihe von Kriterien, nicht nur die effiziente Nutzung von Arbeit und Ressourcen, sondern auch Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und all diese anderen Arten von Fragen. Und sobald man etwas hat, das nicht als skalarer, sondern als vektorieller Wert bezeichnet wird, was sich nicht auf einen gemeinsamen Wert reduzieren lässt, haben wir im Grunde eine politische Frage, die von den Menschen gemeinsam gelöst werden muss. Was die digitalen Technologien und demokratischen Protokolle uns erlauben würden, ist, die Art und Weise, wie diese Entscheidungen getroffen werden, zu strukturieren, sodass sie nicht in endlosen Sitzungen stattfinden. Die Menschen wollen nicht an endlosen Meetings teilnehmen, um Dinge zu entscheiden. Sie wollen, dass gute Entscheidungen getroffen werden, und sie wollen ein Mitspracherecht in diesem Prozess. Aber sie wollen nicht die Kontrolle über alles haben, was entschieden wird. Ich stehe hier auch noch am Anfang meiner Auseinandersetzung.

Dann wünsche ich Ihnen noch viel Erfolg bei Ihrer Auseinandersetzung und bin gespannt auf mehr Details.

Vielen Dank für das Gespräch.



- 1 *Machine learning* bezeichnet grob gesagt das Optimieren von Algorithmen durch Dateneinspeisung. *Deep learning* ist eine Unterform des *machine learning* und dreht sich um die Nachbildung neuronaler Netze. (Vgl. z.B. Lenzen, Manuela (2020): Künstliche Intelligenz, S.33ff.).
- 2 Anteil der Arbeitseinkünfte am Gesamteinkommen.
- 3 Rust Belts («Rostgürtel») bezeichnet vor allem die ehemalige Schwerindustrieregion im Nordosten der USA. Ein deutsches Pendant wäre das Ruhrgebiet.
- 4 Sun belts («Sonnengürtel») steht für die Gebiete in den südlichen USA, von Kalifornien bis Florida und die Carolinas. Dort ist vor allem die Dienstleistungswirtschaft sowie die Hochtechnologie relevant.
- 5 Als Tigerstaaten werden die Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea bezeichnet, die sich zwischen den 1960er und 1990er-Jahren erfolgreich durch Importsubstitution industrialisierten.
- 6 MMT, kurz für Modern Monetary Theory, ist ein unter Linken und Linksliberalen populärer Wirtschaftsansatz, welcher nachfrageorientierte Staatsinvestitionen befürwortet und die Ideologie des ausgeglichenen Haushalts («schwarze Null») infrage stellt.
- 7 Bedürftigkeitsprüfungen findet man bei vielen Sozialprogrammen, so unter anderem auch beim Bezug von Arbeitslosengeld II («Hartz IV») in Deutschland. Dabei wird das Vermögen der antragstellenden Person geprüft und muss ggf. bis zu einem Freibetrag aufgebraucht werden, bevor sie bezugsberechtigt ist.
- 8 Aaron Benanav (2020) – *How to make a pencil?* In: Logic (12), <https://logicmag.io/commons/how-to-make-a-pencil/>
- 9 Staatsmonopolkapitalismus oder Stamokap ist ein ursprünglich auf Rudolf Hilferding und Lenin zurückgehender Begriff, welcher das Endstadium des Kapitalismus anzeigen sollte.
- 10 Friedrich August von Hayek war ein Vordenker des Neoliberalismus. Ab den 1920er-Jahren kam es zwischen sozialistischen und wirtschaftsliberalen Ökonomen (darunter Hayek) zur sogenannten Kalkulationsdebatte über die Möglichkeit der planwirtschaftlichen Ersetzung des Preismechanismus.

WENN INFLUENCER ODIN VEREHREN

MADITA
LEGE



In der Neuen Rechten funktioniert Rap als identitätsstiftendes Mittel, das über soziale Medien die eigene Anhänger_innenschaft vergrößert und seine Ursprünge in neonazistischen Subkulturen der achtziger und neunziger Jahre hat.

Er inszeniert sich als »Patriot« und seine Musik als »Heimat-Rap«: Kai Naggert, früher Aktivist bei der Identitären Bewegung, tritt unter dem Künstler_innennamen Prototyp NDS aktuell die Nachfolge von Rechtsrapper Chris Ares an, Klarname Christoph Zloch. Der 29-jährige, der eng mit Chris Ares zusammenarbeitete, bevor dieser 2020 seinen Szeneausstieg bekanntgab, hat bei Bautzen in Sachsen das neue Musiklabel NDS Records gegründet – und will damit groß rauskommen. Dass Rechtsrap mit »NDS« – dem »Neuen Deutschen Standard« – sein Comeback in den Charts feiert, ist unwahrscheinlich: Das Label produziert derzeit hauptsächlich Videos für YouTube. Dennoch ist Naggert einflussreich. Eine Correctiv-Recherche zeichnete ihn 2021 als »Spinne im Netz« neurechter Influencer_innen aus, die ihr politisches Programm via Social Media vermarkten wie andere Fitness-Tees.¹

Zentral für Naggerts Selbstinszenierung ist der Kult um germanische »Ahnen« und altnordische Lichtgestalten wie den Gott Odin. Das mal mehr, mal weniger eindeutige Bekenntnis zu einem völkisch ausgestaffierten Naturglauben, dem Neuheidentum, wird kombiniert mit gegenwartsbezogenen, proletarischen Protestelementen, die immer auch Agilität und Bereitschaft zum Kampf signalisieren: Trainingsjacke, Jogginghose und Sportschuhe. Auf Instagram posiert der Rapper für rechtsoffene bis neonazistische Modelabel, die in der Hooligan- und Kampfsport-Szene populär sind, in Streetwear. Die Faust ist gerückt, darauf sind altnordische Runen tätowiert. Wie kommen Rap, Rechtsextremismus, *street culture* und Heidentum zusammen? Um diese Zusammenhänge zu entschlüsseln, lohnt sich ein Blick in die Geschichte des modernen Rechtsextremismus und seiner Subkulturen.

WARUM RECHTER RAP?

Zunächst einmal stellt sich die Frage, warum die extreme Rechte gerade Rap nutzt, um ihre Ideologie zu verbreiten. Die Hip-Hop-Kultur, zu der Rap gehört, wurde auch in Deutschland von Afrodeutschen und in postmigrantischen Communitys geprägt. Hier war (und ist) Hip-Hop Medium der Selbstbehauptung und Sichtbarwerdung derer, denen eine weiß-deutsche Öffentlichkeit zunehmend das Existenzrecht absprach, seit sich jenes deutsche Wirtschaftswunder ausschlich, das die Familien der ehemaligen »Gastarbeiter« ermöglicht hatten. Als der Markt für Hip-Hop-Musik Ende der Neunziger implodierte, überlebten medienwirksam polarisierende Labels wie Aggro Berlin. Fler spielte seit

dem Album *Neue Deutsche Welle* 2005 mit dem Image als »Patriot« und leicht abgewandelten Hitler-Zitaten. Tabubrüche wie dieser zeigen Möglichkeiten auf, Hip-Hop *national* zu denken – und dass »Deutscher Rap« ein Publikum hatte.²

Im gleichen Jahr eigneten sich erstmals neonazistische Aktivist_innen wie Björn Michael Bock alias King Bock das Genre an. Mit Musiker_innen der »Neuen Rechten«, wie Komplotz und Chris Ares, die 2016 folgten, ist rechter Rap massentauglich geworden: die Entwicklung eines halben Jahrzehnts, in dem das Internet ihnen direkten Zugang zu einem vorzugsweise jungen Publikum verschaffte, das dazu keinem politischen Milieu angehören musste. Das musikalische Lieblingsgenre dieser – im Duktus der Neuen Rechten »vopolitischen«³ – Jugend ist Hip-Hop. Die Texte der neurechten Rapper_innen sind weit weniger eindeutig als die rechtsextremer Rapper wie Landser, die ihre neonazistische Propaganda nur vor einem ausgewählten Publikum stattfinden lassen konnten. Vordergründig steht die neurechte Internet-Prominenz dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber – ehrt aber ihre »Ahnen« und deren »Standhaftigkeit« im Zweiten Weltkrieg. Damit ist sie breit anschlussfähig geworden und hält sich auf YouTube und Spotify.⁴ Neurechte Musik erreicht ihre Hörer_innen nicht länger exklusiv über »die« rechtsextreme Szene – eine neue, jugendlich geprägte Szene bildet sich um die Musik. Nicht wenige von Prototyps 8500 Instagram-Fans tragen wie er ein »NDS« im Usernamen – sie wollen Teil einer »NDS-Army« sein.

PYROTECHNIK, VW-POLO UND MARGINALISIERUNGS-NARRATIVE: STATUSSYMBOLE IM RECHTSRAP

Prototyp selbst bespielt seit Januar 2021 seinen neuen YouTube-Kanal mit Tracks, die klingen wie die Aldi-Version von Kollegahs Bossaura. Darunter hinterlassen Fans Kommentare wie »MSM Rapper haben in Zeiten wie diesen immer noch keine anderen Themen als Drogen, Fitness und [...] Autos, währenddessen sind deutsche (Rapper) auf dem Weg zur Erleuchtung.«⁵ Hier werden tradierte Erkläruster adaptiert. »MSM« verweist auf nicht als »deutsch« markierte Rapper_innen der »Mainstream-Medien«. In ihrer Selbstwahrnehmung als neue Minderheit politisch unterdrückt, nutzen Neurechte Rap ihrerseits als Medium der vermeintlich notwendigen Selbstbehauptung als Biodeutsche.

»Unterdrückt« zu sein und gegen staatliche »Zensur« nicht anzukommen sind Narrative, die bedient werden wie Statussymbole. Die Logik dahinter ist einfach: Umso unmittelbarer die Bedrohung, desto legitimer der heroisierte »Widerstand« (ein Songtitel des neurechten Rappers Bloody32). Damit bedient der neurechte Rap eine Rhetorik, die anlässlich der Proteste gegen die Pandemiemaßnahmen Konjunktur feiert.

Heute rufen neurechte Rapper_innen zu Demonstrationen von Querdenken 711 und Widerstand 2020 auf, wo über das Pandemiegeschehen eine antiemanzipatorische Querfront agiert werden soll. Auch hier werden diffus esoterische Referenzen als Letztbegründung genutzt — okkulte Freund_innen- und Feind_innenschemata einen die diversen Zuflüsse der heterogenen Bewegung.

MOBILISIERUNGSNEID SEIT DEN SECHZIGER JAHREN

In der Aneignung von Hip-Hop genau wie in der Verbrüderung mit Attila Hiltmann im Rahmen der Berliner Corona-Proteste, bei denen der Reichstag mit schwarz-weiß-roten Flaggen »gestürmt« wurde, zeigt sich die (sub-)kulturelle Flexibilität des modernen Rechtsextremismus, der eigentlich streng konservative Ideologien verfolgt. Zeithistoriker_innen führen diesen Widerspruch auf einen nachhaltigen »Mobilisierungsneid«⁶ auf die soziale Protestwelle der späten sechziger Jahre zurück. Dieses Motiv spricht bis heute aus Parolen von AfD-Funktionären wie Andreas Kalbitz, der von einem Tanz »auf den Gräbern« der 68er-Bewegung träumt.⁷

Europas Rechte sah sich gedrängt, konservative Ideologien ihrerseits in eine jugendliche Protesthaltung zu gießen. Erfolg feierte sie mit der britischen Konzertreihe *Rock Against Communism* 1978.⁸ Dahinter stand die neofaschistische Partei National Front — auf der Bühne und im Publikum Skinheads. Damals initiierte die politische Rechte erstmals eine ideologisch einflussreiche »Gegenkultur«, die heute eines ihrer zentralsten Strategieelemente darstellt. Ausdruck dessen sind auch Chris Ares und sein Rap-Ziehsohn Prototyp NDS: mit eigener Musik, eigenem Verlag und eigenen Veranstaltungen.

KONTINUITÄTEN ZWISCHEN RECHTSRAP UND RECHTSROCK

Die erste Jugend-Subkultur, die nationalistische Ideologien in ein popkulturelles Gewand kleidete, trug Levi's Jeans und Dr. Martens zu kahlrasierten Köpfen und dicken Fliegerjacken. Die Skinheads bedienten das Image einer Gegenkultur zum »Summer of Love« und definierten sich zunehmend als weiße Proletarier_innen. Keiner der damaligen sozialen Protestbewegungen zugehörig, führten sie in Adaption maskulin-milanter Elemente einen zunächst wenig politischen Totentanz der weiß-englischen *working class* auf. In den achtziger Jahren breitete sich das Skinhead-Phänomen mit zunehmender Politisierung international aus.⁹ Im Unterschied zu den linken Teilen der Subkultur referierten rechte Skinheads ihrerseits auf »nordische Ahnen«. Der Eruption der englischen Arbeiter_innenklasse begegneten sie mit aggressiver Verzauberung der — als weiß imaginierten — Vorkriegs-Vergangenheit. Erst unter dieser welt- und selbstanschaulichen Prämisse wurde ihr in *Oi!*-Punkmusik kommuniziertes Programm und spezifischer Look über die Grenzen ihres britischen Nationalismus hinaus denkbar — und europaweit wirksam. Ihr männlich-milanter Look setzt sich bis in die Gegenwart fort. Unter anderen Vorzeichen kommunizieren Muskelshirts von Labels wie Fight Cult — das Logo zeigt einen austretenden Kampfsportler im Lorbeerkranz — welche die Influencer_innen von NDS sponsern, ein ähnlich kampfbereit-agiles Image, das mit proletarischen Codes spielt. Nicht zufällig inszenieren sich die Musiker_innen von NDS mal um einen VW-Polo, mal um einen Fliesentisch gruppiert.

Zentral für *Oi!*-Punkrock, um den die Skinhead-Kultur zirkulierte, war wie im Hip-Hop dessen »Street Credibility«.¹⁰ Niedrigschwellig in der Produktion war auch *Oi!* auf Texte konzentriert, die eine perspektivlose Jugend beschrieben, in der Gewalt allgegenwärtig war. Sie richtete sich insbesondere gegen nicht-weiße. Ihnen begegnete Großbritannien nach Zerfall des Empires (in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts) mit angst-

gespeistem Rassismus, der nationalistische Parteien förderte. Diese erkannten das Potential der eliten- und fremdenfeindlichen weißen Arbeiter_innenkinder und vereinnahmten sie gezielt. Während Parteien wie die National Front an Zuwachs gewannen, erhielten die Skinheads eine politische Existenz. Reminiszenzen an die Kollaboration zwischen der AfD und Chris Ares liegen nah: Bis zu Ares Bruch mit der AfD¹¹ besangen er und Prototyp NDS auf Wahlkampfveranstaltungen ihr »deutsches Blut« und die »Söhne Europas«.

Damals wie heute werden Politikverdrossenheit und diffuse Ängste über rassistische Narrative in rechtsextreme Ideologien überführt. Dabei stilisierte britischer Rechtsrock in den 1980er Jahren bereits die »multi-racial society« zur existenziellen Bedrohung des »white man on the run«. Das »White-Power«-Motiv — die Umkehr des »Black Power«-Ausrufs der Schwarzen Bürger_innenrechtsbewegung — wurde von den US-amerikanischen White Supremacists übernommen und ist bis heute ein identitätsstiftendes Element der extremen Rechten, das sie über nationalstaatliche Grenzen hinweg eint.

HEIDENTUM UND RECHTE MUSIK ALS BEDEUTUNGSTRÄGER FÜR EUROPAS RECHTE

Die Rolle neuheidnischer Bezüge für rechte Musik klärt ein Blick in ihre Anfänge. Rechtsrock-Bands der achtziger und neunziger Jahre luden ihren neonazistischen Message-Rock von Beginn an neuheidnisch auf, so etwa Ian Stuart von Skrewdriver, bekennender Neuheide, oder die deutsche Band Landser, deren Mitglieder »Odin statt Jesus« huldigten. Der Bezug auf den alt-nordischen Naturglauben stiftete ein kollektives Identifikationsangebot, das innerhalb Europas Gültigkeit behaupten konnte und gegen das — als jüdische »Fremdreligion« diskreditierte — Christentum in Stellung gebracht wurde.

Die Vernetzung der rechtsextremen Szenen über die Grenzen der eigenen Nationalismen hinweg hatte durchaus Erfolg. So publizierte die offen neonazistische Band *Skrewdriver* aus London seit 1984 auch über das westdeutsche Plattenlabel Rock-O-Rama.¹² Der lukrative Austausch über den Musikvertrieb förderte die Vernetzung des Milieus auf nie da gewesene Weise. Die Bands etablierten ein Motiv, das für eine intereuropäische Rechte anschlussfähig sein würde. Die »pan-arische Internationale«¹³ entfaltete sich auch im Zeichen sich angleichender Bedrohungsszenarien westlicher Industriegesellschaften im Zeitalter der Globalisierung.

Für die Internationalisierung des Nationalistischen waren Rückgriffe auf »die« Germanen und Wikinger zentral, die völkische Narrative unterfütterten.¹⁴ Auf der ersten bei Rock-O-Rama vertriebenen *Skrewdriver*-LP hisst ein Wikinger sein Banner mit alt-nordischem Radkreuz — dem »White-Power«-Emblem. Die Über-einkunft beider Motive prägt die rechte Musikszene bis heute, denn die Schlussfolgerung lautete: »We've got to get together now, and wage our nation's fights / If we don't act quickly, we're going to face the endless night [...] / Europe awake«.¹⁵ Die alt-nordische Referenz ist mehr als ein Mittel der Verschleierung, indem etwa das Radkreuz anstelle eines Hakenkreuzes gesetzt wird. Sie fungierte als legitimatorischer »Kitt« zwischen Nationen und Nationalismen. Zusammenhalt soll die gemeinsame Zugehörigkeit zur »nordischen«, weißen »Rasse« stiften, die durch eine ihrerseits international agierende »fremde« Macht dem Untergang geweiht sei.

Diese Ideologie setzt sich im Rechtsrap fort: »Alles ist vergessen / Fremde Interessen / Wir müssen uns wehren / Schnell, sonst ist es zu spät / Denn unsere Gegner vernichten die ethnokulturelle Kontinuität / Wir stehen auf, l'Europe libérée!« rappt Patrick Uli Bass alias Komplott. Bass gelangte über neonazistische

Gruppen und schließlich eine Burschenschaft zu den »Identitären«. Die Germania Marburg wirbt online mit der nächtlichen Fotografie einer Gruppe Männer mit Fackeln — in ihrer Mitte ein hölzernes Radkreuz. Darunter folgt ein längerer Text, in dem es heißt, man sei politisch nicht so festgelegt, auf die richtigen Werte komme es an. Die Codierung ist eindeutig für jene, die schon einmal ein *Skrewdriver*-Album in der Hand hatten — oder den richtigen Profilen auf Instagram folgen. Das »White-Power«-Emblem ziert dort als Silberkettchen den Hals neurechter Influencer_innen.

EIN EXKLUSIVES, INTEGRATIVES UND KRIEGERISCHES IDENTIFIKATIONSANGEBOT FÜR EUROPA

Wenn Chris Ares und Abztrakt in *Söhne Europas* 2020 singen: »Eingehüllt in strahlendes Licht / Durchbrechen wir die engen Mauern / Von Zwängen und Trauer / Mit brennender Aura [...] / Ich channel die Kraft / Der in den vergangenen Zeiten gefallenen Krieger / Aus den heiligen Hallen«, um daraufhin in eine Aufzählung europäischer Städte zu verfallen, nutzen sie dieses Motiv im Sinne europäischer »Identitätspolitik« — einem zentralen Strategieelement der neuen Rechten. Damit stößt diese in der nach 1945 bewusst institutionell ausgestalteten EU in ein identifikatorisches Vakuum. Dem institutionellen Europa steht die neue Rechte mit Ablehnung gegenüber. Ihr Europabild konstruiert einen völkischen Erbzusammenhang, der als »natürlich« gesetzt ist. Es wird darin nicht eine Nation gegen die andere ausgespielt, sondern die »Verwurzelten« den nicht in Europa »Verwurzelten« entgegengesetzt: »Krieger kennen keinen Untergang / 1000 deiner Wurzellosen, gegen meine hundert Mann«.¹⁶ Historische und politische Gegensätze zwischen den einzelnen europäischen Nationen werden durch das Wiederaufleben-Lassen gemeinsamer antisemitischer und rassistischer Fremd- und Feind_innenbild-Traditionen nivelliert und um die Identifikation mit einem Europa der »Verwurzelten« ergänzt.

Schon *Skrewdriver* huldigten in ihren Liedtexten britisch(-alliierten) und deutschen (Wehrmachts-)Soldaten zu gleichen Teilen — denn: »The Zionists own the media, and they're known for telling lies / And I could see, that it could be, we fought on the wrong side.«¹⁷ Solche Zeilen sind Balsam für die weltanschaulichen Wunden des deutschen Nationalismus. Die geschichtsrevisionistische Fantasie fördert eine gemeinsame Feind_innenbild-Kultur und resultiert in der Forderung nach einer »European Unity« von rechts; eingeschworen auf die Tradition wehrhafter »europäischer« Kriegsstämme, die weit davon entfernt waren, ein gemeinsames Bewusstsein zu teilen.

ANTISEMITISCHER VERSCHWÖRUNGSGLAUBE

Insbesondere in Deutschland liegt die Identifikation mit vorzeitlichen Kriegsstämmen Patriot_innen näher als die Besinnung auf etwa das letzte Jahrhundert ihrer Geschichte. Wenn die Rapper Chris Ares und Abztrakt das Erbe des NS zugunsten eines esoterisch aufgeladenen, überzeitlichen Bundes als »Brut des Adlers« / [...] verwurzelt mit Mutter Gaia« überwinden wollen, ist diese Rhetorik tradiert. Denn der Antisemitismus diskreditiert das Judentum als »nomadisch«, die »Wurzelrassenlehre« speiste seit dem 19. Jahrhundert die Idee von der Überlegenheit des »Ariers«, und die »Blut-und-Boden«-Ideologie, also der Glaube an den natürlichen Bund von »Volk« und »Raum«, legitimierte die kriegerische Expansion des NS. In Anbetracht der eindeutigen Kontinuitäten mit der NS-Ideologie ist es wichtig, diese Muster als das zu dekonstruieren, was sie sind: sehr rechts und gar nicht neu.

Die klar antisemitische Verortung der Neuen Rechten wird durch die Mobilisierung von Narrativen einer »Vernichtung« der »ethnokulturellen Kontinuität« eines vorchristlich¹⁸ gedachten

Europas durch »fremde Interessen« noch bestärkt:

Nach der Verschwörungsideologie des Zionist Occupied Government (ZOG) wird die — europäisch gedachte — weiße »Rasse« durch nichteuropäische, nicht-weiße Zuwanderung (und daraus folgender »Rassenmischung«) gezielt geschwächt. Das Bild »des Juden« als Strippenzieher spiegelt sich bei Chris Ares im Bild der »eisernen Krake« wider, bei Komplott in dem der »staatenlosen Verbrecher«, die für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht werden. Das Narrativ systematisiert diffuse Bedrohungsgefühle und legitimiert einen nie vergessenen, europäischen Antisemitismus neu. Das Feindbild ZOG ist in verschieden-diffusen Erzählformen ein zentrales Erklärsmuster der Corona-Leugner_innen.¹⁹

IMMER DIE GLEICHEN BILDER

In leitmotivischen, extremen Bedrohungsszenarien — etwa als »Flüchtlingswelle« oder »großem Austausch« — werden Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus im neurechten Rap kondensiert. Der Antagonismus von »Gewalt« und »Heil«, dunkel und hell reflektiert die Polarität zwischen »Fremdem« und »Eigenem«, »Feind« und »Freund«. In der »Ariosophie« befindet sich »der Arier« als »Lichtgestalt« in einem endzeitlichen Kampf gegen die Finsternis — eine Fackel in der Hand zu haben tut da Not. Wird Europa bei *Skrewdriver* angesichts einer »endless night« zu Kameradschaft aufgerufen, ist es bei Chris Ares ein aufziehendes »Gewitter«. Der Rapper schreibt »Texte in dunkelsten Nächten [...] / sie scheinen, sie funkeln und brechen durch mit den Wolken bedeckten Himmel« und sein »germanisches Blut« werde ihn nicht zögern lassen, die bedrohte »Heimat« zu verteidigen. Ob Rechtsrock der achtziger Jahre oder Rechtsrap der Gegenwart: Die Bilder, die der rechtspolitischen Ausschmückung der Subkultur dienen, sind vielfach die Gleichen geblieben.

WAS BLEIBT?

Auch wenn sich die neurechten Rapper_innen heute nicht mehr eindeutig in die Tradition des NS stellen, sind die ideologischen Kontinuitäten eindeutig. Dass sie nicht explizit artikuliert werden, ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass die Neue Rechte die strategische Bedeutung des »Unpolitischen« — gerade auf Social Media — in ihrem Sinne zu nutzen gelernt hat. Kai Naggert und NDS Records haben sich, so die Selbstausage, von allen politischen Verbindungen getrennt. Auf Instagram teilt Naggert als Prototyp NDS dennoch Auszüge aus dem Parteiprogramm der AfD für die Bundestagswahl 2021 — mit Faust- und Deutschlandflaggen-Emoji gegen Minarette und Maskenpflicht.

Instagram, YouTube und Telegram haben die Rolle von Konzerten in den achtziger und neunziger Jahren ersetzt. Auf den neuen Plattformen bleibt die Musik der Motor der rechten Szene, ihrer Vernetzung und Finanzierung. Mit eigenem Tonstudio und Textilvertrieb fordern die Musiker_innen von NDS Records ihre Fans auf, Klicks zu generieren, Fan-Merch zu bestellen, sich auf Telegram zu *connecten*. Über das Crowdfunding-Portal Patreon, bei dem NDS »Musik und Unterhaltung« anbieten, erhalten Abonnent_innen für monatliche Geldbeträge Zugang zu immer kleineren, exklusiveren Telegram-Gruppen. Auf YouTube präsentieren sich NDS mit bösen Blicken und überdrehter Selbstironie erst hinterm MacBook, dann am Fliesentisch. Sie vereinen zeitgenössische Stilelemente mit Rückgriffen auf eine »nordische« Identität — modisch mit Trainingsjacke und immer gut sichtbarer *Vegvisir*-Rune auf dem Handrücken, musikalisch mit Rap über »Germanien«, finanziell über Patreon.

DIASPORISCHE SOUNDKULTUREN



JOHANN
ERDMANN

Rassistische Unterscheidungen zwischen ›wir‹ und ›die‹ schlagen sich nicht nur kulturell nieder, sondern erfahren auch auf dieser Ebene Widerstand — wie im Fall Diasporischer Soundkulturen, die im Mix aus kulturellem Erbe und lokalen Einflüssen neue musikalische Ausdrucksformen schaffen, die gleichzeitig die Verhältnisse kritisieren, denen sie erwachsen.

DIASPORISCHE SOUNDKULTUREN ALS ›DRITTER STUHL‹

Es gibt zahlreiche Musikgenres auf der Welt, die auf der Grundlage diasporischer Erfahrungen entstanden sind, weshalb ich vorschlage, sie als diasporische Soundkulturen zu bezeichnen. Der Grund, warum ich nicht explizit von Migrationsbiografien spreche, ist, dass viele Menschen, die einer Diaspora-Gruppe angehören, oftmals gar keine eigenen Migrationserfahrungen gemacht haben. Trotzdem werden sie in ihrer ›Heimat‹ von der Mehrheitsgesellschaft nicht als zugehörig wahrgenommen. Diesen Umstand brachte die deutsche Hip-Hop-Gruppe Advanced Chemistry im Jahr 1992 mit »Kein Ausländer und doch ein Fremder«¹ auf den Punkt, ebenso wie die Künstlerin Ebow im Jahr 2013 mit »Bin hier geboren, doch man sagt ich bin so different«.² Diasporische Soundkulturen zeigen uns die Widersprüche zwischen Dazugehören und Fremd-Sein auf und rücken die kulturellen und politischen Missstände dahinter in den Vordergrund. Sie klären darüber auf, dass es nicht nur das ›wir‹ oder das ›die‹ gibt, sondern dass die Lebensrealität vieler Menschen aus einem Mix verschiedener Einflüsse besteht — und sozusagen einen ›Dritten Stuhl‹ zwischen den Stühlen bildet, wie es Rapperin Aziza A aus Berlin treffend beschreibt.³ Der ›Dritte Stuhl‹ ist damit ein Symbol für die Aufhebung kultur-rassistischer Trennlinien, den sich Diasporit_innen durch ihre vielen verschiedenen kulturellen Einflüsse bauen. Das kann im konkreten Sinne bedeuten, dass sowohl der Döner als auch die Weißwurst in Deutschland zur Esskultur gehören — und anstatt sich für das eine oder andere entscheiden zu müssen, ein Weißwurst-Döner als ›Dritter Stuhl‹ entstehen kann (zugegeben vielleicht nicht die beste kulinarische Kombi, aber you get the point). Der ›Dritte Stuhl‹ zeigt, dass strikte Trennungen zwischen ›wir‹ und ›die‹ keinen Sinn ergeben. Und er zeigt auf, was es heißt, sich mit diesen Unterscheidungen, die leider trotzdem gemacht werden, auseinanderzusetzen und den Widersprüchen der eigenen Identität Ausdruck zu verleihen.

THE STRUGGLE OF DIASPORIC CULTURE

Wie die Entstehung des ›Dritten Stuhls‹ im Falle diasporischer Soundkulturen aussehen kann und dabei eine Antwort auf soziale Ungleichheiten darstellt, möchte ich anhand eines Blicks in die Geschichte der Diaspora in Großbritannien illustrieren. Entgegen der Vorstellung des dominanten Diskurses, der Migration heutzutage mit naturgewaltartigen Strömen Richtung Europa assoziiert, heißt das Migrationsverhältnis, das den Grundstein für unsere globalisierte Welt legte, Kolonialismus — und ging primär von Europa aus. So hat das British Empire mit transatlantischer Versklavung und Plantagenökonomie nicht nur die sogenannte industrielle Revolution, sondern auch zahlreiche Migrationsbewegungen initiiert.⁴ Wenn wir also beispielsweise von der großen afro-karibischen Diaspora in Großbritannien

In unserer Gesellschaft wird immer noch eine entscheidende Trennung gemacht, und zwar zwischen denen, die vermeintlich zu einer Nation gehören und denen, die davon ausgeschlossen sind. Diese Aufteilung erfolgt weiterhin anhand rassistischer Denkmuster, die mit Bezug auf vermeintlich natürliche Unterschiede zwischen einem ›wir‹ und einem ›die‹ trennen. Wohin diese von der Mehrheitsgesellschaft erzeugten Unterscheidungen in ›wir‹ und ›die‹ traurigerweise oftmals führen, erkennen wir nicht zuletzt am rassistischen Attentat von Hanau am 19. Februar 2020. Möge an dieser Stelle der Opfer gedacht sein. Dabei ist es wichtig, zu betonen, dass die rassistischen Trennlinien zwischen ›wir‹ und ›die‹, zwischen zugehörig und fremd, deutsch und ausländisch, nicht nur von Neonazis aufrechterhalten werden, sondern vielmehr zur Norm gehören. Auch ich muss mich immer wieder fragen, ob ich nun zum ›wir‹ oder zum ›die‹ gehöre. Dabei habe ich es als Russlanddeutscher oft leicht, weil mich die Mehrheitsgesellschaft durch mein Aussehen, sprich weiß-Sein, nicht direkt als fremd markiert und sich mein russischer Akzent im Deutschen allmählich zu einem deutschen Akzent im Russischen gewandelt hat. Ich weiß aber auch, dass Angehörige anderer Diaspora-Gruppen sehr wohl einer Fremdmachung, einem Othering ausgesetzt sind, welches sie als nicht zugehörig zu den Orten betrachtet, an denen sie möglicherweise bereits seit Generationen leben. Damit herrschen also ständig Widersprüche für diejenigen Personen, die als nicht zugehörig gesehen werden, es aber durch das Aufwachsen und Leben an einem bestimmten Ort dennoch sind.

Diesen Spannungen, die sich maßgeblich um Kultur und Identität drehen, möchte ich hier genauer auf den Grund gehen. Ich will zeigen, dass stereotype Trennungen zwischen fremd und zugehörig nicht den tatsächlich gelebten Realitäten entsprechen und herkömmliche Vorstellungen von Kultur und Identität oft viel zu statisch und von alten völkischen Denkmustern befallen sind. Um das zu erkunden, lade ich dazu ein, sogenannten diasporischen Soundkulturen Beachtung zu schenken. Denn in meinen Augen dienen Kunst, und dabei gerade die Musik, als wichtige Vehikel, um Erfahrungen selbstbestimmt und jenseits von Fremdzuschreibungen auszudrücken. Beispielsweise zeigt uns die Entstehungsgeschichte der Hip-Hop-Kultur, wie es prekarisierte Bevölkerungsgruppen geschafft haben, eine selbstermächtigende Kulturform zu kreieren. Dass diese Bevölkerungsgruppen größtenteils Afroamerikaner_innen oder Angehörige anderer Diaspora-Gruppen waren, ist kein Zufall.

- 1 Vgl. Alice Echtermann, Arne Steinberg, Celsa Diaz, Clemens Kommerell, Till Eckert: *Kein Filter für Rechts. Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren.*, Correctiv Online, 9. Oktober 2020. Online unter: <https://correctiv.org/top-stories/2020/10/09/kein-filter-fuer-rechts-instagram-rechtsextremismus-subkulturen-lifestyle-rap-merchandise-geld/>
- 2 Nicht Advanced Chemistry (Fremd im eigenen Land, 1992) erklommen schließlich als ersten die deutschen Charts, sondern der weiße Ulk-Hip-Hop der Fantastischen Vier (Die Da!?!), 1992). Kofi Yakpo von Advanced Chemistry bezeichnete »die Art und Weise, wie die Verwandlung von Hip-Hop zu Popmusik in Deutschland stattgefunden hat« per se als Ausdruck »struktureller Gewalt«.
- 3 ›Vorpolitische Räume des alltäglichen (subkulturellen) Lebens von rechts zu besetzen, ist ein zentrales Strategieelement neu-rechter Metapolitik mit dem Ziel einer ›kulturelle Revolution‹ von rechts.
- 4 Chris Ares' Ausstieg ging 2020 mit einer Sperrung auf beiden Plattformen einher.
- 5 Wir verlinken hier explizit nicht auf Videos der Rechtsrapper, um über unsere Seite keine weiteren Klicks zu generieren.
- 6 Norbert Frei, Franke Maubach, Christina Morina und Maik Tändler in ihrem Überblick über die deutsche extreme Rechte seit 1945: *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Ullstein, 2019.
- 7 Vgl. Sebastian Friedrich: *Sommerinterview mit Jörg Meuthen: So besser nicht*, NDR Online, 21. Juli 2020. Online unter: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Sommerinterview-Meuthen-So-besser-nicht,sommerinterviewmeuthen100.html>
- 8 Angelehnt an das antifaschistische *Rock Against Racism* 1976.
- 9 Zu den Skinheads zählten auch apolitische und linke Gruppen. Nach Deutschland kam das Phänomen von Beginn an mit einer stärkeren rechtspolitischen Ausrichtung. Hiesige Gruppen orientierten sich an den aus den Medien bekannten Extrembeispielen aus dem UK und der radikalen Musik von Gruppen wie Skrewdriver.
- 10 *Oi!* wurzelt in jamaikanischem Ska, Reggae und linkem Punk.

- 11 Anlass dafür war Chris Ares' Gründung eines eigenen rechtsextremen ›Dorfs‹ in Sachsen.
- 12 1984 debütierten bei demselben Label auch die Böhsen Onkelz mit *Der nette Mann*.
- 13 Thomas Grumke: *Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten*, Springer, 2006.
- 14 Dabei ist anzumerken, dass weder die eine noch die andere historische Sammelbezeichnung ein ›Volk‹ beschreibt; beide zerfielen in diverse Stämme ohne gemeinsames Selbstbewusstsein.
- 15 »Wir müssen zusammenkommen um die Kämpfe unserer Nationen zu führen / Wenn wir nicht schnell handeln, wird die endlose Nacht einbrechen ... / Europa erwache« (Skrewdriver, 1984).
- 16 Chris Ares, *Krieger*, 2020.
- 17 »Den Zionisten gehören die Medien und sie sind dafür bekannt, Lügen zu erzählen / Und ich kann mir vorstellen, dass wir auf der falschen Seite gekämpft haben.« (Skrewdriver, 1984).
- 18 Das Christentum ist für Naturlgäubige bzw. Neuheiden als ›Fremdreligion‹ und jüdisches Herrschaftselement gesetzt. Europas Rechte bemüht sich seit Jahren, diesen Widerspruch zugunsten einer breiteren Anschlussfähigkeit aufzuheben, indem sie das Christentum als europäisches Kulturgut hochhält, das als solches mit der ›Natur‹ ausgesöhnt ist.
- 19 Vgl. Martin Bernstein: *So judenfeindlich sind die Anti-Corona-Demos*, Süddeutsche Zeitung Online, 14. Januar 2021. Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-antisemitismus-corona-demos-qanon-verfassungsschutz-1.5173333>

sprechen, dann müssen wir uns bewusst machen, dass sie deshalb existiert, weil die ökonomischen Machtinteressen des British Empire sie hervorbrachten. Und ebendiese Diaspora hat mitunter für den ökonomischen Aufschwung Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg gesorgt.⁵ Von unterbezahlter Arbeit und dem europäischen Kolonialrassismus blieb die Schwarze Diaspora dabei aber nicht verschont. Doch spätestens die zweite Einwander_innen-Generation hat seit den 1970er Jahren mit verschiedensten kulturellen Ausdrucksformen auf die abwertenden Ausschlüsse seitens der Mehrheitsgesellschaft reagiert.⁶ Es war eben auch die erste Generation, die sich fremd im eigenen Land fühlte, die reflektiert hat, was es bedeutet, an einem Ort aufzuwachsen, der nur weiße Menschen als vollwertige Bürger_innen betrachtet — was es heißt, *Black* und *British* zugleich zu sein.⁷ Diese Reflexionen fanden oftmals in der Musik statt, deren Klang sich am kulturellen Erbe orientierte, das zusammen mit den Menschen der Schwarzen Diaspora nach Großbritannien gereist ist, wie z.B. Reggae-Musik aus Jamaika. Doch mit der Zeit haben sich Klang und Inhalt der Musik durch lokale Einflüsse in Großbritannien verändert und zu musikalischen Produkten wie dem Anfang der 2000er Jahre entstandenen Grime geführt.⁸ Grime ist ein Paradebeispiel für den Mix aus kulturellem Erbe mit lokalen Einflüssen in der Diaspora: wenn z.B. die Reggae-Platte der Eltern im Wohnzimmer läuft, und gleichzeitig der Alltag im Arbeiter_innenviertel Ost-Londons bestritten wird, wo elektronische Tanzmusik gang und gäbe ist, entsteht ein ganz neues Soundsystem als ›Dritter Stuhl‹ und nennt sich in diesem Fall eben Grime.

PREKARISIERUNG UND DIASPORISCHE MUSIK

Mit diesem Beispiel aus der britischen Geschichte wird deutlich, dass die rassistische Trennlinie zwischen einem ›wir‹, das in der Hierarchie oben steht, und einem ›die‹, das unten steht, vornehmlich dazu diente und heute noch dient, bestimmte gesellschaftliche Gruppen abzuwerten und ökonomisch auszubeuten. Nicht zufällig erledigen Diaspora-Gruppen im drastischen Maße die am schlechtesten bezahlten Jobs.⁹ Diasporische Soundkulturen dokumentieren diesen Zustand kontinuierlich, ob in Großbritannien, Deutschland, den USA oder an anderen Orten. Immer wieder lassen sich Parallelen in den Aussagen finden, die verschiedene diasporische Künstler_innen in Bezug auf prekäre Positionen treffen. Das Thema ist kontinuierlich präsent: 1992 rappt Toni L von Advanced Chemistry »Kaum einer ist da, der überlegt, auf das Wissen wert legt, warum es diesem Land so gut geht«¹⁰ — mit Bezug auf die Arbeit von Gastarbeiter_innen. Weiter geht es mit Celso im Jahr 2017: »Kampf um Existenz, Gastarbeiter«¹¹ und Ebow im Jahr 2019: »In mir drinnen stecken 1000 Leben [...] Hab Flure geputzt, Häuser gebaut, wurde ausgenutzt, wurde ausgesaugt.«¹² Um damit nur ein paar Beispiele zu nennen, die auf gemeinsame Erfahrungen von Diaspora-Gruppen hinweisen und zeigen, wie hierarchisierte Unterscheidungen zwischen ›wir‹ und ›die‹ materielle soziale Ungleichheiten verstärken.

KULTUR IST KEIN MONOLITH

Diese Hierarchien sind auch heute noch so wirkmächtig, weil immer noch die verstaubte Ideologie greift, dass Europa ein für weiße und christliche Subjekte vorbestimmter Kontinent ist. Da hätten Kolumbus 1492 und alle, die darauf folgten, einfach daheimbleiben sollen. Denn wenn jahrhundertlang ›Beziehungen‹ mit anderen Teilen der Welt eingegangen werden, vermischen und verändern sich nun einmal Kulturen. Dass das noch keine allgemeine Akzeptanz erreicht hat, zeigt, wie tief diskriminierende Ideologien sitzen. Den eigenen ökonomischen Profit begrüßen, aber alle kulturellen Veränderungen, die mit Kolonialismus, Globalisierung und Gastarbeit einhergehen, ablehnen, oder sogar leugnen. Diasporische Soundkulturen sind ein Beweis dafür, dass kulturelle Verflechtungen in Europa Teil des Alltags sind —

weil Sound und Inhalt auf Basis dieser Verflechtungen entstanden sind. Sie lassen uns verstehen, dass Kultur und Identität keine fixen Konstrukte sind, sondern ständigem Wandel unterliegen. Es gibt eben keine biologische Essenz, die einen mit Hunger nach Weißwürsten ausstattet. Kultur und Identität sind keine natürlichen Monolithen. Du isst das, hörst das und ziehst das an, womit du sozialisiert wurdest — was bedeutet, dass sich das alles immer wieder verändern kann und es keinen Sinn ergibt, zu sagen: ›Wir‹ sind eben so und ›die‹ sind eben anders. Deshalb ist es auch ein riesiges Problem, dass im öffentlichen Diskurs immer noch von ›deutscher Identität‹ oder Leitkultur gesprochen wird: »Ja, was ist das, was ist die deutsche Identität überhaupt?«¹³ fragt Megaloh von der Gruppe BSMG. Vermutlich gibt es auf die Frage ungefähr so viele verschiedene Antworten wie Menschen in Deutschland leben. So geht es bei diasporischen Soundkulturen auch darum, engstirnige Stereotype der Mehrheitsgesellschaft zu durchbrechen, wie es Ebow deutlich macht: »Ihr hasst mich, ihr hasst mich so richtig, denn diese *Kanakin* hier macht sich zu wichtig, ist zu gebildet, sieht zu gut aus, zersprengt eure Kästen muslimischer Frauen, autsch.«¹⁴

WRAP-UP

Das Beispiel diasporischer Soundkulturen verdeutlicht, dass die strikten Trennlinien zwischen fremd und zugehörig nicht den tatsächlich gelebten Erfahrungen der Menschen entsprechen, die darüber maßgeblich kategorisiert werden. Denn die vielen Phänomene des ›Dritten Stuhls‹ heben diese Trennlinien auf, da sich in ihnen verschiedene Einflüsse zu neuen kulturellen Ausdrucksformen zusammensetzen. Kulturelle Produkte wie Hip-Hop oder Grime zeigen, wie verbunden die Kulturen auf unserem Globus bereits seit Jahrhunderten sind und dass es keinen Sinn ergibt, sich kulturellen Verflechtungen zu versperren.

Allerdings sind die rassistischen Trennungen zwischen ›wir‹ und ›die‹ leider immer noch Teil der Gesellschaft. Und als ›die‹ gelten dabei immer die ›Anderen‹ — diejenigen, die Alltagsrassismus und struktureller Diskriminierung ausgesetzt sind. Bei rassistischen Attentaten wird immer noch von Einzelfällen gesprochen, in der Stuttgarter Polizei wird über *Stammbaumforschung* bei Straftaten diskutiert und diasporische Gruppen finden sich mit drastischer Häufigkeit in prekarierten Positionen wieder. Und das sind nur einige Beispiele dafür, welche Folgen hierarchische Trennlinien zwischen Bevölkerungsgruppen haben. Daher ist es wichtig, kulturelle Produkte, wie jene des ›Dritten Stuhls‹, nicht nur als Ergebnisse kulturellen Aufeinandertreffens zu betrachten, sondern sie auch als Widerstandspraktiken zu verstehen. Musikgenres wie Hip-Hop oder Grime sind nicht bloß kulturelle Mischformen, sondern transportieren auch politische Inhalte, die sich gegen Zuschreibungen richten, die von der Mehrheitsgesellschaft auf diasporische Gruppen projiziert werden. Der Aufbau des ›Dritten Stuhls‹ geht entsprechend mit Alltagskämpfen einher, die sich gegen ein immer wieder reproduziertes Othering richten. Es geht also darum, dass Diasporit_innen nicht einfach zwischen den Stühlen sitzen, aber gleichzeitig auch zu sehen, dass sie dennoch weiterhin als *anders* markiert werden. Damit Ersteres anerkannt und Zweiteres bekämpft werden kann, ist es unter anderem enorm wichtig, dem Wiedererstarken von rechtsextremem Gedankengut keinen Raum zu bieten und vielmehr dahin zu kommen, dass wir unsere Unterschiede schätzen können und mit ihnen arbeiten, anstatt sie hierarchisch zu bewerten. Damit sich niemand mehr fremd im eigenen Land fühlen muss.

- 1 Advanced Chemistry: *Fremd im eigenen Land*, 1992.
- 2 Ebow: *Oriental Dollar*, 2013.
- 3 Sascha Verlan und Hannes Loh: *35 Jahre Hip-Hop in Deutschland*, Hannibal 2015, S. 34.
- 4 vgl. Kwesi Owusu: *Black British Culture & Society: A Text Reader*, Routledge 2000, S. 1ff.
- 5 Vgl. Gail Low und Marion Wynne-Davies: *A Black British Canon?*, Palgrave Macmillan 2006, S. 8.
- 6 Vgl. Eddie Chambers: *Roots & Culture: Cultural Politics in the making of Black Britain*, I.B.Tauris 2017, S. 6ff.
- 7 Vgl. Ebd.
- 8 Vgl. Jon Stratton und Nabeel Zuberi: *Black Popular Music in Britain since 1945*, Ashgate Publishing 2014, S. 3ff.
- 9 In Bezug auf Deutschland siehe Studie des DeZIM-Instituts vom 25. Mai 2020. Vor allem in prekären systemrelevanten Berufen sind Migrant_innen im Vergleich zu ihrem Anteil am Arbeitsmarkt überrepräsentiert, also z.B. in der Pflege, Reinigung oder Fahrzeugführung.
- 10 Advanced Chemistry: *Fremd im eigenen Land*, 1992.
- 11 Celso & Abdi: *Diaspora*, 2017.
- 12 Ebow: *K4L*, 2019.
- 13 BSMG: *A Black German Narrative*, 2017.
- 14 Ebow: 2017. *Punani Power*, 2017.

DIE WARE WOHNRAUM

**JONAS
FRANKENREITER**

Bei der mühsamen WG-Suche oder im Streit mit den Vermieter_innen: Die Wohnungsfrage beschäftigt viele Studierende, Arbeiter_innen, Aktivist_innen und die Politik. Aber wie kam es zu dem Mietenwahnsinn in Berlin?

Die Finanzialisierung von Wohnraum ist ein globales Phänomen, welches seit einiger Zeit wieder als Problem benannt wird. Das ist ein Erfolg vieler urban-organisierter Mieter_innenbewegungen weltweit. Aktuell wird sich jedoch in kaum einer Stadt so vehement der Verwertung von Wohnraum entgegengestellt wie in Berlin. Seit Ende Februar sammelt hier die Initiative Deutsche Wohnen und Co. Enteignen Unterschriften, um einen Volksentscheid zu erreichen. Ihr Ziel ist so radikal wie verständlich: der Spekulation mit Wohnraum Einhalt gebieten, indem Bestände großer privater Unternehmen vergesellschaftet werden, um damit den öffentlichen Wohnungssektor zu stärken.

Die Wohnungsfrage ist und bleibt eine der offensichtlichsten Trennlinien unserer Gesellschaft. So kam es in Berlin beispielsweise zu einer Verdopplung der Angebotsmieten innerhalb der letzten zehn Jahre, wodurch sich immer mehr Menschen in der Stadt keine Wohnung mehr leisten können und verdrängt werden. Doch wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass Mieten immer weiter steigen, Wohnraum als Ware begriffen und zur Bereicherung einiger weniger genutzt wird?

In Deutschland leben die Menschen im Vergleich mit anderen Ländern besonders häufig zur Miete. Das hat auch mit dem mieter_innenfreundlichen Wohnungsmarkt nach dem Zweiten Weltkrieg zu tun, der von zerbombten Städten und damit einem zu verwaltenden Mangel geprägt war. So bestand in der BRD bis in die 1960er-Jahre eine Mietpreisbeschränkung für Altbauten und bis 1990 regelte das Wohngemeinnützigkeitsgesetz große Teile des Wohnungsmarktes. Durch Steuererleichterungen wurden Genossenschaften und der kommunale Wohnungsbau gestärkt¹. Historisch betrachtet ist das außergewöhnlich, denn noch zu Zeiten der industriellen Revolution waren die Wohnungsmärkte weitgehend unreguliert und von Wohnungsnot geprägt. Mit dem politischen Willen, diesen Fehler nicht zu wiederholen, entstand für eine gewisse Zeit ein öffentlicher Wohnungssektor, der sozial agierte und langfristige Mietverhältnisse anstrebte.

Der Anfang vom Ende dieser Periode kam mit dem neoliberalen Geisteswandel Mitte der 1970er-Jahre hin zu einem schwächeren Staat und einem ausgeweiteten Finanzwesen. Ein Trend, der in Chile, Großbritannien und den USA begann und in den darauffolgenden Jahrzehnten viele westliche Länder ereilte. Auch hierzulande warfen Spekulant_innen seit den 1980er-Jahren vermehrt ihr Auge auf ein von ihnen begehrtes Objekt: öffentliche Wohnungen, welche nun privatisiert und damit als Anlageobjekt genutzt werden konnten. Zugleich wurde der öffentliche



und gemeinwohlorientierte Wohnungsbau mit dem Wegfall der Wohnungsgemeinnützigkeit massiv heruntergefahren. In Ostberlin und anderen Städten der ehemaligen DDR sah die Lage etwas anders aus. Die Bestände in den Städten waren kommunal verwaltet und wurden nach Bedarf verteilt und bezuschusst. Dadurch war es möglich, dass ein gewöhnlicher Haushalt finanziell fast gar nicht von der Miete belastet wurde. So zahlte man in den 1980ern monatlich kaum mehr als 70 Mark Miete für eine Neubauwohnung². Renovierungsarbeiten wurden häufig von den Mieterinnen und Mietern selbst übernommen, ganz so als wären die Häuser ihr Eigentum. Dennoch war auch der Verlauf der Wende mit der Unzufriedenheit über die Wohnsituation geprägt. Der drohende Verfall der Innenstädte aufgrund von Materialmangel zur Renovierung der Häuser war eine treibende Kraft für die Bürger_innenbewegung.

Mit dem Beitritt der DDR zur BRD waren die Eigentumsverhältnisse häufig unklar und leerstehende Häuser luden ein, kreativ genutzt zu werden. Es entstanden Kneipen, Clubs und Wohngemeinschaften. Zunächst wurde unter der Regierung Kohl sogar der soziale Wohnungsbau gestärkt, jedoch um instandgesetzte Einheiten schon wenig später zu privatisieren³. Die großflächige Kommodifizierung von Wohnraum wurde schließlich eingeleitet, als ganze Bestände von den Kommunen verkauft wurden. Beispielsweise verkaufte der Berliner rot-rote Senat im Jahr 2004 die GSW, eine städtische Wohnungsgesellschaft, welche damals über 65.000 Wohnungen verfügte, an diverse Investmentfirmen⁴. Die GSW Immobilien AG befindet sich heute im Besitz der Deutschen Wohnen⁵.



Die Besonderheit der Entwicklung hierzulande hebt Philipp P. Metzger in seiner Dissertation über *Die Finanzialisierung der deutschen Ökonomie am Beispiel des Wohnungsmarktes* hervor. Finanzialisierung bezeichnet nach Metzger die Vormachtstellung des Finanz- gegenüber des Realkapitals. Der Finanzsektor, Versicherungsfirmer und der Immobiliensektor sind zu einem der wichtigsten Industriezweige verschmolzen, durch den sich Profit generieren lässt. Und das, obwohl diese Industrien selber keine Waren produzieren⁶. Vielmehr wird hier mit Spekulation und Investition Profit generiert. Durch die Spekulation können Investoren große Gewinne erzielen. Dabei sind vor allem Immobilien beliebte Ziele der Investor_innen: Über Fonds können ganze Wohnungspakete gekauft werden, mit dem Ziel, diese bald wieder gewinnbringend zu verkaufen. So schießen die Preise nach oben. Aber auch das langfristige Investment in Wohnungsunternehmen, die ihre Wohnungen langfristig behalten, aber möglichst günstig bewirtschaften, wird immer beliebter⁷. Anders als in vielen anderen Ländern handle es sich in Deutschland um die Verwertung von Wohnraum in einer Mieternation, so Metzger⁸: Hierzulande liegt die Ware Wohnraum besonders häufig nicht in den Händen der Bewohner_innen. Die Privatisierung von Wohnraum führte vor allem zu immer größeren Gewinnabsichten von Seiten der Unternehmen. So klagten auch Mieter_innen der privatisierten GSW bald über den Verfall ihrer Wohnungen⁹.

Für private Akteur_innen wird es auch deshalb immer attraktiver, in Immobilien zu investieren, weil seit der Finanzkrise niedrige Zinsen und ein Mangel an anderen renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten herrschen. Die Voraussetzungen für die Finanzialisierung von Wohnraum waren und sind also optimal und die Politik macht mit, indem sie Wohnungen zur Haushaltssanierung verkauft: zwischen 1995 und 2010 beispielsweise knapp eine Million¹⁰.

Die Geschichte der Deutsche Wohnen steht schließlich exemplarisch für die Entwicklung der letzten 25 Jahre. Börsennotierte Wohnungsunternehmen sind seitdem zur neuen Normalität geworden. 1998 von der Deutschen Bank gegründet, erfolgte der Börsengang der Deutschen Wohnen im Jahr 1999¹¹. Schnell wurde das Portfolio erweitert: durch die Übernahme öffentlicher Wohnungen, ehemaliger Betriebsunterkünfte und dem Aufkauf ganzer Siedlungen. Besonders perfide dabei ist ein Umstand, dem in letzter Zeit vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt wird: Die Aktionär_innen sind häufig Renten- oder Versicherungsfonds. Das Geld, das viele Mieter_innen auf die Seite legen, wird häufig indirekt genutzt, um zu spekulieren. Ihre eigene Miete wird dadurch in die Höhe getrieben.

Inzwischen ist die Deutsche Wohnen in den DAX aufgestiegen und mit über 110.000 Wohnungen die größte Vermieterin in Berlin - der große Hai frisst die kleinen. Zusammen mit der ebenfalls DAX-notierten Vonovia besitzen diese Unternehmen eine beachtliche Marktmacht, die sich nicht nur in den Mieten der eigenen Bestände, sondern selbst im steigenden Mietspiegel ganzer Nachbar_innenschaften zeigt. Mit der geplanten Fusion dieser beiden Konzerne und der Vereinigung in der Vonovia ist eine Verringerung ihres Einflusses nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Die Machtkonzentration scheint unausweichlich und wieder von der Politik gewollt — jedenfalls von der Berliner SPD und dem regierenden Bürgermeister, der auf einer Pressekonferenz angesichts der Fusion beschwichtigt und die Rolle von Partner_innenschaften auf dem Wohnungsmarkt betont¹².

Im Gegensatz zur Berliner SPD unterstützen viele Mieter_innen momentan aus voller Kraft den Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen. Um Entwicklungen wie die der letzten 30 Jahre in Zukunft unmöglich zu machen und Wohnraum nicht länger der Warenform zu überlassen, braucht es einen geistigen Wandel und politische Mehrheiten. Eine Stadt der Mieter_innen

sollte auch bedeuten, dass ihre Bewohner_innen an Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten gewinnen. Eine demokratisch verwaltete Anstalt des öffentlichen Rechts, die über einen bedeutenden Teil der Berliner Wohnungen entscheidet und eine Reprivatisierung ausschließt — wie von der Initiative vorgeschlagen — wäre der Anfang einer offeneren und solidarischeren Stadt. Und ein gewonnener Volksentscheid ein bedeutender Schritt dahin.

- 1 <https://www.bundestag.de/resource/blob/437804/5ff9abf65d1ceec8839fb2aef36b9c83/wd-7-006-13-pdf-data.pdf>
- 2 <https://www.berliner-mieterverein.de/magazin/online/mm1014/101420.html>
- 3 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1120894.wohnungsmarkt-verwertung-einer-mieternation.html>
- 4 <https://www.berliner-zeitung.de/gsw-verkauf-fuer-405-millionen-euro-erhielt-breite-zustimmung-li.6511>
- 5 <https://www.deutsche-wohnen.com/gsw/>
- 6 Metzger, Philipp. *Die Finanzialisierung Der Deutschen Ökonomie Am Beispiel Des Wohnungsmarktes*. Westfälisches Dampfboot, 2020. S.11.
- 7 Siehe Fußnote 3.
- 8 Siehe Metzger, S. 17.
- 9 <https://taz.de/Ende-der-Wohnungsgesellschaft-GSW/!5213180/>
- 10 Andree, Y. (2021). *Die (Re-)Politisierung des Rechts auf Wohnen: über die Kämpfe von lokalen Mieter_innenbewegungen gegen Gentrifizierung und für bezahlbares Wohnen in Berlin*. (Opuscula, 151). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssor-72687-2>. S.17.
- 11 https://www.deutsche-wohnen.com/fileadmin/images/ueber-uns/Presse/Faktenblaetter/Faktenblatt-His_torie.pdf
- 12 <https://www.rnd.de/politik/vonovia-und-deutsche-wohnen-fusionieren-halbe-millionen-wohneinheiten-i-n-einer-hand-6SQ6VJTSYZDGXJV3PEVOS7HN54.html>

SCHEINHEILIGE BERICHTERSTATTUNG UND DIE RASSISTISCHE MACHTHIERARCHIE

KARINA & KAI FRÖHNER

Der Deutschthailänder Jonny K. wurde 2012 am Alexanderplatz von einem Mann mit türkischem Pass attackiert und verstarb daraufhin. Sein Tod ist ein Beispiel dafür, wie das Modell der »Vorzeigeminderheit« benutzt wird, um rassistische Machthierarchien in der Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

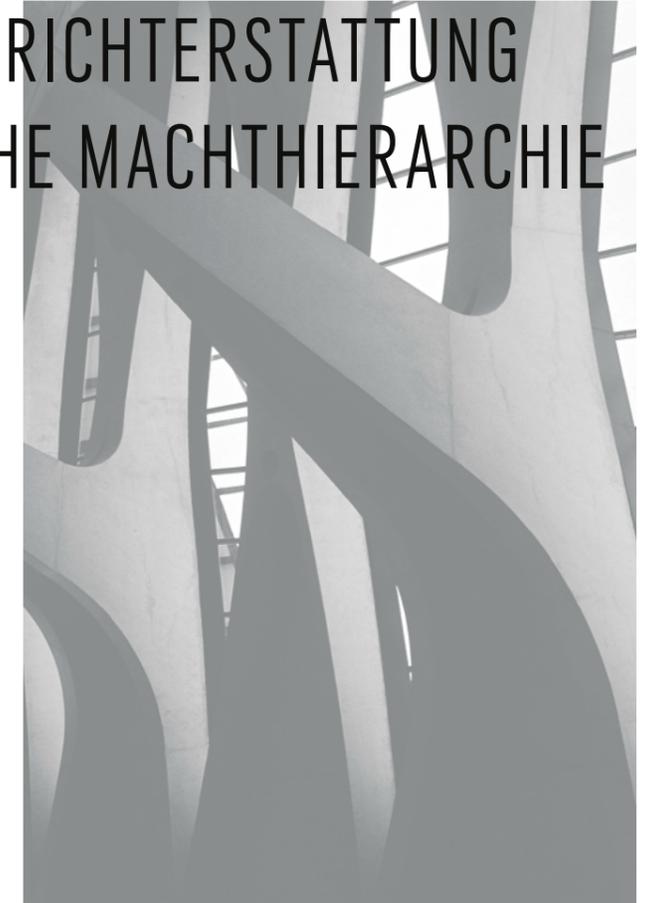
»So kam das Coronavirus zu uns.« Mit diesem Titel und der Abbildung einer asiatisch gelesenen Familie am Esstisch sieht man in der Bild, wie antiasiatische Rassismen immer salonfähiger werden¹.

Das Ausmaß rassistischer Diskriminierungen stieg in Deutschland gegenüber 2019 um 70% an². Hiervon sind besonders asiatisch gelesene Bürger_innen betroffen. Denn die antiasiatische und rassistische Rhetorik in den Medien — ob in Donald Trumps Tweets³, auf dem Cover des Spiegels oder in der *heute-show* — während der Covid-Krise, hat zu einer massiven Zunahme an rassistischen Attacken⁴ gegenüber Süd-, Ost- und Südostasien_innen geführt⁵.

Angesichts des Anstieges von rassistischen Übergriffen gegen Asiat_innen kritisieren Betroffene eine verzerrte und ungenügende Berichterstattung in den Medien. Xinan und Cuso vom Podcast *Diaspor.Asia* sagten hierzu in einem Interview mit *neue deutsche organisationen*: »Dass antiasiatischer Rassismus nicht ernst genommen wird, liegt unter anderem am Mythos der »Vorzeigeminderheit«. Laut diesem Mythos sind Menschen, denen Asiatisch-sein zugeschrieben wird, besonders »brav«, strebsam und ruhig.«⁶ Dies unterstützt die Relativierung von Rassismus.

Der Mythos von Asiat_innen als Vorzeigeminderheit entstand zu Zeiten des Kalten Krieges in den USA. Dabei wurden Asiat_innen gesellschaftlich als höflich und gesetzestreu charakterisiert⁷ und mit sozialem Aufstieg in Verbindung gebracht, während z.B. Schwarze Menschen und die Schwarze Bürgerrechtsbewegung mit Kriminalität assoziiert wurden⁸.

In der Nachkriegszeit wurde global immer mehr Aufmerksamkeit auf die innerstaatliche rassistische Politik der USA gelenkt⁹. Um dieses negative rassistische Image der USA abzumindern, wurde mit der Hervorhebung der angeblich einwandfreien Integration asiatischer Bürger_innen begonnen. Somit wurde die asiatische Diaspora schon während der Nachkriegszeit von der amerikanischen Politik und den Medien instrumentalisiert, um die Reputation der USA als fortschrittliches Land kundzutun, was seine rassistische Vergangenheit längst hinter sich gelassen hat.



Ein Grund für die Auswahl von Asiat_innen als Vorzeigeminderheit kam von der ihr zugeschriebenen Schweigsamkeit im Gegensatz zur zugeschriebenen Aggression von Schwarzen Menschen. Es sollten besonders die gesellschaftlichen, akademischen und beruflichen Errungenschaften der asiatischen Diaspora in den Vordergrund gerückt werden. Dies erzeugte die Auffassung in der breiten Gesellschaft, dass Asiat_innen kaum Rassismus erfahren würden, da sie im Kontrast zu anderen marginalisierten Bevölkerungsgruppen vermeintlich hohes soziales Ansehen genießen würden. Das Charakterisieren einer Minderheit, die trotz Rassismus erfolgreich sei, relativiert allerdings die negativen Folgen von Rassismus, den auch Asiat_innen strukturell erfahren und spielt gezielt verschiedene marginalisierte Gruppen gegeneinander aus. In einem Artikel von *US News* werden zum Beispiel chinesische Amerikaner_innen als erfolgreich beschrieben, während Schwarzen Menschen und anderen ethnischen Minderheiten vorgeworfen wird, hunderte von Milliarden an Dollars für ihre Assimilierung zu brauchen.¹⁰ Der Mythos der Vorzeigeminderheit wurde also auch erschaffen, um anti-Schwarzen Rassismus zu festigen¹¹. So spaltet dieser Mythos auch heute noch die Schwarze und asiatische Community.

Es ist jedoch nicht nur anti-Schwarzer Rassismus, der dadurch gefestigt wird. Auf anti-muslimischen Rassismus trifft das gleiche zu. So werden in Deutschland Menschen mit westasiatischem Background mit dem Islam assoziiert, wohingegen Süd-, Ost- und Südostasien_innen als »wirklich asiatisch« markiert werden. Letztere werden als »Vorzeigemigrant_innen« beschrieben und gegen andere (post)migrantische Gruppen ausgespielt«, schreibt Sinologin und Sozialwissenschaftlerin Kimiko Suda¹². Der Mythos der Vorzeigeminderheit und die Instrumentalisierung der asiatischen Diaspora zur Diskriminierung anderer Minderheiten ist also auch dem deutschen Kontext nicht fremd.

Ein Beispiel dafür ist der Mord an Jonny K. Als 20-jähriger Deutschthailänder wurde er 2012 von 6 Männern türkischer Herkunft verprügelt und verstarb an den Folgen des Angriffs. Die von migrantisierten Personen am Alexanderplatz verübte Straftat wurde in den deutschen Medien stark thematisiert.

Anders als beim Mord an Nguyễn Tấn Dũng, der 2008 in Berlin von einem *weißen* deutschen Täter erstochen wurde, war der Fall Jonny K. im Rampenlicht der deutschen Medien. Während die Presse über den Freispruch der rassistischen Tat an Nguyễn Tấn Dũng schwieg, waren sie beim Mord an Jonny K. umso lauter¹³. Auch rechtsextreme Nachrichtenportale, wie *PI-News* stürzten sich auf die Tat¹⁴. Auffällig ist, dass in der Berichterstattung immer wieder der Mythos der Vorzeigeminderheit Verwendung findet. So zeigt sich im direkten Vergleich der Artikel von *PI-News* und dem *Spiegel* eine thematische Überschneidung im Framing des Mordes an Jonny K.: der Täter türkischer Herkunft wird hier durchgängig als kriminell und gewaltbereit, das südostasiatische Opfer als gesetzestreu dargestellt.

Im *Spiegel*-Artikel zum Beispiel wird der Deutschthailänder als »hilfsbereiter junger Mann« beschrieben, während sich der Titel desselben Artikels gegen den angeklagten türkischen Täter richtet und ihm »Dummheit, Arroganz und Aggressivität« zuschreibt¹⁵. Der Mimik des Hauptangeklagten wird hierbei viel Aufmerksamkeit geschenkt, indem sein Grinsen als »verhöhnendes Lächeln« umschrieben wird. Diese Rhetorik trägt zur Dämonisierung von Onur U. als Repräsentant der »kriminellen« türkischen Minderheit bei. Ähnlich werden die fünf Nebenangeklagten, allesamt junge Männer mit türkischem Migrationshintergrund, als »fast feixend schlendernd« beschrieben. Durch die Assoziation der offensichtlich türkischen Namen und der abwertenden Wortwahl wird bei Leser_innen implizit ein negatives Bild von Menschen mit türkischem Migrationshintergrund projiziert und perpetuiert.

Wie anders die Berichterstattung über den Vorfall aussehen könnte, beweist Plutonia Plarre von der *Taz*. Denn als einzige Stimme erwähnte sie in ihrem Artikel, dass der wichtigste Zeuge, ein Freund von Jonny K., der am Tatort ebenfalls vom Täter verprügelt wurde, ein Schwarzer Mann war¹⁶. Durch die explizite Erwähnung der ethnischen Zugehörigkeit des Freundes von Jonny K. bricht die *Taz* als einziges Medium mit der Instrumentalisierung durch den Vorzeigeminderheitsmythos, indem sie einen Schwarzen Mann als gesetzestreu darstellt. Die anderen Medien haben somit eine essenzielle Information ausgelassen. Dieses Zurückhalten von Information konnte somit im Sinne des Vorzeigeminderheitsmythos als rassistische Waffe eingesetzt werden. Darüber hinaus blieb die *Taz* das einzige Medium, das einen fundierten Erklärungsansatz für die Hintergründe der Tat anbot. So widmete Jasmin Kalarickal von der *Taz* ein Interview mit einem Kriminologen über den Tod von Jonny K. dem Thema, dass Jugendliche nicht aufgrund von Migrationshintergrund, sondern aufgrund anderer Faktoren, wie Armut, eine erhöhte Gewaltbereitschaft zeigen können¹⁷.

Dass jedoch selbst bei der *Taz* diese Berichterstattung nur eine Ausnahme bleibt, bewies die Zeitung mit ihren anderen Artikeln zum Mord an Jonny K: Ein Zeichen, dass selbst bei zum Teil antirassistischer Berichterstattung der Schwerpunkt durch eine rassistische Gesprächsführung in der Medienlandschaft vorgegeben wird. Wie der Fall in das Narrativ des Vorzeigeminderheitsmythos spielt, um Minderheiten als kriminell darzustellen, erwähnte niemand.

Das Problem rassistischer Berichterstattung in deutschen Medien ist schon lange bekannt und dokumentiert: *Spiegel TV* erhielt 2020 die *Goldene Kartoffel*, einen Negativpreis für besonders schlechte Berichterstattung, für ihre rassistische Darstellung von Araber_innen und Rom_nja als Kriminelle¹⁸.

Maybrit Illner bekam 2019 für ihre rassistische Berichterstattung den Negativpreis *Goldene Kartoffel* für ihr »verzerrtes Bild vom Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland«¹⁹. Bei Jonny K.s Fall haben *Der Spiegel* und die anderen erwähnten Medien Menschen mit türkischem Migrationshintergrund als Kriminelle dargestellt.

Jonny K.s Tod ist auch deswegen ein gutes Beispiel für das Spielen des Mythos der Vorzeigeminderheit durch deutsche Medien, weil man ihn anderen Morden, wie den an Nguyễn Tấn Dũng, gegenüberstellen kann. Vergleiche wie diese decken einige eklatante Unterschiede in der Berichterstattung auf. Obwohl sich beide Morde an Menschen mit asiatischem Migrationshintergrund in einem Zeitrahmen von vier Jahren in Berlin ereigneten, wurde über den Fall von Nguyễn Tấn Dũng kaum berichtet. Sein Tod erhielt auch deswegen so wenig Aufmerksamkeit, weil die Tat rassistisch motiviert durch einen *weißen*, deutschen Täter verübt wurde. Während der Tod von Jonny K. von rechtsextremen und anderen Medien instrumentalisiert wurde, um andere (post)migrantische Gruppen als kriminell darzustellen, schwiegen die Medien lieber, wenn es um die Kriminalisierung und die Beschäftigung mit rechtsextremen gewalttätigen Taten und Gedankengut in der *weißen* deutschen Bevölkerung ging.

Diese Medienanalyse zeigt beispielhaft, in welchen Zusammenhängen das Modell der »Vorzeigeminderheit« in der Berichterstattung von deutschen Medien zum Einsatz kommt.

Die Instrumentalisierung von Süd-, Ost- und Südasiat_innen zur Befürwortung rassistischer Narrative existiert seit Jahrzehnten – und nicht erst seit Beginn der Coronapandemie. Die beschriebenen Rassismen betreffen asiatisch gelesene Menschen auf verschiedene Art und Weise, aber immer im Narrativ, das (post)migrantische Gruppen attackiert und gespalten werden, um damit eine *weiße* Vorherrschaft zu stärken. Diese Mechanismen werden so lange persistieren, bis unser jetziges unterdrückerisches System grundlegend verändert wird.

- 1 *Rassismus in der COVID-19-Berichterstattung*, 23.6.2020, online unter: www.korIENTATION.de
- 2 *Rassistische Diskriminierung um 70 Prozent gestiegen*, 12.1.2021, online unter: www.MiGAZIN.de
- 3 *AGAIN, netizens ridicule Trump's 'China virus' remarks in 'partiotic' tweet*, 23.7.2020, online unter: www.cgtn.com
- 4 Kimiko Suda; Sabrina J. Mayer; Christoph Nguyen: *Antiasiatischer Rassismus in Deutschland*, 9.10.2020, online unter: www.bpb.de
- 5 Melissa Borja et al.: *Anti-Chinese Rhetoric Tied to Racism against Asian Americans Stop AAPI Hate Report*, 3.6.2020, online unter: www.asianpacificpolicyandplanningcouncil.org
- 6 Thao Nguyen: *Im Gespräch mit...Xinan & Cuso von Diaspor.Asia Podcast (ndo-Netzwerkmitglied)*, 25.6.2020, online unter: www.neuedeutsche.org
- 7 Sarah-Soonling Blackburn: *What is the Model Minority Myth*, 21.3.2019, online unter: www.learningforjustice.org
- 8 Jean Yu-Wen Shen Wu, Thomas Chen, Robert G Lee, et al.: *Asian American Studies Now: A Critical Reader*, Rutgers University Press, 2010.
- 9 Sarah Lu: »Democratic Identity in Postwar America: The Politicization of Asian Americans in the Early Cold War«, in: *The Yale Review of International Studies*, 2020.
- 10 Jean Yu-Wen Shen Wu, Thomas Chen, Robert G Lee, et al.: »Cold war origins of the model minority myth«, in: *Asian American Studies Now: A Critical Reader*, Rutgers University Press, 2010.
- 11 OiYan Poon et al.: »A Critical Review of the Model Minority Myth in Selected Literature on Asian Americans and Pacific Islanders in Higher Education«, in: *Review of Educational Research*, Vol. 86, Nr. 2, 2016.
- 12 Kimiko Suda et al.: *Antiasiatischer Rassismus in Deutschland*, 08.12.2020, online unter: www.migazin.de
- 13 Nguyễn Tấn Dũng, 31.01.2020, online unter: www.berlin.niemandistvergessen.net
- 14 *Berlin: Aufruf zur Mahnwache für 20-Jährigen*, 15.10.2012, online unter: www.pi-news.net
- 15 Julia Jüttner: *Dummheit, Arroganz und Aggressivität*, 15.8.2013, online unter: www.spiegel.de
- 16 Plutonia Plarre: *Dumm, arrogant und aggressiv*, 15.8.2013, online unter: www.taz.de
- 17 Jasmin Kalarickal: *Toleranz hat sich verändert*, 14.5.2013, online unter: www.taz.de
- 18 Themenseite der taz zu »Jonny K.«, online unter: www.taz.de/Jonny-K/t5061161/
- 19 Timo Niemeier: *Goldene Kartoffel: Spiegel TV erhält Medien-Negativpreis*, 9.12.2020, online unter: www.dwdl.de

SÄULENGANG ODER »WAS GIBT'S NEUES?«

CHARLIE
CREMER
JAUREGUI

So, ich habe die Frist verpasst. Ob ihr's glaubt oder nicht, ich habe den *Call for Papers* nicht mitbekommen. Als die Redaktion mich anruft, um zu fragen, wo meine Kolumne bleibt, sitze ich an meinem Schreibtisch. Darauf liegen vier aufgeschlagene Bücher, unter denen haufenweise Notizzettel hervorquellen: Papierene Seiten, die sich auf meinem Schreibtisch türmen. »Habt ihr den *Call for Papers* per Mail geschickt?«, frage ich ungläubig. Die Redaktion verneint. Aber auf Twitter, Instagram, Facebook und der Homepage sei er veröffentlicht worden. Ich muss lachen. Nichts davon habe ich verfolgt. Auf die Homepage gucke ich einmal im Jahr, mein Facebook-Account liegt seit vier Jahren brach – mein Profilbild ist von 2016 –, Instagram weiß ich nicht zu bedienen und bei Twitter bin ich bisher nicht auf die Idee gekommen, der *HUCh* zu folgen. (Habe das jetzt geändert: »@pommestitchup folgt dir jetzt.«)

Ich betreibe Twitter zum Spaß, nicht zum Schreiben. Es ist nicht mein Tempo. Der Schlagabtausch auf Twitter ist mir zu schnell, um darin mitzumischen. Es stresst mich, hunderte neuer Nachrichten am Tag angezeigt zu bekommen, diese zu kommentieren, zu verlinken, mich zu ihnen zu verhalten. Das ist nicht meine Zeit. Ich bin langsamer. Ich betrachte Sätze gerne eine Weile. Wende sie hin und her, um zu sehen, ob sie von der anderen Seite nicht eine alternative Bedeutung entfalten. Ich frage gerne nach dem Kontext einer Aussage und google Jahreszahlen (die ich anschließend direkt wieder vergesse).

Ich lasse Worte gerne in mich fallen und spüre ihnen nach. Manchmal versuche ich sie zu erinnern. Die besonders Schönen. Oder besonders Traurigen. Oder besonders Wahren. Ich habe Lieblingswörter.

Nichts von alledem scheint mir möglich auf Twitter. Oder Instagram. Oder Facebook. Es ist ein anderes Denken, was erfordert wird: assoziativ, schlagfertig, schnell.

Also bin ich ein Dinosaurier. Im Denken, auf Twitter und im »echten« Leben. Einer, der Basecap trägt (für den Style) und auf Rollschuhen fährt (um schneller voranzukommen).

Mein Twitter-Account hinkt hinterher:

Ein letzter Gedanke für heute, in fremden Worten (für eigene ist keine Zeit): »Zitate [...] sind wie Räuber am Weg, die bewaffnet hervorbrechen und dem Müßiggänger die Überzeugung abnehmen.«¹
#Alleraushier #DirekteAktionstattStayatHome
@150JahrePariserKommune

245 Zeichen – abgesetzt um 18 Uhr, lesefertig zum Feierabend. Jeder Retweet ein Zitat, ein Räuber, ein bewaffnetes Wort. Wo bleibt der Aufstand, ihr Twitterwütigen?

1 Walter Benjamin: »Einbahnstraße«, in: *Gesammelte Schriften Band IV-1*, S. 138.

42

VON AFFEN, HUMMERN UND INCELS

KOFI
SHAKUR

Das Internet hat Räume ermöglicht, in denen Maskulinisten Phantasien und Bilder patriarchaler Gewalt austauschen. Sie legitimieren ihre Weltanschauung, indem sie sich mit Tieren vergleichen und fürchten nichts mehr als den Verlust männlicher Privilegien.

2020 erschienen die ersten Bücher, die sich im deutschen Kontext mit dem bisher vor allem aus der Internetkultur bekannten Phänomen der *Incels*¹ beschäftigen.² So betrachtet die Journalistin Susanne Kaiser in ihrem Buch *Politische Männlichkeit: Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilisieren* die Bewegung der *Incels* und bettet sie ein in das Konzept der politischen Männlichkeit. Sie bilden bei ihr einen Ausschnitt aus einer breiteren Masse an maskulinistischen und patriarchalen Strömungen, die sie in ihrer männlichkeitskritischen Analyse in Zusammenhang mit männlicher autoritärer Herrschaft bringt, wie sie prominent durch Donald Trump und Jair Bolsonaro verkörpert wird. Veronika Kracher hingegen widmet sich in ihrem Buch *Incels* mit dem passenden Untertitel *Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults* voll und ganz den *Incels* und reißt makropolitische Analysen nur an. Um sich mit den Begriffen, die in den Räumen der *Incels* geläufig sind, vertraut zu machen, finden Lesende in Krachers Buch ein Glossar, das die gängigsten Konzepte und Begriffe verständlich erklärt. Beide Bücher ergänzen sich perfekt, um sowohl das Phänomen der *Incels* ausführlich zu analysieren als es auch in einen globalen Zusammenhang unterdrückender männlicher Herrschaft einzubetten.

Kracher und Kaiser erklären dabei zunächst den Weg, den der Begriff und die *Incel-Community* hinter sich haben. Denn entgegen der heute offen zur Schau gestellten Frauen- und Menschenfeindlichkeit, stand am Anfang »die Idee einer inklusiven Community für Menschen, die aufgrund von sozialen Phobien, Marginalisierung oder psychologischen Problemen keinen Sex hatten und mit ihrer Situation unzufrieden waren«³. Das Internet-Forum *Alana's Involuntary Celibacy Project* wurde 1997 von einer queeren Studentin gegründet, die, nachdem sie eine Partnerin gefunden hatte, anderen helfen wollte, ihre Unsicherheiten zu überwinden. Sie wollte vermitteln, dass die Einsamkeit nur vorübergehend sei.

Auch andere Foren legten Wert auf einen hilfsbereiten Umgang miteinander und warnten davor, sich allzu negativen Gefühlen hinzugeben, die Schuld an der empfundenen Einsamkeit auf sich oder andere zu schieben. »Wenn sexuell frustrierte Männer über ihre sexuelle Frustration sprechen, ist Misogynie jedoch nie weit«, so Kracher. »Es ist Teil einer patriarchalen Sozialisation, vermittelt zu bekommen, man hätte ein irgendwie geartetes Recht auf weibliche Aufmerksamkeit«⁴.

So suchen *Incels* seit Anfang der 2000er Jahre die Schuld für ihre Lage vor allem bei Frauen, die sich weigern würden, ihnen die verdiente Aufmerksamkeit zu widmen. Diese Entwicklung steht auch zunehmend unter Einfluss rechter Blogger_innen und dem Publikum immer rechter werdender Imageboards wie *4Chan*.

DIE ROTE PILLE

An diesem Punkt kommt die Ideologie der *Incels* ins Spiel, die auf der sogenannten *Blackpill* aufbaut, welche wiederum mit der sogenannten *Redpill* zusammenhängt. Begriffe wie diese machen das Phänomen der *Incels* für Außenstehende schwer zu verstehen.

Kracher beschreibt die *Redpill* als eine auf »Antifeminismus, Antisemitismus, Antikommunismus und Rassismus basierende Verschwörungsideologie, welche besagt, dass wir nicht im warenproduzierenden Patriarchat, sondern in einer »Femokratie« leben würden, in der heterosexuelle Männer permanent von Frauen unterdrückt würden. Nur das Schlucken der [metaphorischen] roten Pille lässt einen diese Wahrheit erkennen und den Kampf gegen Feminismus und kulturellen Marxismus aufnehmen«⁵. Diese *Redpill-Verschwörungsideologie* ist wiederum oft mit der rassistischen und antisemitischen Verschwörungserzählung des »Großen Austauschs« oder der »Umvolkung« verbunden: Der sogenannte Westen, der als aufgeklärt und überlegen stilisiert wird, soll darin von einem als bedrohlich konstruierten Anderen überrannt werden. Dieses bedrohliche Andere wird dabei wiederum meist muslimischen Menschen, aber auch oft einer imaginierten jüdischen Elite zugeschrieben, die zum Beispiel die Auslöschung Deutschlands planen würde⁶.

So werden rassistische und antisemitische Ideologien oft mit Sexismus und Misogynie vermischt. Die konstruierte Erzählung lautet dabei wie folgt: Durch den Feminismus und die damit einhergehende Verweichlichung deutscher Männer, die der migrantiserten Konkurrenz nicht gewachsen seien, könne man(n) sich nur wehren, »indem man die ›Rote Pille‹ schluckt, dem Feminismus den Kampf ansagt und seine ursprüngliche, harte Männlichkeit wiederentdeckt«⁷. Dies versuchen allerhand Gruppen wie Pick-Up-Artists oder *Men going their own way* aktiv zu praktizieren. Während erstere Frauen objektifizieren, wollen sich letztere so umfassend wie möglich von Frauen isolieren, da sie sich in einem Abhängigkeitsverhältnis wähnen.

DIE SCHWARZE PILLE

Incels jedoch gehen oft noch einen Schritt weiter, denn sie haben es aufgegeben, sich in diesem imaginierten Kampf behaupten zu wollen. Sie halten ihren Zustand schlicht für unwiderruflich. An diesem Punkt wird die *Redpill* zur *Blackpill*:

»Sich selbst nennen sie entlehnt aus der Evolutionslehre ›Beta-Males‹, die ganz pessimistischen auch ›Deltas‹ oder ›Epsilons‹, in Abgrenzung zum ›Alphamann‹. ›Alpha‹ meint meist das männliche Ideal, einen Mann mit bestem genetischen Material, der bei den Frauen Erfolg hat. Alphas werden auch als ›Chads‹ bezeichnet. In der Incel-Theorie ist der typische Chad ein klischiertes Abbild von einem Mann«⁸.

Das weibliche Äquivalent des Chad in dieser Verschwörungstheorie ist »Stacy«, eine ebenso durch Klischees definierte, meistens blonde Frau. Das Problem im Ideologiegebilde der *Incels*: »Obwohl Chads nur 20 Prozent der Männer ausmachen, haben sie die sexuelle Verfügung über ausnahmslos *alle* Frauen«⁹.

Da die *Incels* sich selbst am untersten Ende ihrer Attraktivitätsskala verorten und diese in ihrer Vorstellung für sie genetisch bedingt ist, gibt es für sie in der Regel keinen Ausstieg. Einige versuchen zwar, durch Selbstoptimierung, etwa sogenanntes »Looksmaxxing« oder »Moneymaxxing«, etwas an ihrer konstruierten Situation zu ändern, werden jedoch in den Foren immer wieder darauf hingewiesen, dass sie ihre vermeintlich genetisch ausweglose Lage nicht überwinden können. Manche versuchen, durch Seminare von Pick-Up-Artists an das vermeintliche Geheimnis von sexuellem Erfolg zu gelangen, scheitern jedoch auch mit deren sexistischen Anleitungen¹⁰. Daraus folgt schließlich noch mehr Hass auf Frauen, die einem die »rechtmäßige« Aufmerksamkeit verweigern würden und ein noch größerer Minderwertigkeitskomplex gegenüber den sog. Chads, die ihnen die Frauen »wegnehmen« würden. Als letzter realistischer Ausweg bleibt somit das »›Beta Male Uprising‹, das in der Vorstellung der unfreiwillig Enthaltensamen zu einem neuen Gesellschaftssystem führt, in dem sie herrschen und neue Regeln für den Beziehungsmarkt prägen können«¹¹. Der Begriff »government assigned girlfriend« beschreibt dabei die Vorstellung der *Incels*, dass nach ihrem Aufstand jeder im Sinne einer »gerechten Verteilung« eine Partnerin zugewiesen bekommt. Einige fantasieren auch offen von Vergewaltigungen und Kindesmissbrauch¹². Lange handelte sich bei *Incels* in der öffentlichen Wahrnehmung um ein skurriles Internet-Phänomen. Dabei ist ihre Ideologie keine Ausnahme, sondern das Extrem der normalisierten hegemonialen Männlichkeit. »Sie sind als Spitze einer Gesellschaft zu begreifen, in der die Abwertung, Erniedrigung, Ausbeutung und Zerstörung von Frauen Teil des Systems« und »übergriffiges Verhalten wie Stalking normalisiert ist und romantisiert wird«¹³, schreibt Veronika Kracher. Immer wieder gelangen dabei misogynie Konzepte wie das der *friendzone*, die in Räumen der *Incels* entwickelt oder popularisiert wurden, in die breitere Populärkultur, wo sie dank der vorherrschenden hegemonialen Männlichkeitsdiskurse breiter rezipiert werden.

Beide Bücher schildern auch die Attentate von Alek Minassian und Eliot Roger, der für die *Incels als Supreme Gentleman*¹⁴ bekannt ist. Veronika Kracher widmet der Analyse von Rogers Manifest ein ganzes Kapitel, in dem sie dessen privilegierte Kindheit, sein patriarchales Anspruchsdenken und schließlich seine frauenverachtenden Ansichten durchleuchtet. Er war davon überzeugt, durch seine teure Markenkleidung allein die Aufmerksamkeit von Frauen verdient zu haben. Als diese ausblieb, fing er an, Frauen mehr und mehr zu hassen und für diese »Unge-rechtigkeit« ihm gegenüber bestrafen zu wollen. In seinem Manifest kulminierte der Frauenhass in genozidalen Auslöschungsphantasien. Für seinen Anschlag suchte er sich das Haus einer Studentinnenverbindung mit den — seiner Meinung nach — attraktivsten Mitgliedern aus. Mit »going ER« hat Roger zudem einen Begriff geprägt, der als Synonym für die Ausführung eines Attentats dient.

MÄNNLICH WIE HUMMER UND SCHIMPANSEN

Der Hass auf Frauen ist als Ursache täglicher Gewalt, tödlicher Anschläge und reaktionärer politischer Bewegungen von Politik und Sicherheitsbehörden lange vernachlässigt worden. Mit Verweis auf den Soziologen Michael Kimmel beschreibt Susanne Kaiser einige der Faktoren von Gewalt gegen Frauen in einem Patriarchat in der Krise: »das Gefühl von bedrohter Männlichkeit durch Kontrollverlust und das Empfinden, einen Anspruch auf Gewaltanwendung zu haben«¹⁵.

Diese vermeintliche Krise des Patriarchats ist das Ergebnis feministischer Kämpfe, die gegen den massiven Widerstand der Herrschenden über Jahrhunderte ausgefochten wurden und deren Ziele mittlerweile in Ansätzen rudimentär verwirklicht wurden. Kaiser schreibt dazu:

»Einerseits bestehen männliche Privilegien bis heute fort und sind strukturell tief in unserer Gesellschaft verankert; andererseits gerät das Patriarchat ethisch, normativ und diskursiv in Bedrängnis.«¹⁶

Männerrechtler eignen sich in dieser Situation bedrohter Privilegien die Rhetorik von Feminist_innen und Antirassist_innen an, um von der imaginierten Position einer unterdrückten Minderheit aus das Recht auf militanten Widerstand für sich zu beanspruchen, mit dem sie sich aus ihrer vermeintlichen Unterdrückung befreien wollen¹⁷. Selbst erklärte Männlichkeitsexperten wie Jordan Peterson und Jack Donovan bieten zudem allerhand Vergleiche mit dem Tierreich — genauer mit Bonobos, Schimpansen und Hummern¹⁸ —, um zu erklären, wie vermeintlich natürlich männliche Verhaltensweisen und männliche Vorherrschaft aussehen würde¹⁹.

Vor allem die Ablehnung der sogenannten »Gender-Ideologie« bietet ein enormes politisches Mobilisierungspotential über das konservative Spektrum hinweg. Rechte Bewegungen machen sich weltweit die Verschränkungen von religiösem Fundamentalismus, Nationalismus, Antisemitismus und Patriarchat zunutze, und bilden breite Allianzen, die durch Antifeminismus und Anti-Genderismus verbunden sind²⁰.

Sowohl Kaiser als auch Kracher bieten wertvolle Erkenntnisse über das Internet als Ort der Vernetzung von *Incels*, Maskulisten und anderen Rechten. Krachers Werk könnte im deutschen Sprachraum zu einem Standardwerk für die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Incel werden. An einer Stelle wird es befremdlich, wenn sie eine Gruppe wie *Men going their own way* als »gegen das weibliche Geschlecht gerichtete BDS-Bewegung«²¹ beschreibt — ein äußerst polemischer Vergleich, der an vielen Stellen hinkt.

Das Buch von Susanne Kaiser hingegen ist weit weniger ausführlich in Bezug auf *Incels*, doch es kontextualisiert sie innerhalb des patriarchalen Backlashs deutlicher. Allerdings vertritt die Autorin an einigen Stellen Thesen, die der *girlboss culture*²² zuzuordnen sind und zeichnet allgemein ein sehr positives Bild von den Frauen an der Spitze kapitalistischer Staaten.

Aus beiden Werken geht deutlich hervor, dass auch die ideologischen Grundlagen der extremsten Formen misogynen, homophober und transfeindlicher Gewalt nicht sehr weit von gesellschaftlich und sozial akzeptierten patriarchalen Denkmustern entfernt sind. So ist das mediale und juristische Framing sexistischer Übergriffe und Gewalttaten, die oft die Schuld der Männer auf Frauen und weiblich gelesene Personen projizieren, nur ein weiteres von unzähligen Beispielen, wie versucht wird, ein gesellschaftliches Machtverhältnis zu naturalisieren und dessen Folgen mit vermeintlichen biologischen Ursachen zu entschuldigen. Die Ideologie der *Incels* setzt also dort an, wo patriarchale Anspruchshaltung bereits besteht, und stützt sich dabei auf ein misogynen Frauenbild, dass politisch und kulturgesellschaftlich weit verbreitet ist.

Ob im Beruf oder im Privaten — wie Männer auf Zurückweisung durch Frauen reagieren, sagt viel darüber aus, was sie in ihrem Denken und Handeln mit *Incels* verbindet. Konservative und Rechtsextreme haben dabei verstanden, dass sie hegemoniale Formen von Männlichkeit — wie die der *Incels* — für sich nutzen können, weil diese die Anknüpfungspunkte für ihr politisches Programm bereits in sich tragen. So wird die menschenfeindliche Ideologie der *Incels*, statt bekämpft zu werden, durch konservative Politiken aus ihrer extremen Position heraus immer weiter in die Gesellschaft hineingetragen, wo sie auf offene Ohren stößt.

- 1 Incel ist die Kurzform von *involuntary* celibate und bedeutet so viel wie unfreiwillig zölibatär. Der Begriff wird vor allem für misogynen rechte Cis-Männer und Cis-Männergruppen verwendet.
- 2 El Ouassil, Samira: *Zwischen manischer Keuschheit und Hass auf Frauen*
- 3 Kaiser 2021: 25
- 4 Kracher 2020: 28
- 5 Ebd.: 249
- 6 Ebd.: 41
- 7 Ebd.: 42
- 8 Kaiser 2021: 27
- 9 Kracher 2020: 44
- 10 Ebd.: 30
- 11 Kaiser 2021: 27
- 12 Vgl. Kracher 2020: 102
- 13 Ebd.: 140
- 14 In seinem Manifest beschrieb sich Roger als Idealtyp eines Gentleman, der es verdient und jedes Recht hätte, alle Aufmerksamkeit von Frauen zu bekommen. Dieses Selbstbild folgt der Inszenierung der *Incels* als nette Opfer, die unter der Verweigerung von Aufmerksamkeit durch Frauen leiden. Frauen, die Gewalt erfahren, werden so selbst dafür verantwortlich gemacht. Mit seinem Attentat ist Roger zum Vorbild für viele *Incels* geworden.
- 15 Kaiser 2021: 107
- 16 Ebd.: 12
- 17 Ebd.: 112
- 18 Männliche Hummer würden aggressiv ihr Territorium verteidigen, bei Versagen drohe ein auf Untergebenheit getrimmtes Gehirn ihr Hauptgehirn aufzulösen und ihnen ein zweites, auf Untergebenheit getrimmtes Gehirn wachsen zu lassen. Obwohl Peterson hier die Biologie als Beleg für seine Thesen nutzen will, werden sie von Biologen als unwissenschaftlich abgelehnt. Für Jack Donovan sind Schimpansen ein Vorbild für Männlichkeit — Bonobos hingegen würden Männlichkeit bedrohen, da diese beiden Affenarten sich jeweils nach den männlichen, bzw. weiblichen Reproduktionsinteressen richten würden. Schimpansen seien hierarchisch organisiert und aggressiv, Bonobos hingegen friedlich. Donovan erklärt dies teils damit, dass die Lebensgrundlage von Bonobos relativ gesichert sei und sie daher nicht jagen müssten. Frieden und Überfluss sind für Donovan daher gefährlich für die Erhaltung der Männlichkeit.
- 19 Ebd.: 120–140
- 20 Ebd.: 158
- 21 Kracher 2020: 42
- 22 Dabei geht es um Erfolg von Frauen in Institutionen, die bisher männlich dominiert waren — jedoch ohne Ausbeutung und Unterdrückung an sich zu hinterfragen. Der individuelle Aufstieg geht oft zu Lasten anderer (migrantisierter) Frauen.



ПРАВДА
И
ИЗВЕСТИЯ

REFRAT

DER REFERENT_INNENRAT (REFRAT) VERTRITT DIE STUDENT_INNENSCHAFT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN (HU) UND ERLEDIGT DEREN LÄUFENDE GESCHÄFTE. ENTSPRECHEND IST ER AN DIE BESCHLÜSSE DES STUDENT_INNENPARLAMENTS (STUPA) GEBUNDEN. DER REFRAT GLIEDERT SICH NACH ARBEITSGEBIETEN IN SECHZEHN REFERATE, DARUNTER DAS REFERAT FÜR PUBLIKATION, WELCHES FÜR DIE VERÖFFENTLICHUNG DER HUCH ZUSTÄNDIG IST. PRO REFERAT GIBT ES EIN BIS ZWEI GLEICHBERECHTIGTE REFERENT_INNEN, DIE VOM STUPA GEWÄHLT WERDEN. NUR DIE SOGENANNTE AUTONOMEN REFERATE WERDEN VON BESTIMMTEN GRUPPEN GEWÄHLT UND ANSCHLIESSEND VOM STUPA BESTÄTIGT.

DIE BEZEICHNUNG »REFERENT_INNENRAT« GIBT ES NUR AN DER HU. AN DEN ANDEREN BERLINER HOCHSCHULEN IST VOM GESETZ HER DIE BEZEICHNUNG »ALLGEMEINER STUDENT_INNENAUSSCHUSS« (ASTA) VORGESCHRIEBEN, WESHALB DER OFFIZIELLE NAME DES REFRA TS AUCH DEN ZUSATZ »GESETZLICH ASTA« TRÄGT. TROTZDEM GIBT ES SIGNIFIKANTE UNTERSCHIEDE ZU EINEM ASTA, DA DIE REFERATE DES REFRA TS EINZELN GEWÄHLT WERDEN UND NICHT DURCH EINE »KOALITIONSGEBIUNG«. DAS HEISST, DASS NACH STUPA - WAHLEN KEIN NEUER REFRAT KONSTITUIERT WIRD WIE AN HOCHSCHULEN MIT EINEM ASTA.

DIESE BESONDERHEIT DES REFRA TS IST MIT DESSEN ENTSTEHUNG NACH DER WENDE ZU ERKLÄREN. URSPRÜNGLICH HATTEN DIE STUDENT_INNEN IM JAHR 1989 IHRE INTERESSENVERTRETUNG IN EINEM STUDENT_INNENRAT (STURA) NEU ORGANISIERT, SO WIE ES AUCH ANDERE OSTDEUTSCHE HOCHSCHULEN TATEN (UND NOCH TUN). JEDOCH WURDE AUCH DER HU DAS (WEST-DEUTSCHE) BERLINER HOCHSCHULGESETZ ÜBERGESTÜLT. DIE STUDENTISCHEN VERTRETER_INNEN KONNTEN ZWAR NICHT DAS STURA-MODELL DURCHSETZEN, JEDOCH DEN KLASSISCHEN ASTA VERHINDERN. EINE ART KOMPROMISS BILDET DER REFRAT. DA DER BERLINER SENAT LANGE MIT DIESER IDEE HADERT, WURDE DIE 1993 BESCHLOSSENE SATZUNG DER STUDENT_INNENSCHAFT ERST 2002 VON DER SENATVERWALTUNG BESTÄTIGT.

FÜR WEITERE INFORMATIONEN ZU DEN EINZELNEN REFERATEN:
[WWW.REFRAT.DE | REFERAT.HTML](http://www.refrat.de/referat.html)

SSBS STUDENTISCHES SOZIALBERATUNGSSYSTEM

- DAS STUDENTISCHE SOZIALBERATUNGSSYSTEM DES REFERENT_INNENRATS BIETET BERATUNGEN ZU DEN FOLGENDEN THEMEN AN:

- ALLGEMEINE RECHTSBERATUNG
- ALLGEMEINE SOZIALBERATUNG
- ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNG (adb)
- BAFÖG- UND STUDIENFINANZIERUNGSBERATUNG
- ARBEITSRECHTLICHE ANFANGSBERATUNG
- BEHINDERUNG / CHRONISCHE ERKRANKUNG - ENTHINDERUNGSBERATUNG
- INTERNATIONALE STUDIERENDE
- STUDIERENDE MIT KIND(ERN)
- ÜBERFORDERUNG
- BERATUNG ZU LEHRE UND STUDIUM
- HOCHSCHUL- UND PRÜFUNGSRECHT
- STUDENTISCHE STUDIENFACHBERATUNGEN
- BERATUNG BEI SEXISTISCHEN BELÄSTIGUNGEN UND ÜBERGRIFFEN

WENN IHR NICHT WISST, WELCHE BERATUNG PASSEN KÖNNTE, KOMMT EINFACH ERST EINMAL IN DIE ALLGEMEINE SOZIALBERATUNG!

FÜR WEITERE INFORMATIONEN: [WWW.REFRAT.DE | BERATUNG](http://www.refrat.de/beratung)



DAS SEMESTERTICKETBÜRO UNTERSTÜTZT STUDIERENDE, DIE AUFGRUND DER SEMESTERTICKETGEBÜHR IN FINANZIELLE ENGPÄSSE GERATEN. MIT AUSFÜHRLICHEN INFORMATIONEN UND EINER RECHTSBERATUNG STEHT DAS SEMESTERTICKETBÜRO ZUR SEITE UND BERÄT STUDIERENDE, DIE EINEN ANTRAG AUF ZUSCHUSS ZUM SEMESTERTICKET STELLEN MÖCHTEN. IM FALLE EINES POSITIVEN BESCHEIDS KANN ENTWEDER EIN TEIL ODER DER GESAMTE BETRAG DER SEMESTERTICKETGEBÜHREN ERSTATTET WERDEN.

WEITERE INFORMATIONEN UNTER: WWW.REFRAT.DE/SEMTEX



50 51



IMPRESSUM

Huch #92
August 2021, Berlin

Auflage
1.000 Exemplare

Herausgeber_innen
Elio Nora Hillermann und Joana Splieth
für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
(ges. AStA)

Redaktion
Tilman Bärwolff
Tea Collot
Elio Nora Hillermann
Kofi Shakur
Joana Splieth
(V.i.S.d.P.)

Anschrift
HUch – Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/huch

Abbildung Umschlag
Foto: © Douglas Pingituro
Umbruch-Bildarchiv
www.umbruch-bildarchiv.org

Abbildungen Innenteil
© Loup Deflandre
@_petrolblues

Satz und Gestaltung
Schroeter & Berger, Berlin
www.schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung
Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH
www.hinkelstein-druck.de

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,
unter *Creative Commons License*.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion
und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen
studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

52

UNSERE WEBSITE
...
REFRAT.DE/HUCH

FACEBOOK
...
HUCH
KRITISCHE STUDIERENDEN-
ZEITSCHRIFT

**FINDET UNS
AUF TWITTER
UND INSTAGRAM**

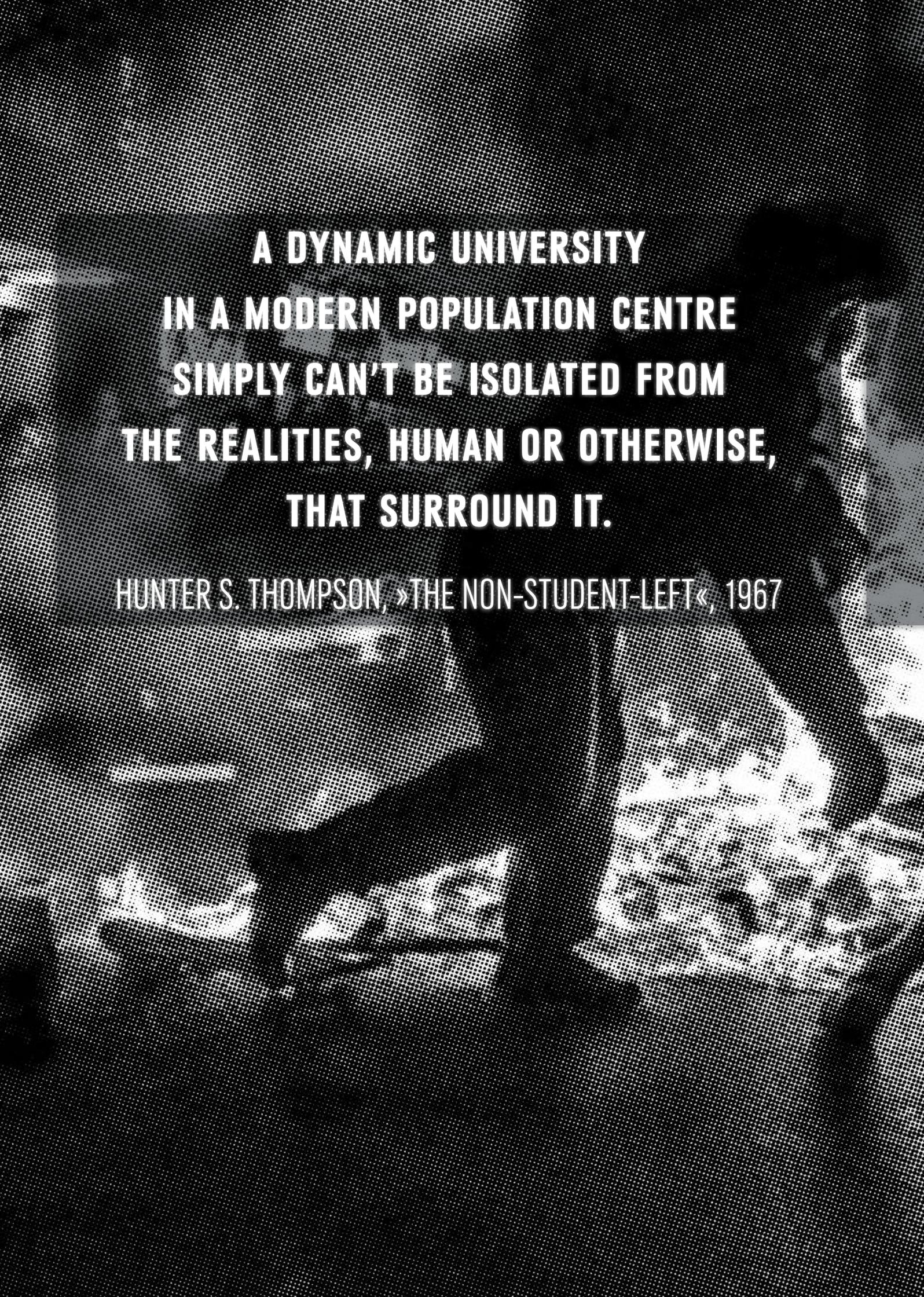
...
@HUCHZEITSCHRIFT



MITARBEIT BEI DER HUCH:

Als Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung versucht die *HUch* einen Raum zu schaffen, in dem selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Fragen gearbeitet werden kann.

Wenn ihr Lust und Zeit habt, diese Zeitschrift mitzugestalten oder Artikel für uns zu schreiben, kommt gerne einmal zu unseren Sprechzeiten im Refrat vorbei, schreibt uns eine Mail oder kontaktiert uns über Social Media.



**A DYNAMIC UNIVERSITY
IN A MODERN POPULATION CENTRE
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967